Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. — Halle, Sonnabend, 22. November 1930 — 10. Jahrgang • Nr. 274

Leuna stürmt gegen die Verräter!

Merseburger Belegschaftsversammlung drängt die von Walter gerufene Polizei aus dem Saal, erzwingt Redefreiheit für die RGO. — Auf zur hallischen Versammlung — Organisiert den Streik!

Merseburg, 22. November.

In der Leuna-Arbeiterversammlung, die gestern in Merseburgen, Walter und Konsorten die zweite Niederlage, die die echte von Weißenfels noch in den Schatten stellt. Zur Versammlung hatten die Reformisten alles aufgeboten. Sie wollten es durchsetzen, wollten Pogromhetze gegen die RGO. betreiben und die Leuna-Arbeiter einseifen für ihre verräterische Politik.

Das ist völlig mißlungen,

obwohl Tenhagen über 100 stramme sozialdemokratische Funktionäre aus Leuna-Rössen und Dürrenberg herbeigeholt hatte.

Die Versammlung war von rund 300 Kollegen besucht. In der Diskussion sprach der rote Betriebsrat Genosse Hans Volkmann. Nach einer viertelstündigen Redezeit wollte man ihm das Wort entziehen mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß man ein zweites Weißenfels nicht dulden werde. (Also gehen die Bonzen zu, daß sie in Weißenfels sich eine Niederlage holten und daß das „Volksblatt" einen Erfolg daraus schwindelte.)

Der versammelten Kollegen verlangten, Volkmann soll weitersprechen.

Unterbrechen schwang Walter die Klingel. Volkmann setzte sich unerhört durch. In seiner Ohnmacht entlarvte sich Walter vollends.

Er ließ die Polizei holen, begrüßte die Schupobeamten, die mit Sturmriemen kampfbereit in den Saal eindrangen mit einem Händedruck.

Was aber dann geschah, das hatten die Leuna-Lakaien alle nicht erwartet.

In Ku standen 20, 30, bald sogar über 50 Leuna-Arbeiter da, vor den Polizeibeamten entgegendrängten. Alles erhob sich von den Plätzen:

Heraus mit der Polizei, das waren die Rufe, die alles übertönten.

Verräter, Kapitalslakaien, erbärmliche Leuna-Arbeiter und ähnliche Zurufe wurden laut. Die Bonzen wurden blaß vor Schrecken.

Die Polizei wich vor diesem ungeheuren Anprall sofort zurück. Die Beamten verließen den Saal.

Genossen machten sie ihrem Herzen Luft und erklärten, es sei traurig, wenn ein Betriebsratsvorsitzender noch die Polizei für eine Belegschaftsversammlung braucht! Die Erregung im Saal war so stark, daß bei der geringsten Provokation, die sich Walter und Tenhagen noch geleistet hätten, die Folgen gar nicht auszudenken waren.

Genosse Volkmann sprach unter dem Beifall der Leuna-Arbeiter reichlich ¾ Stunden. Er sprach dann noch ein zweites Mal in der Diskussion.

Ebenfalls sprach der rote Betriebsrat Genosse Lucke, Weißenfels. Das Eis war gebrochen. Die roten Betriebsräte hatten sich in der Versammlung durchgesetzt, die von den Reformisten so überaus stark besetzt war.

Von reformistischer Seite sprachen nur die Bonzen.

Kein Betriebsarbeiter nahm das Wort.

Wiederholt brachten die Leuna-Arbeiter ihren Unwillen damit zum Ausdruck. Sie hielten mit ihrer Meinung nicht hinterm Berge. Sie wußten, daß sie belogen und betrogen wurden. Die Werksleitung hatte zwei Spitzel geschickt, die mitten im Saal saßen und eifrig notierten. Walter nannte recht fleißig die Namen aller derjenigen, die er zur Ordnung rufen wollte!

Die Leuna-Proleten kehrten sich nicht an die Spitzel.

Ihre Erregung, ihre Wut war so ehrlich und so stark, daß sie sich für die RGO. und die Kommunistische Partei bekannten.

Die Vorschläge der Opposition, am Montag geschlossen in die Betriebe zu gehen und dort durch Demonstrationen und Arbeitsverweigerungen der einzelnen Abteilungen die Lohnraubfrage als Kampffrage zu stellen, wurden von dem größten Teil der Kollegen gebilligt, obwohl eine offizielle Abstimmung darüber von Walter nicht durchgeführt wurde.

Walter versuchte zum Schluß der Versammlung, die Belegschaft zu überrumpeln, indem er über die einstimmig gefaßten Beschlüsse im Gesamtbetriebsrat abstimmen ließ und einen Satz einschmuggelte, den er vorher nicht mit verlesen hatte, nämlich, daß der Gesamtbetriebsrat den freien Gewerkschaften das volle Vertrauen ausspricht und daß nur unter ihrer Führung die Frage gelöst werden könne. Genosse Volkmann kam sofort dahinter und nannte Walter einen Betrüger und einen Entschließungsfälscher. Walter wußte sich dagegen nicht anders zu wehren, als einen ohrenbetäubenden Lärm mit der Klingel anzuschlagen. Im Sturm, während Walter — ohne daß irgend jemand etwas verstand — eine Abstimmung versuchte, schloß die Versammlung.

Die meisten, die hinausgingen, machten unterwegs ihrer Empörung Luft. Als sich der Saal leerte, standen noch lange die Diskussionsgruppen beieinander. Viele Kollegen diskutierten mit den roten Betriebsräten und billigten ihre Haltung.

Die Bonzen haben angedroht, daß die Versammlung in Halle, die morgen, Sonntag, stattfindet, nun endgültig eine andere werden würde. **„Ein zweites Weißenfels und ein zweites Merseburg werde man nicht zulassen."**

Wir sagen: das bestimmt nicht Walter, sondern die Belegschaft!

Alle Leuna-Proleten besuchen morgen vormittag die Versammlung im „Volkspark" Halle. Alle Proleten kämpfen Montag im Betrieb unter Führung der RGO.!

Zum 2. Reichskongreß werktätiger Frauen

Frauen im Streik

Von Maria Wiedmaier

Der 12. Parteitag der KPD. hat in seinen Thesen auf die immer größere Bedeutung der ausgebeutetsten und unterdrücktesten Schichten, zu denen vor allem auch die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen gehören, in den revolutionären Auseinandersetzungen hingewiesen. Das letzte Jahr, das Jahr der wachsenden Welle von Streikkämpfen als Ausdruck der Verschärfung der Klassengegensätze, hat die ungeheure revolutionäre Bedeutung der Frauen bewiesen. In den vielen Streiks, und ganz besonders in Mansfeld und im Berliner Metallarbeiterstreik, waren die Frauen von besonderer Bedeutung. Darum muß die Einbeziehung der Frau in die revolutionäre Einheitsfront und ihre Aufgaben bei der Organisierung und Führung von Streiks im Mittelpunkt des 2. Reichskongresses der werktätigen Frauen stehen.

Massen werden heute aus dem Produktionsprozeß gedrängt, neue Schichten bedienen an ihrer Stelle die Maschinen. Arbeiterinnen, die am laufenden Band das vorgeschriebene und sich immer

Und dieser Staat bildet sich ein, daß die Arbeiter ihm Steuern zahlen werden ..!

Die Gemeinden haben kein Geld für die Wohlfahrtserwerbslosen — aber den Kapitalisten werden die Steuerrückstände geschenkt

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 22. November.

Im Plenarsaal des Reichstages fand gestern der Delegiertentag des Verbandes der preußischen Landgemeinden statt. Diese Gemeinden sind überschuldet und teilweise kaum noch in der Lage, ihren sozialen Verpflichtungen gegenüber der immer größer werdenden Zahl der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger nachzukommen. Die durchaus bürgerlichen Delegierten versammelten sich daher ziemlich erregt, denn auf ihnen liegt am schwersten der Druck der sozialen Krise. Sie übten scharfe Kritik an der Brüning-Regierung, die ihnen die Steuerüberweisung kürze und jegliches soziale Verständnis fehlen lasse. Diese Rebellion mußte abgewürgt werden. Das besorgte Brüning durch eine größere Rede. Ihn unterstützte

„Severing als guter Sekundant",

wie die „Vossische Zeitung" berichtet. In geradezu klassischer Weise hat Severing durch sein Auftreten die Rolle der SPD. charakterisiert. Wir zitieren wörtlich nach der „Vossischen Zeitung":

„Der preußische Innenminister, der nun ... das Wort ergreift, stellt sich als unparteiischer (!) Schiedsrichter in den Streit zwischen Reichsregierung und Landgemeinden. Es hat keinen Zweck, einander Vorwürfe zu machen, denn wir sind allzumal Sünder gewesen.

(Eig. Drahtb.) Berlin, 22. November.

Wie das „Berliner Tageblatt" berichtet, befinden sich in den Steuervereinfachungsgesetzen Brünings einige Mitteilungen über die von der Hungerregierung geplante Steueramnestie. Nach diesen Mitteilungen soll den Steuerdefraudanten und Kapitalverschiebern noch für ihre Steuerhinterziehung weitgehende Amnestie gewährt werden, das heißt,

es sollen die Steuern für das ins Ausland verschobene Kapital und die Einnahmen daraus rückwirkend nicht mehr versteuert werden.

In der Begründung heißt es, das verschobene Kapital solle durch diese Amnestie nach Deutschland zurückgeführt werden. Diese Maßnahme des Schutzes der Kapitalflucht und des Steuerbetruges ist ein weiterer Beweis dafür, daß das Hungerprogramm Brünings die Kapitalshyänen in jeder Weise schützt und alle Lasten auf die werktätige Bevölkerung abwälzt.

„Credner"-Arbeiter nehmen zur Revierkonferenz Stellung

In der letzten Belegschaftsversammlung der Grube Credner wurden mit allen gegen eine Stimme bei einer Stimmenthaltung sechs Delegierte zur morgigen Revierkonferenz gewählt. Gleichzeitig wurden als Vorschlag für die Revierkonferenz folgende Forderungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter aufgestellt, die für alle Braunkohlentiefbauten von Bedeutung sind (für die Braunkohlentagebauten hat die Bitterfelder Konferenz vom 9. November Forderungen aufgestellt, die wir am 10. November veröffentlicht haben):

1. **6-Stunden-Schicht unter Tage einschließlich Ein- und Ausfahrt, Pausen und Badezeit, bei vollem Lohnausgleich.**
2. **Lieferung von sämtlichem Gezähe in gutem Zustand durch den Unternehmer.**
3. **Sofortiger Lohnausgleich für die Bedienungsleute der Kettenbahnen.**
4. **An Stellen, wo die Staubentwicklung für die Augen schädlich ist, ist nur vier Stunden mit Ablösung zu arbeiten.**
5. **Einstellung der Förderung bei Ein- und Ausfahrt.**
6. **Fahrschächte sind trockenzulegen und stets in Ordnung zu halten.**
7. **Bei Ein- und Ausfahrt ist der Ventilator abzustellen.**
8. **An den Mittelstationen der Kettenbahnen sind sofort Leute einzustellen, um die Betriebssicherheit zu gewährleisten.**
9. **Die Strafen sind abzuschaffen, weil sie zur Hetzarbeit antreiben sollen.**

Braunkohlenarbeiter! Sorgt für starken Besuch der morgigen Revierkonferenzen!

Sizilianische Bauern kämpfen gegen Mussolinis Steuereintreiber

(Eig. Drahtb.) Paris, 22. November.

Nach Mitteilungen der in Paris erscheinenden „Italia" sind in Sizilien schwere Bauernunruhen ausgebrochen. Die Bauern wehren sich entschlossen gegen die faschistischen Steuereintreiber, die ihnen buchstäblich nicht nur die letzte Kuh, sondern sogar das Bett wegnehmen. Zahlreiche Verhaftungen, vor allem unter den Frauen, wurden vorgenommen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301122-19/fragment/page=0001

mehr steigernde Pensum nicht mehr erreichen, werden ausgeschaltet. Junge, unverbrauchte Kräfte treten an ihre Stelle. Die Uhr an der Maschine bestimmt und sie zwingt die Arbeiterinnen zur Höchstleistung ihrer Kräfte.

Die Sozialfaschisten erklären, das Gesamtinteresse der Wirtschaft stehe im Vordergrund. Sie wollen die Arbeitermassen in den Betrieben vom Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung abhalten.

Die Arbeiterinnen, die am meisten ausgebeutet werden, erkennen den Verrat der Sozialfaschisten am raschesten und klarsten. Sie sind nicht durch die Schule des Reformismus und der Arbeitsgemeinschaft gegangen. Sie kennen die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie nur von der sozialfaschistischen Seite und unterliegen viel weniger deren zersetzenden Einfluß.

Im Mansfelder Streik hatte die Gewerkschaftsbürokratie die meiste Angst vor dem Einbeziehen der Arbeiterfrauen. Am Anfang machten sie die Parolen der RGO., die Arbeiterfrauen in den Kampf einzubeziehen, in den Gewerkschaftsversammlungen lächerlich. Als aber die Bonzen in den Gewerkschafts-Mitgliederversammlungen, die von der Polizei geschützt wurden, vor den Fäusten der Arbeiterfrauen durch die Fenster flüchten mußten, begann eine unerhörte Hetze gegen „die Weiber".

Die Arbeiterfrau in Mansfeld hat aktiv mitgestreikt.

Sie verließ ihre Familie, um die Streikbrecher zu verjagen. Der enge Kreis der Familie verlor seine frühere Bedeutung, ihr ganzes Sein drehte sich um den Streik. Beim Einkauf sprach sie über den Streik, zog mit in den Kampf ihren Bäcker, ihren Schlächter. An Stelle ihrer kleinen Familie, ihrer kleinen Sorgen um ihren Mann, um ihre Kinder, trat die große Familie, die Sorge des Kampfes um das Leben aller Bergarbeiter und Bergarbeiterfrauen. Nicht vereinzelt war es, daß die Frauen der Polizei und den Gewerkschaftsbonzen erklärten:

„Was nützt es mir, wenn ich jetzt jammere, daß mein Kind zu Hause keine Milch hat. In den heutigen Verhältnissen werden wir uns ja doch nicht mehr sattessen können, das haben die letzten Hungerjahre gezeigt. Wir streiken mit, wir fürchten keine, auch keine bewaffnete Auseinandersetzung."

Die Mansfelder Arbeiterfrauen werden in allen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen in Mitteldeutschland eine wichtige Rolle spielen.

Im Berliner Metallarbeiterstreik kam der hohe Kampfwert der Arbeiterinnen ebenfalls zum Ausdruck.

Bei dem Kampfe um die Führung begriffen die Arbeiterinnen soviel schneller, daß nur unter Führung der RGO. ihr Streik erfolgreich durchgeführt werden kann. Sie ließen sich in der einmal gefaßten Meinung durch keine demagogischen Reden der kleinen sozialfaschistischen Betriebsfunktionäre beirren.

Im Lorenz-Betrieb bekamen die Sozialdemokraten, als sie aus der Streikleitung hinausgeworfen wurden, nicht eine einzige Arbeiterinnenstimme. Mit dem größten Haß und mit der größten Verachtung bekämpften die Arbeiterinnen die bisjetzt in der Streikleitung vorhandenen Reformisten. Als eine Genossin über den Verrat der Betriebsfunktionäre sprach und fragte, was diese Leute sind, riefen die Arbeiterinnen im Chor: „Lumpen". Auch bei der streikenden Belegschaft von Frister

demonstrierten die Arbeiterinnen täglich, führten Kämpfe mit der Polizei.

In heftigsten Zwischenrufen und Niederschreien der Bonzen in allen Versammlungen bekämpften sie erfolgreich die Versuche der Sozialfaschisten, die Belegschaft zu beeinflussen. Hingegen wurden führende Funktionäre der RGO. und der Kommunistischen Partei begeistert begrüßt, und immer wieder kam es vor, daß einfache Arbeiterinnen zu unseren Referenten kamen, um mit und ohne Worte

ihr enges Verbundensein mit der Partei des revolutionären Klassenkampfes

zum Ausdruck zu bringen. In einer Versammlung bei Stock, Marienfelde, in der die Reformisten noch die Führung hatten und niemandem von der RGO. das Wort geben wollten, schützten ganz selbstverständlich die Arbeiterinnen den oppositionellen Redner, der sich das Wort genommen hatte. Solche vom Reformismus unverdorbene, für die Revolution begeisterte Massen

haben wir in jedem Betriebe zu Funktionärinnen, revolutionären Vertrauensleuten und roten Betriebsräten heranzuziehen, besonders aber in den Großbetrieben.

Ganz besonders aber in der schwersten Phase, beim Abbruch des Kampfes, kam die hohe Kampfbegeisterung der Frauen zur Geltung. Im Norddeutschen Kabelwerk konnte man sie

nur durch wiederholte Hinweisung auf die Disziplin bewegen, wieder in den Betrieb zurückzugehen.

Es war ihnen unverständlich, kaum heizubringen, daß sie ohne ihre gemaßregelten Betriebsräte die Arbeit aufnehmen sollen, um den Kampf im Betrieb fortzusetzen. Die heftigsten Wutausbrüche und Tränen der Verzweiflung dokumentierten den grenzenlosen Haß gegen das kapitalistische System und den Verrat der Gewerkschaftsbonzen.

In diesem erwachten Klassenbewußtsein prallten alle Einschüchterungsversuche und Terrormaßnahmen ab. Im Direktionszimmer von Frister, im Beisein der Direktoren, verabschiedeten sich die Arbeiterinnen von ihren gemaßregelten Kollegen mit dem „Rot-Front"-Gruß und die Entlassungsandrohungen bei Teilnahme an Versammlungen mit den Gemaßregelten blieben unbeachtet. Die gewaltige Aufrüttelung während des Kampfes und die Erziehung von tausenden Klassenkämpferinnen ist eine der positivsten Seiten des Streiks, ist

ein gewaltiger Schritt vorwärts bei der Organisierung der proletarischen Revolution.

Weniger gut war in Berlin die Hineinbeziehung der Metallarbeiterfrauen in den Streik. Während wir schon beim Berliner Rohrlegerstreik zwei Rohrlegerfrauen in die zentrale Streikleitung der Rohrleger hineingewählt hatten, ist diese Arbeit trotz der Mansfelder Erfahrung vernachlässigt worden. Nur ganz vereinzelte Delegierten-Versammlungen, an denen die Frauen der streikenden Metallarbeiter teilgenommen haben, fanden statt. Wenig Belegschaftsversammlungen wurden durchgeführt, an denen die Frauen der Streikenden teilnahmen. Das führte beim Kampfe dazu, daß die Massen des Wohngebietes nicht Streikposten standen. Es fehlte auch die Massenmobilisierung auf der Straße.

Jetzt werden beim Lohnabzug die Frauen am empfindlichsten betroffen. Nicht nur die Betriebsarbeiterin, sondern auch die Arbeiterfrau, die zu Hause ihren Lebensunterhalt herabdrücken muß. Diese Massen von Frauen würden im täglichen Existenzkampf verzweifeln und dem Faschismus in die Arme getrieben werden,

wenn wir ihnen nicht den revolutionären Ausweg zeigen.

Diesen Ausweg gilt es zu organisieren. Restlose Organisierung der Arbeiterinnen im Betrieb und an der Stempelstelle in den RGO.-Gruppen ist die erste Aufgabe. Die vielen erprobten Kämpferinnen des Berliner Metallkampfes müssen die Organisatoren werden für den roten Einheitsverband der Metallarbeiter. Massen von Metallarbeiterinnen gilt es zu erfassen. Zusammenfassung der Arbeiterinnen mit ihren männlichen Kollegen in der Betriebswehr, schafft die Organisation, in der die Frauen in die höchsten Formen des revolutionären Befreiungskampfes einbezogen werden. Das gleiche geschieht mit den Arbeiterfrauen im Kampfbund gegen den Faschismus.

Der 2. Reichskongreß der werktätigen Frauen stellt diese Kampfaufgabe in den Mittelpunkt seiner Tagung.

Die Hineinbeziehung der gewaltigen proletarischen Frauenmassen in die revolutionäre Einheitsfront zu Streiks und politischen Massenstreiks führt das Gesamtproletariat zum entscheidenden Kampf gegen die kapitalistische Rationalisierung und Steuerdiktatur, gegen Brüning-Regierung und Young-Plan, gegen drohenden imperialistischen Krieg,

für die Diktatur des Proletariats, für ein Sowjet-Deutschland!

Rationalisierung bedroht Bergarbeiterleben

Kumpels auf Grube Klara verschüttet!

A.-A. Am Donnerstagmittag nach 12 Uhr verunglückten auf Grube Klara zwei Bergarbeiter. Das Unglück geschah dadurch, daß bei Wegschlagen eines Holzes die First sofort zu Bruch ging und die Bergarbeiter verschüttet wurden. Die Bergarbeiter können von Glück sagen, daß sie mitihrem Leben davongekommen sind. Nachdem sofort eine ganze Anzahl Bergarbeiter sich daran machten und mit den Rettungsarbeiten begannen, war es ihnen nach anderthalbstündiger Arbeit gelungen, die Verunglückten aus ihrer Lage zu befreien. Das Unglück ereignete sich im Osten in einem Arbeitsblock, der erst aufgefahren ist. Wenn es im Westen oder Südwesten II passiert wäre, hätte man sie vielleicht nur als Tote geborgen, weil dort die meisten Brüche offen stehen und wenn dann ein Bruch zusammengeht, besteht eine große Gefahr für die dort beschäftigten Bergarbeiter. Obiges Unglück ist nur möglich gewesen, indem die Werksleitung aus den Knochen der Proleten herausholt, was sie nur an Wagenzahl leisten können.

Die RGO. zeigt den Weg, den die Bergarbeiter zu gehen haben, indem sie sich hinter die Beschlüsse der Bergarbeiterkonferenzen der Opposition stellen müssen. Beseitigung des jetzigen Tarifs und Erkämpfung des Tarifs wie ihn die Bergarbeiter der Opposition vorgeschlagen haben. Das ist nur möglich, wenn alle Bergarbeiter einsehen, daß Schluß gemacht werden muß mit der verräterischen Politik der Gewerkschaftsbürokratie und daß sie den Kampf nur führen können, indem sie innerhalb der Betriebe sofort Stellung nehmen, Kampfkomitees bilden und unter Führung der RGO. um bessere Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen zum Streik übergehen.

Preisabbau auf dem Papier

soll wirkliche Senkung der Bergarbeiterlöhne begründen

(Eig. Drahtb.) **Essen**, 22. November.

Das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat hat die ungeheuer überhöhten Kohlenpreise mit Rücksicht auf die riesigen Haldenbestände ab 1. Dezember um 1,50 Mark pro Tonne herabgesetzt. Die Kohlenmagnaten fordern aber, daß diese Kohlenpreisherabsetzung nur unter der Voraussetzung stattfindet, wenn

ab 1. Januar 1931 eine entsprechende Senkung der Löhne der Bergarbeiter erfolgt.

Die Kohlenbarone, die mit dieser sogenannten Preisherabsetzung, die sie aus Konkurrenzgründen zur Eroberung strittiger Lieferungsgebiete vornehmen, einen Vorstoß zur Herabsetzung der Bergarbeiterlöhne unternehmen,

obwohl diese schon seit längerer Zeit unter den bisher geltenden Listenpreisen die Kohlen verkaufen,

sie machen sich den Preissenkungsschwindel zunutze, um einen neuen, großangelegten Lohndiebstahl vorzunehmen.

Zwei Profitopfer auf dem Bitzthumschacht

Auf dem Bitzthumschacht verunglückten der Bergmann Lange aus Hettstedt und der Schlosser Wolfram aus Leimbach. Der erstere zog sich einen Oberschenkelbruch zu, während Wolfram eine Bodenquetschung erlitt. Beide wurden dem Hettstedter Knappschaftskrankenhaus zugeführt.

Reichsbanner verprügelt oppositionelle SPD.-Arbeiter!

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 22. November.

Zu einer großen Schlägerei zwischen dem Reichsbanner, den Mitgliedern der SAJ. und des Schutzbundes kam es gestern bei der Eröffnung der internationalen Kundgebung der „völkerbefreienden" Sozialdemokratie in den Ausstellungshallen. Der ganze Saal geriet in Aufruhr, so daß die Eröffnungsrede Künstlers im heillosen Spektakel unterging, und die Rede Fritzsch Adlers nur zur Hälfte zu verstehen war. Diese Schlägerei ist

der Ausdruck der Erbitterung und der Empörung der SAJ. über die Politik des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei,

ein Zeichen der Rebellion ihrer proletarischen Anhänger und der rasch fortschreitenden Zersetzung innerhalb der SPD. Noch bevor die Kundgebung begann, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen SAJ.-Mitgliedern und dem Schutzbunde. Einige Reichsbannerleute verließen darauf geschlossen unter lautem Protest die Ausstellungshalle.

Leuna-Delegiertenkonferenz!

Die Leuna-Delegiertenkonferenz morgen, Sonntag, den 23. November, findet mit Rücksicht auf die Belegschaftsversammlung in Halle, an der alle Kollegen und Funktionäre teilnehmen sollen, nicht am Vormittag statt, sondern um 16 Uhr in Merseburg in der „Funkenburg". Die Delegierten wollen sich darauf einstellen.

Bezirksausschuß der RGO.

Die Partei kontrolliert ihre Arbeit

Resolution der Torgauer Parteiarbeiter über den Stand der Arbeit im Unterbezirk

Die am 19. November tagende Parteiarbeiterkonferenz des UB. Torgau stellt bei der Kontrolle der geleisteten Arbeit fest:

In den Konflikten der letzten Tage hat die Torgauer Stadtorganisation mit Ausnahme weniger aktiver Genossen, die in die durch die Verhaftungen gerissenen Lücken traten, versagt. Insbesondere hat die Zelle der Steingutfabrik, deren schwere opportunistische Fehler den Parteieinfluß schwächten und die Durchführung des Proteststreiks verhinderten, gar nicht den Versuch gemacht, in diesen schweren Tagen ihre Pflicht zu erfüllen. Der Mangel an organisierten Kadern und revolutionärer Initiative hat in Torgau die Durchbrechung des Demonstrationsverbotes gehindert. Die Aufnahme von vier neuen Parteimitgliedern in den Sturmtagen ist ein völlig unzulängliches Ergebnis der Werbung. Die Aufgabe der Verbreiterung der Parteibasis muß, wie Genosse Alfred Holzweißig mit Recht uns geraten hat, in den Mittelpunkt der Parteiarbeit gestellt werden.

In Annaburg hat die völlig opportunistische und reformistische Einstellung der Steingutzelle die Aufnahme des Streiks gegen den geplanten Lohnraub und damit auch des politischen Kampfes gegen den Terror sabotiert. Die UBL. wird beauftragt, die zur Befreiung der Partei von den Opportunisten und zur Organisierung der Kämpfe der Belegschaft über deren Köpfe hinweg notwendigen Schritte zu ergreifen. Auch in der Genossenschaftsfraktion muß die Reinigung von den Opportunisten vollzogen werden. Ebenso ist in Dommitzsch der Kurs auf Schaffung einer Linken, in den Massen verankerten RGO. unter Reinigung der Partei von den Opportunisten verstärkt durchzuführen.

Die Durchführung der Protestdemonstrationen in Belgern-Richtewitz, Annaburg, Dommitzsch und Strehlen war trotz der noch vorhandenen Schwächen der Kaderorganisation ein Erfolg, dessen Erfahrungen ausgewertet und dem ganzen Bezirk nutzbar gemacht werden müssen.

Die UBL. hat nicht schnell genug die Verbindungen nach unten hergestellt und die Parole des Proteststreiks nicht rechtzeitig ausgegeben. In vielen Fällen hat es sich gezeigt, daß die Ortsgruppen nicht schnell genug auf die Ereignisse reagierten.

In Bezug auf die allgemeinen Schwächen der Arbeit stellt die Konferenz fest:

Das antifaschistische Aufgebot der Partei und Jugend ist bisher — mit Ausnahme der Gruppen Jessen, Schilda und Kobershain — im Unterbezirk kaum in Angriff genommen worden, was angesichts der verstärkten Verfolgungen des Klassenfeindes ein verhängnisvoller Mangel ist, dessen sofortige Abstellung zu den dringendsten Aufgaben der UBL. gehört. Bei der Durchführung des Aufgebots ist im Wege des Wettbewerbs eine wechselseitige Kontrolle der Gruppen einzurichten. Der Ausbau des Kampfbundes gegen den Faschismus ist mit aller Kraft in Angriff zu nehmen. Die der Aufnahme neuer Mitglieder in die KPD., insbesondere aus den Reihen der Landarbeiter, der Arbeiterinnen, der Jungarbeiter sowie der bisherigen SPD.-Mitglieder gegenüberstehenden Hemmungen sowie auch die Tendenzen zur Behandlung der Arbeiterinnen als Genossen zweiter Klasse sind mit aller Kraft zu bekämpfen.

Die Jugend hat gewisse Anfangserfolge in den Betrieben zu verzeichnen, die aber noch durchaus unzureichend sind. Die Frauenarbeit muß sich mehr als bisher an die breiten Massen, insbesondere der Landarbeiterinnen, wenden.

Die Schulungsarbeit ist — mit Ausnahme eines verheißungsvollen, auch parteilose und SPD.-Arbeiter umfassenden Anfangs in Jessen — noch kaum ernstlich in Angriff genommen. Die UBL. wird beauftragt, eine UB.-Parteischule einzurichten und für die Schulungsarbeit in den Gruppen zu organisieren.

Außerordentlich schwach ist die Landarbeit, eine der dringendsten Aufgaben des UB. Die Sympathien der Landarbeiter sind groß, aber nur an einzelnen Punkten organisatorisch erfaßt. Kleinbauernarbeit wurde bis heute nur in einzelnen Ansätzen geleistet. Die Ortsgruppenleitungen sind unverzüglich zu erneuern, um den Anforderungen einer intensiven Landarbeit Rechnung zu tragen.

Der noch ganz unzulängliche und in der Hauptsache bei den Werkarbeitern und Erwerbslosen fundierte RGO.-Aufbau ist mit aller Kraft zu fördern, vor allem an seinem vorläufig noch schwächsten Punkt, in den keramischen Betrieben und in der bezüglich wichtigsten Industriegruppe, in der Landwirtschaft, wo bisher nur das Gebiet von Jessen erste Erfolge zu verzeichnen hat.

Die Partei ist mit aller Kraft organisatorisch und ideologisch auf die Arbeit unter verstärkten Anforderungen und durch Unterdrückungsmaßnahmen des Klassenfeindes erschwerten Bedingungen einzustellen.

Den Herrn Bergholz und seinen „Volksboten"

haben wir in unserer Dienstag-Nummer als

gemeine Denunzianten

gekennzeichnet, weil sie die Torgauer Opfer der Klassenjustiz in der gemeinsten und lügnerischsten Weise beschimpft und verleumdet und damit noch den Versuch gemacht haben, dem Staatsanwalt Material zu liefern.

Bergholz hat nicht geantwortet

Er wird wissen, warum er einen so schmählichen Vorwurf widerspruchslos auf sich sitzen läßt. Aber die Arbeiter wissen es auch!

Sowjet-Delegation zur Reichs-Frauenkonferenz erhält keine Einreiseerlaubnis

(Eig. Drahtb.) **Berlin**, 22. November.

Das Reichskomitee werktätiger Frauen erhielt gestern folgendes Telegramm:

„Senden flammende Grüße an Kongreß werktätiger Frauen. Bedauern Verhinderung der Abfahrt unserer gewählten Delegation infolge Visum-Verweigerung seitens des deutschen Konsulats in Moskau. Klärt die Frage mit dem Auswärtigen Amt.

Zentraler Gewerkschaftsrat."

Diese unerhörte Maßnahme der Brüning-Regierung zeigt wieder einmal im klarsten Licht, welche Furcht die herrschende Klasse davor hat, daß Delegierte des freien Sowjetlandes durch Schilderung der wahren Verhältnisse im Aufbau des Sozialismus die Lügen der bürgerlichen, sozialdemokratischen und nationalsozialistischen Pressemente zerstreuen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301122-19/fragment/page=0002

Erklärung Bucharins an das Zentralkomitee der KPSU.

Moskau, 20. November. Die Erklärung, die Genosse Bucharin vom Zentralkomitee der KPSU. übermittelte, lautet in ihren wesentlichsten Teilen:

Angesichts einer Reihe von Resolutionen und Anfragen über meine **Stellungnahme zur Generallinie der Partei**, zu den Beschlüssen des 16. Parteitages, sowie zur gegenwärtigen innerparteilichen Lage, erachte ich es für notwendig, folgende Erklärung abzugeben:

Erstens betreffs der Fragen der **innerparteilichen Politik** habe ich bereits vor dem 16. Parteitag vollständig und ganz meine Irrtümer, die den Charakter einer Rechtsabweichung trugen, eingestanden.

Zweitens erachte ich es als die beste Form der Solidarität mit den Kongreßbeschlüssen, eine entsprechende Erklärung an den Parteitag oder an das Zentralkomitee der KPSU. zu geben, was ich fälschlicherweise **unterließ**.

Drittens, nach der Rückkehr vom Urlaub am 15. November, erklärte ich zugleich am nächsten Tage (am 16. November) vor der Parteiorganisation der **Zelle des Wissenschaftlichen Forschungsinstituts** beim Obersten Volkswirtschaftsrat, daß ich **die Beschlüsse des XVI. Parteitags im Wesen und nicht bloß formell** für richtig halte, d. h. nicht bloß von Erwägungen der Parteidisziplin ausgehend, anerkenne.

Viertens folgt daraus die volle **uneingeschränkte Verurteilung** meinerseits **sämtlicher und jeglicher Angriffe** auf die Parteilinie, jeglicher Fraktionstätigkeit, jeglicher Versuche einer offenen Bekämpfung der Parteileitung, der offenen Verteidigung anderer, von der Parteileitung unterschiedener politischer Linien usw., sowie die Anerkennung der Notwendigkeit des Zweifrontenkampfes gegen jegliche Abweichung von dieser Linie, gegen die **Rechtsgefahr** als die Hauptgefahr, gegen das **Versöhnlertum** gegenüber den Abweichungen.

Fünftens verurteile ich in entschiedenster Weise den **Block** der Rechten mit **den „Linken"**, der Genossen Syrtzow—Lominadse, die Fraktionsarbeit ihrer Gruppen und bin einverstanden mit den **organisatorischen Maßnahmen** in bezug auf die Genossen Syrtzow, Lominadse, Schatzkin.

Sechstens: In der Frage der internationalen Politik erkläre ich, daß ich nach Zurückziehung meiner irrtümlichen Behauptungen nach dem Novemberplenum des Zentralkomitees, die Position der leitenden Organe der Komintern und der KPSU. vollkommen teile.

Siebtens: Zur Frage des sogenannten „organisierten Kapitalismus" gestehe ich meine Fehler ein, die Lenin in der „Ökonomie der Uebergangsperiode" (1920) aufdeckte. Diese Irrtümer waren die Ursache meiner Artikel **im Geiste der bürgerlichen Theorie vom organisierten Kapitalismus.** Sie erwiesen sich politisch schädlich, was ganz richtig in den entsprechenden Beschlüssen der Plenarsitzung des EKKI. verurteilt wurde.

Achtens: bei **Einschätzung der allgemeinen Lage** des gegenwärtigen Momentes als Ganzes, ist es notwendig, die **wachsende Zuspitzung des Klassenkampfes** sowohl innerhalb der Sowjetunion (gegen Kulakentum und Schädlingswesen) als auch im Weltmaßstabe (gegen den internationalen Imperialismus) festzustellen. Die aufgedeckten konterrevolutionären und Schädlingsbanden (Ramsin und Co., Kondratjew und Co.), wie gegenüber die **unbarmherzige Abrechnung** mit dem Feind der proletarischen Diktatur notwendig ist, beweisen deutlich den Grad der Zuspitzung des Klassenkampfes im Innern und den Grad der **Kriegsgefahr** seitens der Imperialisten gegen die proletarische Diktatur.

In Kleinen Oesterreich wurden Mitte November insgesamt 1 000 unterstützte Arbeitslose gezählt. Dazu kommen noch 15 000 Personen, die bei den Arbeitsnachweisen zur Vermittlung vorgemerkt sind, ohne eine Unterstützung zu beziehen. Im Vergleich zur letzten Zählung vom 31. Oktober ergibt sich eine Zunahme um rund 21 000 Arbeitslose.

Der neue österreichische **Nationalrat** soll nach einer Mitteilung der „Reichspost" am 2. Dezember zusammentreten.

10 Prozent des Arbeitslohnes für ein Flugzeuggeschwader!

„Unsere Antwort an die Schädlinge"

Massenversammlungen in der ganzen Sowjetunion verdammen die französische Kriegsverschwörung

Moskau, 21. November. Immer **gewaltiger wird der Protest der werktätigen Massen gegen die konterrevolutionäre „Industriepartei". Die klaren Fragen des Genossen Cachin in der französischen Kammer über die Unterstützung der Schädlinge durch die französische Regierung und das jämmerliche Gestammel Briands darauf werden in der Presse veröffentlicht. Die Artikel Poincarés aus dem Pariser „Excelsior" druckt die „Prawda"** im Wortlaut ab **und bespricht sie eingehend.**

Eine Versammlung der Spezialisten der Städte Dnjepropetrowsk und Schitomir fordert das höchste Strafmaß. 82 Ingenieure beantragten in dieser Versammlung ihre Aufnahme in die Partei. Die Professoren, Pädagogen und Aspiranten des energetischen Instituts haben in einer Versammlung ihre schärfste Empörung ausgesprochen und beschlossen, die Ausbildung neuer Spezialistenkader zu beschleunigen.

Die Betriebe von Taganrog hielten ein von 5000 Arbeitern besuchtes Meeting ab. In ihrer Entschließung erklären sie, daß sie jederzeit bereitstehen, auf den ersten Wink für die Verteidigung der Errungenschaften des Oktobers einzustehen.

Eine Versammlung der Arbeiter und Ingenieure der **Konstantinowka-Werke im Donezbecken** beschloß, gemeinsam in die Osoaviachim (Verband für die Entwicklung der Luftstreitkräfte) einzutreten. Die Arbeiter spendeten sofort 4000 Rubel, die Ingenieure und Techniker 1550 Rubel, als erste Rate für ein Flugzeugeschwader „Unsere Antwort an die Schädlinge".

Die Belegschaft der **Röhrenwerke von Mariupol** beschloß als Antwort auf die Schädlingstätigkeit und die Interventionsvorbereitungen **10 Prozent des Arbeitslohnes** an den Fonds der Landesverteidigung abzuführen.

In den letzten Tagen wurden in allen Betrieben Dutzende von Beitrittserklärungen zur Partei eingereicht.

Die bürgerliche Presse Deutschlands stellt sich schützend vor Poincaré

Es ist mehr als auffällig, daß die gesamte bürgerliche Presse Deutschlands, einschließlich der sozialdemokratischen, kaum eine Zeile über die Aufdeckung der konterrevolutionären Banditen in der Sowjetunion und den bevorstehenden Prozeß bringt. Hier ist eine Verschwörung des Schweigens, die, wie wir aus gut informierter Quelle erfahren, **auf Betreiben der französischen Regierung beim deutschen Außenministerium** erfolgt. Bemerkenswert ist auch, daß das offiziöse Telegraphenbüro des Außenministeriums, das WTB., sich nunmehr schon wiederholt geweigert hat, Meldungen der russischen Telegraphenagentur (Taß) weiter zu geben.

Es bedarf keines weiteren Kommentars. Die Imperialisten und ihre Journaille sind sich einig in der Bekämpfung der Sowjetunion.

In allen Sowjetbetrieben 1931 Siebenstundentag

Ein Jahr vor dem festgesetzten Termin!

Moskau, 21. November. Die Ueberführung der Industrie zum Siebenstundentag wird im Jahre 1931, ein Jahr vor dem festgesetzten Termin beendet. Das stürmische Wachstum der sozialistischen Industrie, die schöpferische Begeisterung der Arbeitermassen gestattet die Ueberführung der Betriebe zum Siebenstundentag bedeutend schneller, als vorgesehen war. Nach den vom Präsidium des Obersten Volkswirtschaftsrates der Sowjetunion vorgelegten Kontrollziffern für 1931 werden in diesem Jahre 91,6 Prozent aller Betriebe der Erzindustrie auf den Siebenstundentag umgestellt (am 1. Oktober 1930 waren es 43,5 Prozent).

Außer der planmäßigen Ueberführung der Betriebe zum Siebenstundentagsystem wird in einer Reihe von Betrieben der verkürzte Arbeitstag als Prämierungsform für besondere Betriebsleistungen vorgesehen. Infolgedessen wird Ende 1931 fast die gesamte Großindustrie der Sowjetunion auf den Siebenstundentag umgestellt sein. Der Fünfjahrplan hatte dieses Ergebnis erst für Ende 1932 veranschlagt.

Geheimpolizei gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung

Washington, 21. November. Nach einer Beratung, die im Ministerium für Innere Angelegenheiten unter Teilnahme Hoovers stattfand, verkündete der durch den Skandal der „Untersuchungskommission" gegen angeblich revolutionäre Umtriebe der Sowjethandelsinstitutionen in Amerika bekannt gewordene Senator Fish, daß die Schaffung einer **Geheimpolizei zur Ueberwachung revolutionärer Umtriebe** sowie die **Zwangsregistrierung** und die **Ausweisung** aller im Auslande geborener Funktionäre revolutionärer Organisationen, und ein **Verbot der Einreise von Sowjetbürgern** ins Auge gefaßt sei.

Der „Daily Worker" bezeichnet diese Pläne der Hoover-Regierung als einen Versuch, die Kommunistische Partei in die Illegalität zu treiben.

Streik in Griechenland

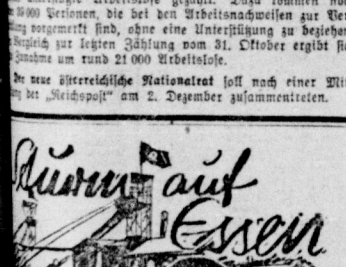
Athen, 21. November. Die Arbeiter der Metallbergwerke auf der Insel Seriphos sind in den Ausstand getreten. Sie verlangen eine Lohnerhöhung von 30 v. H. Die Regierung hat Verstärkungen nach der Insel gesandt.

Tokio, 20. November. Wie japanische Blätter melden, sind auf der Insel Formosa neue Unruhen ausgebrochen. In den Gebieten, wo der Aufstand niedergeschlagen wurde, haben die Aufständischen Polizeistationen überfallen und mehrere Polizeibeamte getötet. Die japanische Regierung hat ein Flugzeuggeschwader nach Formosa entsandt.

Mord an 20 000 Kolonialsklaven

bei Zwangsarbeit für den französischen Imperialismus

Paris, 21. November. Gelegentlich der Aussprache über die Kolonialanleihen in der französischen Kammer wandte sich ein sozialistischer Abgeordneter gegen die Aufrechterhaltung der Zwangsarbeit in Französisch-Aequatorial-Afrika. Der Abgeordnete erklärte, daß beim Bau der Kongo-Ozean-Bahn allein über 20000 Eingeborene gemordet worden seien. Kolonialminister Pietri konnte diesen Ausführungen kein Dementi gegenüberstellen und mußte selbst zugeben, daß auf den Baustellen der Kongobahn eine „außergewöhnlich hohe Sterblichkeitsziffer" zu verzeichnen gewesen sei.



(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

Fortsetzung

„Der Ort hat sich selbst zu versorgen! Am Rathaus in Mutten Hunderte auf Weiterfahrt!" entgegnete Raup, der Verhältnisse in der Stadt kannte. „Wo kriegen wir einen her?"

„Was habt ihr?" — Ein langer Metaller erhob sich schläfrig von der Pritsche, auf der er bisher wie ein Bündel zusammengeklappt lag.

„Einen Chauffeur brauchen wir, einen Wagen müssen wir haben."

„Ich habe im Feld mal so'n Ding zur Aushilfe gefahren!" rief der Lange und reckte sich gähnend. „Wo habt ihr den Wagen?"

„Wir müssen erst einen requirieren!" erklärte Raup. „Wenn du fahren kannst, dann schnapp' dir ein paar Leute und rasch mit der zweite Abteilung abfahren kann!"

„Ich bin" — winkte der Lange und verließ die Wache mit den Rotarmisten.

„Kommt mir ja nicht ohne Wagen zurück!" rief ihnen nach. Mahler strich nervös mit seinen Händen über den kahlen Kopf. Er sah zum Fenster hinaus. Ein kleiner Mann marschierte ab. An der Spitze der lange Chauffeur. Plötzlich blieb den Zermack an und machte eine Gebärde zu ihm hin. Dann konnte er es nicht mehr behalten. „Willm, — wat ist mit dir? Ich glaube, du hast Schitz, du verdrehter Hund!"

„Ich — —" heuchelte Mahler. Ein verdächtiges Zittern zuckte dabei um seine Mundwinkel. „Ich glaube, du bist verrückt!"

Zermack lachte und ging hinaus.

„Reiß' dich zusammen!" warnte Raup. „Die Kumpels haben gute Nasen und riechens sofort, wenn einer bremst!"

Franz ließ seine Kameraden die Waffen reinigen. Die erbeuteten Gewehre waren rostig und verdreckt. Er selbst putzte an einem schweren Maschinengewehr.

3.

Vor der Wache hatte sich eine Menge Rotarmisten um einen grauen Kasten versammelt. Es war das von dem langen Chauffeur beschlagnahmte Auto. Franz Kreusat trat heraus und hörte, wie der Lange fluchte: „Das verdammte Aas ist kapott! Wir kriegen ihn nicht flott, Kumpels! Ihr müßt zu Fuß an die Front!"

„Laß mich mal dran!" rief jemand aus der den Wagen umringenden Menge. Ein großer, starker Mann, mit einem Manchesteranzug, eine schmierige Schirmmütze schief auf dem mächtigen Schädel, drängte sich hindurch, schob den zögernden Chauffeur beiseite und faßte nach der Kurbel.

„Dann bin ich doch gespannt!" brummte der Lange und sah zweifelnd zu, wie der Manchestermann die Kurbel in Bewegung setzte.

„Macht mal Platz!" rief der den anderen Leuten zu, die sich bis an den Motor vorgedrängt hatten und riß die Kurbel mit einer Kraft herum, die alle in Erstaunen brachte.

„Mensch, hat der Mores in den Knochen!" rief Fritz Raup dem Zermack zu, der ebenfalls hinzukam, „Kerl, da bist du ein Junge gegen!"

Mit einer Wucht, die den Wagen hin und her wackeln ließ, drehte der Manchestermann — Ruck — Ruck — Ruck — Rum — und eine Minute später krachte der Motor los und begann lärmend zu stampfen.

Der Manchestermann fuhr sich mit der breiten Hand über die schwitzige Stirn und sagte zu dem Langen: „So, jetzt kannst du abhauen!"

„Willst du nicht lieber den Kasten übernehmen?" fragte Fritz Raup, der sich nach vorne hindurchzwängte.

„Meinetwegen!" erwiderte der Manchestermann. „Mir ist's gleich, ob ich hier herumliege oder so'n Kasten fahre! Hab' früher an den Fronten drei Jahre so'ne Dinger kutschiert!"

„Dann los!" — Fritz Raup suchte Franz Kreusat. Franz stand wortkarg neben Jupp Zermack. „Franz, laß fertigmachen! Ihr könnt abfahren!" rief Fritz Raup, als er ihn erblickte.

In fünf Minuten war alles fertig und die Arbeiter erkletterten mit lautem Ho — und Hallo — den Wagen. Ein junger Schlepper befestigte am Vorderteil des Wagens eine kleine rote Fahne. Vorne auf dem Verdeck des Führerkastens wurde ein schweres Maschinengewehr aufgebaut, mit der Mündung nach vorne. Dahinter stellte sich die M.-G.-Mannschaft auf.

Die Hupe, deren Ball der Manchestermann zum Zeichen der Abfahrt gepreßt hatte, krähte los. Aus der Wache kam der Schnidder angelaufen. „Halt itt Blödmänner! Et well doch met!"

„Los, helft der Bagage hinauf!" schrien und lachten die Kumpels und Metaller, die schon auf dem Wagen standen, zu den unten Stehenden.

Die Bagage krabbelte unter Gelächter und Hilfe einiger starker Fäuste die Wagenwand empor. Als er oben war, hielt ihm einer das eine Bein fest. Die Bagage fluchte und zappelte: „Dat di de Kreizgranaten — lot mi los, du Hund!"

Der Kumpel ließ los. Der Wagen machte in dem Augenblick einen Ruck vorwärts. Bums! — flog der Schnidder in den Wagen. „Na — so 'ne verflochte Bande!" schimpfte er und krabbelte sich unter dem dröhnenden Gächter der Kameraden auf.

„Aufpassen!" rief der Manchestermann aus dem Führerkasten heraus. Der Motor stampfte wie ein ungeduldiges Pferd.

„Jungens, halt' euch dran!" rief Fritz Raup und reichte einem nach dem anderen die Hand.

„Glück auf, Franz!"

„Glück auf — Fritz!"

„Franz, laß es dir gut gehen!" rief der alte Schenke herüber und winkte mit der roten Hand. „Auch so!"

Jupp Zermack kam auch an den Wagen heran und rief zu Franz Kreusat hinauf: „Na, Fränschen, nun geht's dran! Halt dich tapfer, Junge! Haut drin!"

„Wird schon besorgt!" riefen die Kumpels. Die Hupe schrie auf. Ein Ruck vorwärts und der Wagen sauste unter dem Geschrei der Abfahrenden und Zurückbleibenden davon.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301122-19/fragment/page=0003

Rund um den Erdball

„Hier Generalvertretung Jenseits A. G. — Wer dort?"

Die goldene Quasselstrippe des Papstes

Firma Opel schenkte „IHM" ein Luxusauto — USA.-Firma baut gratis und franko kostbares Telefonnetz im Vatikan ein

Vor einigen Tagen weihte der „Stellvertreter Gottes", Freund Mussolinis und Pilsudskis, also der Papst, seine neue automatische Telephonanlage in der Vatikanstadt ein, die ihm eine reklamesüchtige Neuyorker Firma gratis und franko geschenkt und eingebaut hat.

Die gesamte bürgerliche Weltpresse nimmt dieses „welterschütternde Ereignis" zum Anlaß, ihren Lesern vorzuschwindeln, daß nunmehr im Vatikan, diesem Weltbüro für Volksverdummung, ein „modernes Lüftchen wehe". Groß und breit wird geschildert, wie die neue Telephonanlage mit dem Telephonnetz Roms durch 30 Leitungen und mit dem Fernamt durch 6 Leitungen verbunden ist. 800 Anschlüsse bewerkstelligen den Telephonverkehr der Kirchenbonzen untereinander. Auf dem Schreibtisch des Papstes endlich befindet sich das nebenstehend abgebildete goldene Telephon, das ebenfalls ein großzügiges Geschenk der amerikanischen Firma darstellt.

Der Telephonverkehr der Weltopium-Firma mit den Antibolschewisten-Zentralen der kapitalistischen Länder ist damit also hergestellt. Nunmehr braucht der Papst seine Bannflüche gegen den „Antichrisen" nicht mehr auf mittelalterlichen Pergamentrollen versenden, sondern kann sie gleich durch die Quasselstrippe an die Interessenten bringen. An der klassenbewußten Arbeiterschaft der Welt wird es liegen, daß die Institution zur

Unterdrückung der menschlichen Vernunft auch trotz ihrer technischen Modernisierung bald pleite macht.

Ein nationaler Erzieher hat

Jahrelang Schulknaben sexuell mißbraucht

Das Doppelleben eines Dorfschullehrers

Frankfurt a. d. O., 21. November. Der 43jährige Dorfschullehrer P. aus einem kleinen Dorfe im Kreis West-Sternberg bei Frankfurt a. d. O. ist vor einigen Tagen verhaftet worden. Er wird beschuldigt, sich jahrelang an 12- bis 14jährigen Schülern sexuell vergangen zu haben, die er auf den Boden des Dorfschulhauses oder in einen Holzstall gelockt hat. Der Verhaftete, der sich über den Rahmen seiner Gemeinde hinaus durch Inszenierungen von nationalen Heimatspielen einen Namen gemacht hat, will seine Vergehen in abnormen Rauschzuständen begangen haben.

Vor der Polizei gab der Verhaftete alle ihm zur Last gelegten Vergehen unumwunden zu. Nach seinem Geständnis erlitt er einen schweren Nervenzusammenbruch, so daß er nach Angabe der Polizei als „haftunfähig" entlassen werden mußte. Ergänzend wird zu dieser aufsehenerregenden Verhaftung bekannt, daß der Beginn seiner Verfehlungen bereits drei bis vier Jahre zurückliegt. Bis kurz vor seiner Verhaftung hat man von der krankhaften Veranlagung des Lehrers nichts bemerkt. Schließlich tauchten Gerüchte auf, die sich immer hartnäckiger behaupteten und endlich zu Ohren der merkwürdig schwerhörigen Polizei kamen. Die Untersuchung ergab dann die volle Schuld des Lehrers. Wie die weitere Vernehmung ergab, hat P. in den letzten vier Jahren zahlreiche Knaben, wie bereits erwähnt, auf den Boden des Schulhauses gelockt und sich dort an ihnen vergangen. Aus Angst vor Schikanen schwiegen die eingeschüchterten Knaben regelmäßig. Von dem Schulrat wurde jetzt die Schule geschlossen und P. seines Amtes als Lehrer enthoben. Er ist verheiratet und Vater einer siebenjährigen Tochter.

Doppelselbstmord auf den Schienen

Vor Jahresfrist nahm sich der Bruder und dessen Braut an gleicher Stelle das Leben

Wien, 21. November. Am Montag früh wurden auf dem Eisenbahndamm in der Nähe von Klosterneuburg zwei vollkommen zerstückelte Leichen gefunden. Die Toten wurden festgestellt als ein Brautpaar aus Wien, die unzweifelhaft Selbstmord begangen haben.

Ergänzend wird dazu bekannt, daß am 28. Dezember v. J. an genau derselben Stelle der Bruder des Selbstmörders mit seiner Braut ebenfalls Selbstmord verübt hat. Die Ursachen, die beide Paare in den Tod trieben, sind angeblich unbekannt.

Motorsegler bei Sylt vermißt

Die gesamte Besatzung ertrunken?

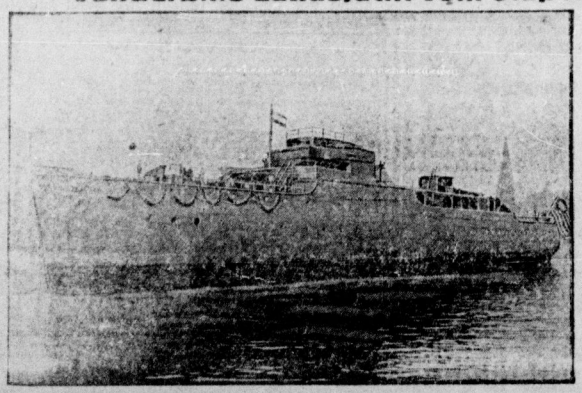
Hamburg, 21. November. Von der Insel Sylt wird gemeldet, daß der Altonaer Motorsegler „Stralsund" mit 13 Mann Besatzung untergegangen sei. Der Motorsegler kam aus England und befand sich auf dem Wege nach Altona.

Auf der Insel Sylt ist nun das einzige Rettungsboot angetrieben, das der Motorsegler an Bord hatte. Man befürchtet daher für die Besatzung das Schlimmste.

Fünfzehn Grad Frost in Ostpreußen

Die mit dem Schneefall Anfang der Woche einsetzende Kälte hat gestern in Ostpreußen erheblich zugenommen. Nach Mitteilung der Königsberger Wetterwarte sank das Thermometer in der Nacht zum Freitag auf minus 15,4 Grad Celsius.

Vanderbilts Luxusjacht vom Stapel gelaufen



Rund sieben Millionen Arbeitslose in Amerika! Regierungsbonzen und Pfaffen aller Konfessionen salbadern von Opfern, die gebracht werden müssen. Doch die Ausbeuter pfeifen auf die entsetzliche Not der Massen. Sie amüsieren sich über die Beruhigungspredigten ihrer staatlichen und religiösen Funktionäre. Immer maßloser wird ihre Gier nach Luxus. So hat sich jetzt der bekannte Milliardär Vanderbilt auf der Germaniawerft in Kiel eine Luxusyacht von geradezu aufreizender Pracht bauen lassen. Die Yacht, die eine Länge von 81 Meter und eine Breite von 40 Meter hat, besitzt eine Geschwindigkeit von 16 Knoten und wird also so schnell sein wie ein mittlerer Ozeandampfer.

Eine Spur der Wittenberger Posträuber entdeckt

Berlin, 21. November. Die Vermutung, daß die beiden Maskierten, die am Donnerstag in Wittenberg die beiden Postschaffner überfielen und ihnen den Rucksack mit 25 000 Mark entrissen, Berliner Verbrecher seien, hat sich noch in der Nacht zum Freitag bestätigt.

In einer noch unbebauten Straße in Berlin-Grunewald ist das Auto, das die Postgeldräuber benutzt haben, herrenlos aufgefunden worden. Als man es einer näheren Betrachtung unterzog, stellte sich heraus, daß die Hinterwand von Revolverschüssen durchbohrt war. Von den Postgeldräubern selbst fehlt bisher jede Spur.

Neue Erdverschiebungen in Lyon

Ein Krankenhaus vor dem Einsturz

Paris, 21. November. Die andauernden Regenfälle in Lyon haben nunmehr dazu geführt, daß sich erneut Erdverschiebungen ereignet haben, die den Einsturz eines Krankenhauses und einer Reihe neuer Häuser stündlich befürchten lassen.

Die aufgestellten Mikrophone gaben in den Abendstunden lautes Krachen wieder. Eine sofort eingeleitete Untersuchung hat bereits ergeben, daß die Giebelmauern verschiedener Häuser lange Risse aufweisen. Alle Vorsichtsmaßnahmen sind getroffen, um ein neues Einsturzunglück zu verhindern.

Blutiger Zwischenfall bei der Paßkontrolle

Paris, 21. November. Ein blutiger Zwischenfall ereignete sich in der Nacht zum Freitag in der deutsch-französischen Grenzstadt Kehl.

Bei der Abfertigung des Schnellzuges Paris—Prag wurde dem französischen Paßkontrolleur ein Reisender ins Büro geführt, der keinerlei Papiere besaß. Auf die Frage des Beamten nach seiner Identität zog der Mann plötzlich einen Revolver. Nur dem Dazwischentreten eines Gendarmen war es zu verdanken, daß der Beamte nicht erschossen wurde. Der Gendarm umklammerte den Angreifer und drehte ihm die Waffe in der Hand um. Die Kugel drang dem Fremden in die Brust und verletzte ihn lebensgefährlich.

Al Capone verhaftet

Al Capone, der berüchtigte Gentlemenverbrecher und millionenreiche Schmugglerbandenführer ist am Donnerstag in Chikago verhaftet worden. Ueber die näheren Umstände der Verhaftung ist noch nichts Genaues bekannt. Man wundert sich nicht wenig in Amerika, daß die Chikagoer Polizei, die dem Treiben dieses Verbrechers jahrelang untätig zusah, nunmehr so forsch gegen ihn vorgeht. Immerhin nimmt man an Verbrecherkreisen diese Verhaftung nicht so tragisch. Trotzdem nämlich Al Capones Verbrechen überall bekannt sind, gelang es ihm bisher, dank seiner guten Beziehungen zur Polizei, immer wieder freizukommen.

Schwerer Unglücksfall in Alsdorf

Bei den Auftäumungsarbeiten auf Zeche Anna 2 in Alsdorf trat ein Monteur zu nahe an den Schacht heran. Plötzlich kam die Erde unter ihm ins Rutschen, und er stürzte in den Schacht. Er erlitt beim Sturz so schwere Verletzungen, daß er bald nach Einlieferung ins Krankenhaus verstarb.

Die wichtigste Broschüre des Tages

DIE ROTE GEWERKSCHAFTSINTERNATIONALE IM ANGRIFF

Von A. LOSOWSKY

Drei Reden, gehalten auf dem V. Kongreß der RGI., mit den Thesen über „Weltkrise, Weltwirtschaftskampf und Aufgaben der internationalen revolutionären Gewerkschaftsbewegung."

120 Seiten 20 Pfennig

Jeder Gewerkschafter, jeder Betriebsarbeiter und jeder Erwerbslose muß diese Schrift lesen!

Erhältlich bei allen Litobleuten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301122-19/fragment/page=0004

Aus der Arbeit der R.G.O.

Nr. 274 — 10. Jahrg. 1. Beilage — Klassenkampf — Sonnabend, 22. November 1930

Eine Provokation folgt der anderen

Weitere Ausplünderung der Kumpels

Sprengstoff auf Grube Paul 2 — Die Proleten sollen zahlen — Die Betriebsleitung legt „Bomben"

R.G. Der kürzlich im „Klassenkampf" erschienene Bericht, daß die Grube Paul 2 ein Gefahrenherd ersten Ranges ist, hat seine Wirkung nicht verfehlt. Das Oberbergamt Halle hat auf Grund dieses Berichtes sich bequemt, diese Grube, besonders die maschinelle Bewetterförderung, einmal unter die Lupe zu nehmen. Man hat angekündigt, daß Personenförderung nur „nach Maßgabe der Bergverordnung" zulässig ist. Was sagt nun aber das Oberbergamt zu dem Verhalten des Bergrevierbeamten, der, anstatt die Seilfahrt für Personen zu verbieten, das Gegenteil tut und die Seilfahrt weiterhin betreibt?

Was haben dann die Besichtigungen und die Verordnungen für einen Zweck?

Nun zum Sprengstoff: Sprengstoff wird schon jahrelang auf dieser Grube zum Sprengen harter Kohle verwandt. Bisher hat das Werk, ohne direkte Bezahlung, den Kumpels den Sprengstoff geliefert. Die Anschaffung und zum Besitz von Sprengstoffen und Zündmitteln ist nach laut Bergpolizeiverordnung nach § 73, Abs. 1 allein das Werk berechtigt. Denn es heißt: Die Anschaffung der zum Betriebe des Bergwerks erforderlichen Sprengstoffe und Zündmittel ist nur dem Bergwerksbesitzer oder dessen Beauftragten für Rechnung des Bergwerks gestattet.

Jetzt aber versucht die Betriebsleitung, um bei den Aktionären zu glänzen, durch einen raffinierten Trick den Kumpels außer der indirekten noch die direkte Bezahlung des Sprengstoffes und der Zündmittel aufzuhalsen.

Sie bedient sich dazu folgender Maßnahmen:

An den Arbeitspunkten, wo geschossen wird, soll das Wagengedinge um 5 Pfennig pro Wagen erhöht werden, die Zulage von 5 Pfennig soll ein Ausgleich für den zu verwendenden Sprengstoff sein. Nun, nehmen wir als Durchschnittsförderleistung vor solchen Betrieben 30 Wagen pro Schicht. 30×5 ist 1,50 Mark pro Schicht und 30 Tage. Das würde bedeuten ein Mehr pro Woche von rund 9 Mark, wenn es durch zwei Mann, macht 4,50 Mark pro Woche mehr.

Nun die andere Rechnung: Ein Schuß mit drei Patronen kostet 25 Pfennig × 4 Schuß pro Schicht = 3 Mark pro Schicht an Sprengstoff. 3 Mark × 6 Schichten = also pro Woche 18 Mark für Sprengstoff. Die Kumpels würden also pro Mann und Woche vor ihren Arbeiten rund 4,50 Mark einbüßen. Rechnet man noch hinzu, daß sie oder nach der 5-Pfennig-Zulage das Wagengedinge um 2 bis 3 Pfennig gekürzt wird, bezahlen die Kumpels restlos die Sprengstoffrechnungen des Werkes!

Ueber diese Sprengstoffaffäre, die man als „Bomben"segerei der Werksleitung bezeichnen kann, ist bereits in einer Betriebsratssitzung verhandelt worden. Was aber dabei herausgekommen ist, bleibt Geheimnis des Betriebsrates. Die Sache sollte doch vors Arbeitsgericht gehen? Wir fragen den Betriebsrat, was daraus geworden ist. Die Betriebsleitung verhandelt bereits mit jedem Kumpel einzeln und diktiert förmlich diese 5-Pfennig-Zulage. Ohne daß ein schöner Gewinn für die Unternehmer herausspringt, werden solche Methoden bestimmt nicht eingeführt.

Was muß die Belegschaft tun?

Kumpels, nur eins kommt in Frage: Wollen wir diesen Schandstreich verhindern, müssen wir sofort Kampfstellung beziehen, der Werksleitung anheimstellen, daß wir nicht eher anfahren, ehe nicht dieser freche Angriff zurückgenommen wird.

Ueber die betrieblichen Forderungen hinaus gilt es sowieso den Kampf um den Sechs- und Siebenstundentag und Lohnerhöhung zu organisieren und auszulösen.

Jetzt heißt es, ran an den Feind, alle schließen sich der RGO. an und unter Führung derselben in Verbindung mit den Erwerbslosen gilt es für die eigenen Forderungen, für die wirklichen Forderungen der Bergarbeiter zu kämpfen!

Achtung, Mansfeld-Arbeiter!

Die Revierkonferenz für den Erzbergbau findet nicht am 23., sondern am 30. November in Eisleben statt.

RGO., Industriegruppe Bergbau.

Metallarbeiterverband, Zahlstelle Elsterwerda!

Am Sonntag, dem 23. November, 14 Uhr, findet im „Gesellschaftshaus" (Hoppenz) in Elsterwerda die Jahres-Generalversammlung statt, in der die neuen Ortsverwaltungs- und die neuen Kartellmitglieder gewählt werden. Die Versammlung bringt eine scharfe Auseinandersetzung zwischen der reformistischen Verbandsbürokratie und der RGO. Die Fragen stehen: Arbeiterverrat oder Klassenkampf. Alle Metallarbeiter besuchen diese Versammlung. Die Fraktionssitzung der RGO. findet am Sonnabend, dem 22. November, 20 Uhr, im „Deutschen Haus" statt.

Zur 40-Stunden-Woche ohne Ausgleich

40000 Mk. Mietrückstände in Dürrenberg

Völlige Verarmung in den Leuna-Siedlungen — Neuer Lohnraub bringt katastrophale Auswirkungen Nur der Kampf kann helfen — Organisiert den Streik unter Führung der RGO.!

Aus zuverlässiger Quelle wurde uns zur Kenntnis gebracht, daß die Mietsschulden der Leuna-Arbeiter, die in der Dürrenberger Siedlung wohnen, sich auf rund 40 000 Mark beziffern (!). Die Zahl ist keineswegs übertrieben. Den Beweis dafür könnten so manche Beamte bringen, wenn man sie von ihrem Diensteid entbinden würde, wenn man sie in aller Oeffentlichkeit über die Mietrückstände befragen würde. Man tut so etwas natürlich nicht, und vielleicht findet sich auch eine Presse, die unsere Notiz ableugnen wird. Wahr ist sie aber dennoch!

Es ist eingetroffen, was die kommunistische Presse vor Jahren schon behauptete, als der verflossene SPD.-Landrat Guske aus den Mitteln, die die werktätigen Massen aufbrachten, für die Leuna-Könige diese Muster-Sklavenkolonie Dürrenberg aufbaute. Damals wurde dem Guske schon gesagt, daß die Leuna-Arbeiter und die Angestellten auf die Dauer nicht derartige Mieten (40, 50, 60, 80, 90 Mark pro Monat. D. Red.) aufbringen könnten. Es ist so gekommen, wie wir sagten, es ist alles verschuldet.

Man fürchtet einen öffentlichen Skandal, sonst würde man die säumigen Mieter ohne weiteres aus den Buden hinaussetzen. Man hat nicht genug Obdachlosenasyle, um die Leuna-Proleten darin unterzubringen.

Man bedenke, im Betrieb Beschäftigte sind reif für das Obdachlosenasyl!

Eine Mietherabsetzung wird von seiten der Leuna-Könige bestimmt nicht kommen. Die Großgemeinde Dürrenberg kann sie nicht herabsetzen, wenn sie nicht einen proletarischen Etat aufstellt, wenn sie nicht die Kosten für eine Mietsenkung in der Siedlung aufbringt, indem sie die Gehälter der höheren Beamten sowie die Zuwendungen für Polizei und Kirche streicht, wenn sie nicht den Kampf gegen den Elendskurs der Brüning-Regierung führt. **Es gibt nur einen Ausweg aus der Katastrophe, das ist der Weg, den die Kommunisten vorschlagen. Der Kampf gegen den Lohnraub, der Kampf gegen den Mietwucher, das heißt, der schärfste, unermüdlichste Kampf gegen das gesamte kapitalistische System, der Kampf um die Macht der Arbeiterklasse.**

Leuna-Proleten, ganz gleich, ob Ihr in den Siedlungen wohnt oder nicht, die Situation erheischt den Kampf. Bereitet ihn vor, gebt die Losung von Bau zu Bau, von Betrieb zu Betrieb. Sie soll bis nach dem Verwaltungsgebäude dringen:

Streik gegen Lohnraub, für vollen Lohnausgleich!

Zur Massenmobilisierung

Leuna-Könige fürchten den Mieterstreik

Gagfah-Mieter werden von der Werksleitung vorgeknöpft — Sie sollen sich „an nichts beteiligen" Die Antwort muß lauten: Erst recht Kampf, nur der Streik ist der Ausweg!

R.G. In der Gagfah-Siedlung in Merseburg, einer ausgesprochenen Siedlung der Leuna-Arbeiter, herrschen die gleichen Zustände wie in der Siedlung Dürrenberg. Auch in der Gagfah können Leuna-Proleten ihre Miete nicht bezahlen (von den entlassenen Arbeitern gleich gar nicht zu reden!). Die Mieter der Gagfah haben sich zusammengetan, um eine Herabsetzung der Mieten zu erreichen. Sicher mit wenig Erfolg. Ein paar christliche Phrasendrescher verstanden es, einen sogenannten „unparteiischen" Interessentenausschuß zu schaffen, der die Mieter samt und sonders an der Nase herumführt. Einzig und allein die Kommunisten nehmen sich der Gagfah-Mieter an. Sie machen den Mietern die richtigen Vorschläge:

Streik gegen die hohen Mieten! Zahlt das, was Ihr zahlen könnt!

In einer Versammlung der Mieter, die kürzlich in Merseburg im „Deutschen" stattfand, wurde durch die Leuna-Werksleitung besorgt. Ein gewisser Blumentritt hatte die Versammlung zu überwachen und Bericht zu erstatten. Blumentritt ist Leuna-Pförtner. Nach der Versammlung war er in Zivil zugegen. Er machte sich Notizen über die Leute, die anwesend waren und was sie sprachen. Die Gagfah-Proleten haben, obwohl sie Blumentritt nicht sehen, nicht hinter dem Berge gehalten mit ihrer Meinung. Blumentritt wird einen fetten Bericht seiner Werksleitung geliefert.

Wie weit die Leuna-Könige eine Bewegung der Gagfah-Mieter fürchten, wie sie die offene Rebellion, den Mieterstreik fürchten, geht daraus hervor, daß man kürzlich den Maschinenmärter Göhring, der in der Gagfah wohnt, nach der Abteilung für Arbeiterangelegenheiten beitellte, wo man ihm mitteilte, daß man ihm einige Monate die Miete schenken würde, — wenn er versprüche, sich an nichts zu beteiligen! Das heißt also, **nicht am Mieterstreik zu beteiligen!**

Die Werksleitung knöpft sich einzelne Leute vor und hilft ihnen für einige Monate. Der Betreffende wird dann um so tiefer ins Elend sinken. Gagfah-Mieter, Leuna-Proleten, in Verbindung mit dem neuen Lohnraub, der bevorsteht, müßt Ihr jetzt erkennen, daß nur noch der Streik helfen kann.

Streikt, zeigt den Leuna-Königen, daß Ihr das Kämpfen nicht verlernt habt, zeigt, daß man nicht einen Pfennig mehr von Euren Hungerlöhnen abziehen kann! Streikt gegen das Ausbeuterpack und seine Lakaien, die Tenkagen, Walter, Fischer und Konsorten!

3. Quittung über Metallstreik Berlin

Annaburg, Liste 158, 8,10 Mk. (Schlichte, Wohnungsbau). Merseburg JG.-Bau, Liste 150, 2,60 Mk. Steinarbeiter Halle 50 Mk. Dürrenberg, Erwerbslose, Liste 426, 11,47 Mk. Sandersdorf, Erwerbslose, Liste 435, 10,72 Mk. Leuna, Konto, 20,65 Mk. Expedition, Endabrechnung, 12,80 Mk. Film, Wolfen, Endabrechnung, 6,50 Mk. (zusammen 7,85 Mk.)

Mit fordern alle Betriebe und Erwerbslosenausschüsse zur schnellsten Abrechnung der noch laufenden Sammellisten auf, auch der Listen, die noch für den Zahn-Streik im Umlauf sind. Bezirkskomitee der RGO.

6 Mark in 30 Arbeitsstunden „verdient"

Eine „Muster"ausbeutung vom Rittergut Benzernaumburg

A.-K. Arbeitslose Proleten werden vom Arbeitsamt Sangerhausen zum Rübenroden „bestimmt"! Wer die Arbeit verweigert, dem wird die Unterstützung gesperrt. So wurden etwa 15 Erwerbslose von Riestedt nach oben genanntem Rittergut geschickt, um Rüben im Akkord zu roden. Die Mehrzahl von den Erwerbslosen hatte die Arbeit noch nicht gemacht. Die Erwerbslosen verdienten im Akkord natürlich noch nicht einmal so viel, was ihre Unterstützung ausmacht. Einige Erwerbslose verdienten in 30 Arbeitsstunden **sage und schreibe 6 Mark und einige Pfennige, dann gingen die Abzüge noch ab, so daß 5,56 Mark an Lohn ausgezahlt wurden!**

Das spottet aller Beschreibung. So beuten Großagrarier Arbeitslose aus mit Hilfe der Arbeitsämter.

Arbeitslose, laßt nicht länger Schindluder mit Euch treiben, sondern schließt Euch zusammen, organisiert Euch, seit den „Klassenkampf", werdet Mitglied der Kommunistischen Partei, kämpft mit ihr gegen dieses Ausbeutersystem bis zur Errichtung eines Sowjet-Deutschland.

Manche freie Stunde verschafft Ihnen IMI!

Wenn Sie IMI zum Geschirrspülen, zum Aufwaschen und Reinigen nehmen, haben Sie es viel leichter und sind viel schneller fertig. IMI rückt allem Schmutz und Fett energisch zu Leibe. Messer, Gabeln und Löffel, Teller und Schüsseln, Töpfe und Pfannen, kurz alles Geschirr säubert IMI im Augenblick.

Auch beim Putzen von Steinfliesen, Wandsockeln, Badewannen und Spülbecken bewährt sich IMI vortrefflich.

IMI spart Ihnen soviel Mühe und Arbeit, daß es rückständig wäre, es nicht zu benutzen. Es kostet doch nur 25 Pfennige und ist außerordentlich ergiebig.

IMI

Henkel's Aufwasch-Spül- und Reinigungsmittel für Haus- und Küchengerät aller Art

Hergestellt in den Persilwerken

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301122-19/fragment/page=0005

HALLE

22. November 1930.

Totensonntag

Totensonntag —! Morgen werden Tausende nach den Friedhöfen wandern und an den Gräbern ihrer verstorbenen Angehörigen gedenken. Die Pfaffen auf den Kanzeln werden salbungsvolle und scheinheilige „Trostworte" für die unter der „Obhut des Herrn" leidende und geplagte Menschheit finden, im Gedenken der Toten an die kommenden „Freuden" der ewigen Seligkeit gemahnen.

Das Proletariat empfindet neben der Trauer um die Toten, um die im Kampf um die Freiheit gefallenen Brüder, um die vom Kapitalismus gemordeten Kumpels in Neurode, in Alsdorf, auf der Grube Maybach Haß gegen das bestehende System. Dieser Haß wird den Kampfwillen gegen die Gesellschaft stärken, die Tausende und aber Tausende zum Hungertode verurteilt.

Die Arbeiterklasse hat keine Zeit zur Trauer. Sie wird kämpfen, siegen und leben! Die unter dem kapitalistischen Ausbeutungsjoch stöhnenden Proletarier werden die Fesseln sprengen und eine neue Welt errichten — eine Welt der Freiheit und des Lebens — den Kommunismus!

Aufs neue erschallen die Drommeten. — Es gilt neuen Kampf!

Hurra, Preisabbau!

Das soll nun der „Segen" des Lohnraubes sein!

Die Pressestelle des Magistrats meldet:

Bekanntlich war der Städtetag vor kurzem in Erörterungen über die Preissenkungen eingetreten. Das Ergebnis der Verhandlungen, die in dieser Woche in Halle aufgenommen worden sind, liegt vor. Die Vertreter der hallischen Mühlen und des Mehlgroßhandels haben sich bereit erklärt, bei einem Roggenpreis von 8,35 Mark den Mehlverkaufspreis an die Bäcker für Roggenmehl 0—60 Prozent auf 27,50 Mark, d. h. um etwa 1 Mark zu ermäßigen. Das Dreipfund-Brot soll nach Vereinbarung mit der hallischen Bäckerinnung mit Wirkung vom 24. November an bei gleichbleibender Qualität von 54 auf 52 Pfennig gesenkt werden. Die Brotfabriken und Konsumvereine schließen sich dieser Vereinbarung an. Auch die Fleischerzwangsinnung hat sich mit Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Notlage bereit erklärt, sich für eine Herabsetzung der Preise für Fleisch und Wurstwaren bei ihren Mitgliedern einzusetzen.

Es werden herabgesetzt:

Schweinefleisch (Kotelett und Schulter)	um	10	Pf. das Pfund
Bauchfleisch	„	5	„ „ „
Speck und Schweineschmalz	„	10	„ „ „
Rindfleisch, Bratfleisch und Kochfleisch	„	10	„ „ „
Rindertalg, roh	„	4	„ „ „
Rindertalg, ausgelassen	„	6	„ „ „
Kalbfleisch	„	10	„ „ „
Hammelfleisch	„	10	„ „ „

Unter Zugrundelegung der vom Statistischen Amt der Stadt Halle festgestellten häufigsten Preise ergibt sich somit eine Senkung gegenüber dem derzeitigen Stand um 7 bis 10 Prozent.

*

Es liegt auf der Hand, daß dieser Preisabbau, bei dem es sich nur um wenige Pfennige handelt, in keinem Verhältnis zu der Höhe des Lohnabbaues sowie der Steigerung der Lebenshaltungskosten durch Steuer- und Mieterhöhungen steht. Wo bleibt der Abbau der Mieten, wo der Abbau der Preise für Gas, Strom und Straßenbahn?

Mit diesem minimalen „Preissturz" wird man den Arbeitern den Lohnraub nicht schmackhaft machen können. Kampf gegen jeden Lohnabbau und für Erhöhung der Löhne bleibt deshalb nach wie vor die Losung der Arbeiterklasse.

Arbeiter, hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

Nazi-„Kanone" fürchtet KPD.-Diskussionsredner

Hakenkreuz-Rummel im „Stadtschützenhaus" — Ein SPD.-Mann darf sprechen — Dem kommunistischen Diskussionsredner wird aus Furcht vor der politischen Abrechnung das Wort verweigert

Die hallischen Nazis hatten sich für ihre gestrige öffentliche Versammlung im „Stadtschützenhaus" eine ganz besondere „Kanone" verschrieben. Der Reichstagsabgeordnete Wigand sollte über das Thema „Die Republik ist in Gefahr" sprechen. In der Versammlung waren überwiegend Kleinbürger, Angestellte, Beamte und Intellektuelle vertreten. Arbeiter waren — abgesehen von einigen verkommenen proletarischen Elementen in den stark vertretenen SA.-Kolonnen — so gut wie nicht zu sehen. Auffallend war fernerhin, daß äußerst wenig Frauen da waren.

Der Redner des Abends hielt ein zweistündiges Referat im Stile eines Jahrmarktsausschreiers. Er begann — offenbar um seine „Intelligenz" zu unterstreichen — mit Geschichten aus dem alten Rom, unternahm Streifzüge durch die ganze Weltgeschichte, gab äußerst blöde und ungeschickte „Episoden" aus dem politischen Leben zum besten und machte im übrigen faule Witze. Oft glaubte man sich in ein Lachkabinett irgendeines Jahrmarktrummels versetzt. Anscheinend fühlte sich Wigand verpflichtet, für die 50 Pf. Eintritt den Versammlungsbesuchern ein Amüsement bieten zu müssen.

Das, was dieser Naziheld politisch zu sagen hatte, kennzeichnete nämlich den völligen politischen Bankrott der NSDAP.

Wir wollen zur Charakterisierung der politischen Auffassungen der Nationalsozialisten nur einige Blüten aus der gestrigen Rede dieses Naziabgeordneten zum besten geben. Zunächst versuchte er den Anwesenden weißzumachen, daß zwischen „Marxismus und Sozialismus ein unüberbrückbarer Gegensatz" bestehe. Damit gab dieser „schlaue" Mann also indirekt zu, daß zwischen dem „Sozialismus" der Nazis und dem Sozialismus des auf dem Boden des Marxismus stehenden Proletariats — also zwischen den Nazis und der Arbeiterklasse — eine riesengroße Kluft besteht. Das stimmt allerdings.

Die Nazis haben sich zu den eingeschworenen Feinden des Marxismus und somit der gesamten Arbeiterklasse erklärt.

Daß die Nazis unter ihren Anhängern und Wählern regelrechte Verdummungspolitik betreiben, ging vor allem auch aus der grotesken Aeußerung des Referenten hervor, daß, wenn Moskau marschiert und in Deutschland Erfolge erringt, die jetzigen Leute in der Brüning-Regierung unter dem Bolschewismus die regierenden Herren sein werden (!). Solchen nicht zu überbietenden Blödsinn wagte man den Versammlungsbesuchern gestern zu servieren. Aber all dieses unsinnige Gerede verfolgt ja nur den Zweck, den völligen außen- und innenpolitischen Bankrott der Nazis und

ihre Kapitulation vor der Young-Republik

zu verdecken. In der gestrigen Versammlung wurde die Frage des Young-Plans vom Nazi-Referenten nur zweimal beiläufig gestreift. Kein Wunder, denn gerade diese Frage offenbart ja den gemeinen Verrat der Nazis an ihren Wählern, indem sie in der letzten Sitzung des auswärtigen Ausschusses den kommunistischen Antrag auf Einstellung der Young-Zahlungen und Austritt aus dem Völkerbund unter den Tisch fallen ließen. Unter peinlichster Umgehung dieser heiklen Frage bemühte sich dann Wigand, das neue „starke Deutschland des Dritten Reiches" schmackhaft zu machen. Großspurig brüllte er in den Saal, daß Frankreich der Erbfeind Deutschlands sei und für alle Zukunft bleiben werde. Daß die Nazis aber völlig in die Außenpolitik Brünings eingeschwenkt sind und faktisch die Aufrüstung des „Erbfeindes" anerkannt haben, wird geflissentlich verschwiegen.

Die Nazis wollen ein wehrfähiges Deutschland, sie treten ein für Aufrüstung und allgemeine Wehrpflicht! „Sehen Sie mal, meine lieben Volksgenossen", meckerte Herr Wigand gestern in den Saal, „wenn wir ein Zwei-Millionen-Heer haben, dann würde das Erwerbslosenheer verschwinden, der Produktionsapparat würde entlastet (!) und die Wirtschaft gefördert. Das Schneidergewerbe würde dann durch die Herstellung von Uniformen wieder blühen und gedeihen, ebenso das Wirtschaftsleben in den Garnisonsstädten." Der Weisheit letzter Schluß des Herrn Wigand gipfelte dann in der Feststellung, daß der Marxismus nur deshalb bestehen könne, weil es Deutschland wirtschaftlich schlecht geht. Damit hat der Naziredner ohne daß er es gewollt hat, das Richtige getroffen.

Es wird den Arbeitern, solange der Kapitalismus besteht, niemals gut, sondern immer schlechter gehen.

Eben die Tatsache, daß die kapitalistische Wirtschaft bereits [illegible] Millionen von Werktätigen in namenloses Elend stürzt, während die kapitalistischen Profiträuber Riesengewinne einsacken, ist ja der Beweis dafür, daß

nur der revolutionäre Klassenkampf mit dem Ziele des Sturzes der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft die Befreiung aller Werktätigen ermöglichen kann.

In der Diskussion kam als erster Redner der sozialdemokratische „Volksblatt"-Redakteur Wielepp zum Wort. Wie[illegible] dem es auf Grund des Gebrülls der Nazis unmöglich war, [illegible] durchzusetzen, vermochte nichts weiter, als eine schwache „Verteidigung" des Marxismus, dessen Boden ja die SPD. schon längst verlassen hat, zu geben und die heutige Republik als das „noch nicht endgültige Ziel der SPD." hinzustellen. Er hütete sich wohlweislich, politisch gegen die Nazis zu operieren, abgesehen davon, daß die SPD. den Nazis politisch in keiner Weise Schaden zufügen kann.

Es hatte sich auch ein Vertreter der Kommunistischen Partei zum Worte gemeldet. Als die Redezeit des SPD.-Mannes abgelaufen war, verweigerte der Versammlungsleiter unter dem lächerlichen Vorwand, daß die Vormeldung des „Diskussionsredners nicht rechtzeitig erfolgt" sei, dem Genossen Rothe das Wort.

Kommunisten dürfen also in nationalsozialistischen Versammlungen nicht sprechen, weil die großmäuligen Nazis die politische Entlarvung durch die Kommunisten fürchten. Die besondere Feigheit der Nazis wurde vor allem auch dadurch gekennzeichnet, daß die Versammlungsleitung es nicht wagte, offen auszusprechen, daß ein Vertreter der KPD. das Wort gewünscht hat. Als unser Genosse dann durch einen lauten Zwischenruf anfragte, warum man dem kommunistischen Redner das Wort nicht erteilen wollte, waren die Herrschaften äußerst betroffen. Jetzt war ihre politische Feigheit in aller Oeffentlichkeit zum Ausdruck gekommen, was sie ja so gern verhindert hätten.

Aus Rache dafür gingen sie dann dazu über, nach Schluß der Versammlung die ohne jede Begleitung anwesenden Kommunisten mit Fußtritten und Fäusten zu bearbeiten und ihn als „Judenschwein" zu beschimpfen.

Dieser nationalsozialistische „Heldenmut" an einem einzelnen Gegner kennzeichnet das Wesen der Nazis am allerbesten. Das **revolutionäre Proletariat wird durch festen Zusammenschluß gegen den Faschismus in Zukunft nicht nur den Terror der Nazis brechen verstehen, sondern auch auf dem Gebiete der politischen Auseinandersetzung und Aufklärung der Nazi-Arbeiter seinen Mann zu stehen wissen!**

Reinigung der Partei

Das Sekretariat der BL. bestätigt nach ausgiebiger Diskussion den Zellen, folgende Ausschlüsse:

Richter (KPD. Reideburg) verweigert die Zellenarbeit und spricht in öffentlichen Versammlungen gegen die Partei.

Kurt Walter, Helene Spieß (KPD. Halle-Nord), Martha und August Pfaller (KPD. Frankleben) wegen Unterschlagung von Geldern proletarischer Organisationen.

Willi Oertelt (KPD. Weidenhain) wegen versuchter Spaltung der Partei für eine faschistische Organisation.

Walter Griegel (KPD. Sandersdorf) wegen unkameradschaftlichen Verhalten und Verweigerung von Parteiarbeit.

BL. der KPD. Halle-Merseburg (Sekretariat).

Straßenbahnverkehr am Totensonntag

Für die Bewältigung des Verkehrs nach und von den Friedhöfen wird der normale Straßenbetrieb am Sonntag, dem 23. November, wie folgt verdichtet: Linie 10 wird von der Artillerie-Kaserne über Riebeckplatz—Steintorplatz in 6 Minuten Wagenfolge zum Gertraudenfriedhof durchgeführt. Zwischen Steintor und Gertraudenfriedhof laufen Sonderwagen, desgleichen wird frühmorgens von 8 Uhr an die Linie 4 zwischen Marktplatz und Heide in 6-Wagenfolge von 6 Minuten betrieben. Zum Besuche des Friedhofes der Namenlosen fährt die Linie 8 von 8.30 Uhr 6-Minuten-Betrieb. An beiden Tagen erhalten die Triebwagen Anhänger.

Achtung, Stadtteil Südwesten!

Alle Genossinnen und Genossen treffen sich morgen, Sonntag, 9 Uhr bei Weinrich zur Agitation.

Achtung, Stadtteile von Halle!

Die Quartiere für Sonnabend abend werden nicht benötigt, da der angesetzte Kursus vertagt ist. Die Quartiergeber sind zu benachrichtigen.

Bezirkskomitee der KPD.

KPD.-Angestellte! Sonntag, den 23 November, vormittags 10 Uhr, im Produktiv-Saal Fraktionssitzung!

Für die Rote Hilfe wurden von der Baustelle Held und Francke in Halle, auf Listen Nr. 12 382 und 12 383 16,95 Mark gesammelt. Welcher Betrieb macht's nach?

Liebhaber für Fernsprecher. Gestern gegen 14.50 Uhr ist von bekannt gebliebenen Personen in der öffentlichen Fernsprechzelle an der Ecke Merseburger und Artilleriestraße versucht worden, einen Fernsprecher zu entwenden. Die Täter sind scheinbar gestört worden. Der Apparat hing nur noch an den Leitungsdrähten. Ermittlungen sind eingeleitet.

Ein Sadist. Gestern gegen 18 Uhr entstand in der Gr. Ulrichstraße eine Menschenansammlung von etwa 300 Personen, weil ein Mann mehrere Knaben mit einer Hundepeitsche geschlagen hatte. Strafanzeige gegen den Täter ist erstattet.

Selbstmord? Gestern gegen 20 Uhr wurden an der Saale-Bootshäuschen an der Rainstraße Kleidungsstücke einer zwei[illegible] Person gefunden, die später als einer Nervenkranken gehörig ermittelt wurden. Selbstmord ist anzunehmen. Die von Polizeibeamten sofort vorgenommene Absuchung der Saale[illegible] war ohne Erfolg.

Der Hunger! In der Nacht zum 22. November wurde in [illegible] Molkereigeschäft in der Liebenauer Straße eingebrochen. [illegible] Butter, Sahne, Schinken, Speck und die Wechselkasse [illegible] worden.

Das Hornberger Schießen am Preußenring

Zwanzig weiß sich nicht mehr zu helfen — Auch der Röntgenapparat bringt keine Sensationen

Eine ganze Woche hat sich die hallische Klassenjustiz unter Aufbietung eines gewaltigen Zeugenapparates vergeblich bemüht, die Ende vorigen Jahres seitens der bürgerlich-sozialfaschistischen Presse gegen die damalige Leitung der AOK. inszenierte Hetze, die sich natürlich in der Hauptsache

gegen die Kommunistische Partei

richtete, als „begründet" zu bestätigen. Nachdem die Beweisaufnahmen zu den bisherigen Anklagepunkten bisher negativ verliefen, sollte gestern zum „großen Schlag" ausgeholt werden. Im Falle „Röntgen-Apparat" sollten die Angeklagten Pfeiffer und Kleemann ganz bestimmt der Untreue überführt werden. Vorweg sei gesagt, daß es sich in dieser Angelegenheit am deutlichsten zeigte, daß die Horde um Zwanzig und Gräbler kein Mittel scheute, um den kommunistischen Einfluß in der AOK. zu brechen, um selbst an die Macht zu kommen. Trotz des großen Zeugenapparates war es nicht möglich, einen einzigen Anklagepunkt aufrechtzuerhalten. Lediglich eine rein technische Verwaltungsmaßnahme im Interesse der AOK. führte dazu, daß Pfeiffer und Kleemann auf fachmännisches Anraten einen günstigeren Kaufabschluß des Röntgenapparates tätigten. Einwandfrei wurde festgestellt und von den betreffenden Zeugen bestätigt, daß weder Pfeiffer noch Kleemann irgendwelche Vergünstigung von Lieferanten erhielten.

Man kann die ohnmächtige Wut des geschobenen Schiebers Zwanzig, den man bei diesem Kaufabschluß ausschaltete, verstehen. Auch er mußte zugeben,

daß der AOK. keinerlei Schaden entstanden ist.

Sein Gemeckere über Nebensächlichkeiten fiel selbst dem Gericht auf die Nerven, so daß ihn der Vorsitzende wörtlich ermahnte: „Herr Zwanzig, seien Sie doch nicht so voreingenommen!" Man kann verstehen, daß Zwanzig die Einrichtung eines Röntgen-Instituts, das für die AOK. von ungeheurem Vorteil ist, mit seinem persönlichen Ich gern in Verbindung gebracht hätte.

Herr Zwanzig spielte die lächerlichste Rolle, die ein Hauptzeuge in einem derartigen „Sensationsprozeß" je gespielt hat.

Mit tausend Masten schiffte in den Ozean der JünglING, still auf geretztem Boot trieb in den Hafen der Greis.

Mag das Ende auslaufen, wie es will. In aller Kürze sehen wir ja diesen Herrn auch auf der „grünen Bank", wo er sich als Angeklagter wegen „Verstoß gegen das Opiumgesetz" zu verantworten hat. Dann werden wir genau so objektiv zu diesem Angeklagten Stellung nehmen, wie in dem verpufften Pfeiffer-Prozeß.

Wie unser Berichterstatter feststellte, hat der AOK.-Direktor Langer seit Beginn des Prozesses auf der Zuhörerbank Platz genommen und macht während der ganzen Verhandlungen eifrig Notizen. Das ist unseres Wissens nicht statthaft. Langer verfolgt damit offenbar den Zweck, die Zeugen, insbesondere die AOK.-Angestellten, zu bespitzeln und sie in ihren Aussagen schwankend zu machen.

Die Straf-Anträge im AOK.-Prozeß

Nachdem im AOK.-Prozeß gestern die Beweisaufnahme geschlossen wurde, begannen heute morgen die Plädoyers des Staatsanwalts und der Verteidiger. Staatsanwalt Dr. Busch hob anfangs hervor, daß bei diesem Prozeß bereits vor Beginn 27 Anzeigen fallen gelassen werden mußten, weil sich deren Angaben lediglich auf die damalige politische Einstellung der Angeklagten bezogen. Im Falle Steinbach (Röntgen-Apparat) beantragte der Staatsanwalt Freispruch, beim zweiten Fall (Entnahme von Arzneimitteln) wurde ebenfalls Freispruch beantragt. In diesen beiden Fällen konnte den Angeklagten keine Untreue nachgewiesen werden. Zu Fall 3 beantragte der Staatsanwalt 50 Mark Geldstrafe. Im Fall 4 (Hypothekenverleihung an Busch und Frick) wurden für Pfeiffer und Kleemann sechs Monate Gefängnis und 300 Mark Geldstrafe beantragt. Ebenfalls für Busch sechs Monate Gefängnis. Das Plädoyer des Verteidigers dauert bei Redaktionsschluß noch an.

Achtung, Erwerbslose von Halle und Saalkreis!

Marschiert geschlossen auf zur Kundgebung auf dem Roßplatz am Montag, 24. Nov., vorm. 11 Uhr

Demonstriert für Brot und Arbeit — gegen den Hungerkurs der Brüning-Diktatur

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301122-19/fragment/page=0006

Großer Erfolg der „Roten Raketen" in Halle

Die überfüllten „Wintergarten" spielten gestern die „Roten Raketen", die Dresdener Agitpropgruppe der IAH. Es war wieder Veranstaltung von vornherein bemerkenswert war: Es waren viele Arbeiter und Arbeiterfrauen eingegangen, die Sammlungen und Kundgebungen des revolutionären Proletariats sonst noch fernbleiben. Es war hier also der IAH. gelungen, an eine breite Schicht Sympathisierender heranzukommen und sie der politischen Aufklärung und der Organisierung einen Schritt näher zu bringen. Die Zahl der Jugendlichen unter den Besuchern war besonders groß.

Doch diese Tatsache allein zeigt sich schon, wie gut die roten Agitationstruppen, die sich im Laufe der letzten Jahre immer mehr und immer besser bilden, ihre Aufgaben durchzuführen verstehen. Mit einem Minimum an Mitteln in Dekoration und Kostüm arbeiten sie, die Aktualität ist ihre beste Waffe. Wenn heute etwa ein Streik ausbricht, wenn ein sozialdemokratischer Polizeipräsident einen besonders blutrünstigen Erlaß herausgibt, wenn die Unternehmer Lohnabzüge planen und die Kirche ein Konkordat verlangt, sind sie sofort mit Versen, Rhythmen, Liedern, mit einem Kollektivreferat zur Stelle und sagen den Massen eindringlicher und drastischer als ein Zeitungsartikel, was alles was getan werden muß.

Gründliche Begeisterung erweckte auch diesmal wieder die Schupo-Szene, die schon von der „Kolonne Links" hier gespielt wurde, und diesmal wurde, ebenso wie bei dem Fleißner-Lied, besonders die Strophe der „linken" SPD. wachgerufen, deren Polizeipräsident Fleißner in Leipzig die blutigen Opfern zu verantworten hat. Die SPD. kann auch sonst so weg, wie sie es verdiente, auch wenn das „Volksblatt" sich hinterher noch so sehr darüber aufregen wird. Über auch die Nazis kamen nicht zu kurz weg. Der Gegensatz zwischen den arbeiterfreundlichen Phrasen und dem kapitalistischen Handeln ist ja gerade in der Gegend, aus der die „Roten Raketen" kommen, besonders groß. In dieser Ecke von Sachsen wohnt der Nazifabrikant Mutschmann, der seine Arbeiter auf die Straße warf, weil er durch seine Tätigkeit im Reichstag keine Zeit mehr hat, den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Der Beifall war stark. Auch die Ausführungen des Genossen Dornberger, der die Anwesenden auf die Bedeutung der IAH. und die Notwendigkeit, aus dem Spiel der „Roten Raketen" die Konsequenz der Organisierung zu ziehen, wurden lebhaft begrüßt.

55 Neuaufnahmen für die IAH. waren das Resultat.

*

Theater in Not. Wir erinnern uns bei dieser Gelegenheit der pompösen und doch so kraftlosen Kundgebung im hallischen Stadttheater. Die „Roten Raketen" erzählen von einem Theater, das die Not erst zum Leben erweckt hat und immer neue Formen findet, um diejenigen heranzuholen, die mit sich nicht „bei der Darstellung der kleinen Welt über die große Welt hinwegträumen wollen", sondern die angeführt werden, die Welt, wie sie heute ist, endgültig und gründlich zu ändern. Olf

Dem Bankrott entgegen!

Die Sozialfaschisten mit dem Heim der hallischen Arbeiterschaft umspringen

Die Verwaltung des „Volksparkes" hat an die Interessengemeinschaft der Arbeiterportier, Sparte Kegler, Halle a. d. S., folgendes Schreiben gerichtet:

„Werte Genossen! **Die am 18. 11. 30 tagende Generalversammlung der Volkspark-GmbH. hat zu der Kegelbahnangelegenheit Stellung genommen und beschlossen, die Kündigung, die im Jahre 1928 vorgenommen worden ist, aufrechtzuerhalten und somit die Kegelbahnen bis auf weiteres geschlossen bleiben.**"

Dieses Schreiben läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Die „Volkspark"-Verwaltung lehnt es nicht nur ab, die Kündigung der Kegelbahn gegenüber den hallischen Arbeiter-Keglern zurückzunehmen, sondern sie wirft die Arbeiterportier hinaus, um seine Gäste zu bekommen. Denn es liegt auf der Hand, daß der Hinauswurf der Arbeiter-Kegler aus dem „Volkspark" sich in erster Linie auch auf die **Wirtschaftsbetriebe** auswirkt. Hier ist der klarste Beweis dafür erbracht, daß

die sozialfaschistischen Herren der „Volkspark"-Verwaltung bewußt auf den Zusammenbruch des Heimes der hallischen Arbeiterschaft hinarbeiten,

denn **Verschacherung** um so früher bewerkstelligen zu können. Auf der einen Seite wird mit einer Reihe von Brauereien (Schardt, Schultheiß, Riebeck) verhandelt, um den Wirtschaftsbetrieb zu verpachten, gleichzeitig bemüht man sich aber eifrig, die nicht Arbeiter dem „Volkspark" fernzuhalten, damit der Bankrott bald eintrete. Die hallischen Sozialdemokraten aus es mit der Verschleudung des „Volksparkes" an die SPD. kommen eilig zu haben. Das **Verbrecherische** ihrer Handlungsweise kann nicht genügend angeprangert werden.

Die proletarischen Organisationen von Halle müssen nach wie vor alle Kräften für die Erhaltung des „Volksparkes" als des Wertätigen Halles kämpfen. Macht den Herren in der „Volkspark"-Verwaltung einen Strich durch die Rechnung! Protestieren gegen die Ruinierung dieses mit den Groschen der hallischen Arbeiter aufgebauten Unternehmens!

Der Moskauer Kreml wird geräumt

Herr Loops macht einen Sowjetschwindel

Am Donnerstag füllte der Ehrenbraueur des „Volksblättchens" eine Seite mit einer Reihe von Schauergeschichten und Lügengeschichten über die Sowjetunion. Es soll wieder mal eine „große, ernste", sogar „militärischen Charakter" tragende Verschwörung gegen die Sowjetregierung im Gange sein. Revolvermeuchelmorden, Verhaftungen und Verbannungen von Sowjet-Regierungsleuten im Kaukasus und andere schreckliche Vorkommnisse sollen bevorstehen im Lehnstuhl sitzenden und das „Volksblättchen" ist ein Sowjet-Spieser den „Krach im Sowjetlager" schmachtet. Um den Reiz der „Sensation" noch zu vergrößern, wird die unerhörte Geschichte hinzugesetzt:

„Bestätigung finden die Gerüchte über den militärischen Charakter der geplanten Aktion darin, daß das russische Zentralkomitee das seit Jahren in Moskau in dem früheren Gebäude der Polizeiabteilung zentrale auf dem Alten Kreml übergesiedelt ist. Alle Häuser um den Roten Platz, in den darin untergebrachten Behörden. Kanzleien und Wohnungen geräumt und mit Polizeitruppen belegt worden."

Wir haben wirs! Das Zentralkomitee der russischen Kommunistischen Partei muß schon in den Kreml flüchten, und zwar heimlich, um sich vor den geplanten militärischen Aktion zu retten zu bringen. Was ist an den Dingen? Wahr ist, daß das Zentralkomitee der russischen Kommunistischen Partei in den Kreml übersiedelt. Aber aus keinem anderen Grunde, verehrter Herr Loops, als aus dem, daß das zentrale Regierungsgebäude der Sowjetunion fertiggestellt ist. In diesem riesigen Regierungsgebäude, das wir bereits schon in vielen bürgerlichen Zeitungen veröffentlicht wurden, wird die gesamte Regierungsgewalt der Sowjetunion zentralisiert, d. h. alle Regierungsbehörden werden darin untergebracht. Auch die Regierungsbehörden, die bisher im Alten Kreml hatten. Da nun der Kreml aus diesem Grunde leer ist, ist eben das ZK. der Partei seinen Einzug in ihm. Das ganze Geheimnis" der Räumung des Kreml. Herr Loops ist also ganz genau und plumpen Schwindel hereingefallen. Nicht, daß er eben seine Leser bewußt angeschwindelt.

„Volksblatt"-Verleumdern ins Stammbuch

Der Vorstand der Siedlung Flugplatz erhalten wir folgende Zuschrift zur Veröffentlichung:

„Zu dem Artikel vom 4. November d. J. mit der Ueberschrift „Sorgen als Hausbesitzer" zieht das „Volksblatt" in der bekannten Weise über die Siedlung Flugplatz her. Wir haben uns Mühe gemacht, das sozialdemokratischen Blattes folgendes zu berichtigen:

Richtig ist, daß das Wohngelände des ehemaligen Flugplatzes von der Siedlungsgenossenschaft Flugplatz „GmbH.", am 1. November 1928 in eigene Regie übernommen wurde. Es ist richtig, daß neun Mieter — nicht aus „begreiflichen Gründen", wie in dem „Volksblatt"-Artikel heißt — sondern aus politisch-faschistenfeindlichen Gründen der Siedlung kündigten. Das „Volksblatt" regt sich ferner darüber auf, daß die Mitgliederversammlung der Genossenschaft ab 1. Mai eine 40prozentige Mietserhöhung vorgenommen hat. Die Berechtigung zu einer Kritik über die Höhe der Mieten für die Wohnungen auf dem ehemaligen Flugplatz bleibt eben nur dem „Volksblatt" vorbehalten, zumal, wenn man bedenkt, daß für eine Wohnung von 50 Quadratmeter mit 900 Quadratmeter Garten und Ackerland ein Mietspreis von 14,85 Mark sowie 5 Mark für Pflichtjunden zur Instandhaltung der Siedlung festgesetzt sind. Von einem Mietswucher, denn anders kann man das blöde Geschreibsel des „Volksblatt" nicht auslegen, kann also keine Rede sein.

Wären die Gewährsmänner des „Volksblatt" ihren Verpflichtungen nachgekommen und hätten nicht 1200 Mark Mietsschulden gemacht, hätten sie uns nie Veranlassung gegeben, gegen sie einzuschreiten. Wir reden hier gar nicht von den vielen Denunziationsstückchen, die diese Leute sich beim Finanzamt und dem Magistrat geleistet haben. Sie sind nicht einmal davor zurückgeschreckt, über ein Vorstandsmitglied falsche Angaben zu machen und es der Urkundenfälschung zu bezichtigen. Wenn dann die Genossenschaft auf Grund dieses genossenschaftsschädigenden Verhaltens dieser Leute zu Maßnahmen übergehen muß, dann schreien die Zeilenschinder des „Volksblättchens" über ein „tolles Stück". Das Urteil über diese Dinge überlassen wir den Bewohnern des Flugplatzes selbst.

Auf jeden Fall hat der Vorstand der Siedlung Flugplatz keine Veranlassung, die Wahrheit zu verschweigen, wenn von den Hintermännern des SPD.-Blattes bewußt falsche Angaben gemacht werden. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß diejenigen Mitglieder, die noch bei uns wohnen und der SPD. angehören, unsere Angaben bestätigen werden. Im übrigen raten wir dem „Volksblatt", vor Aufnahme derartiger Schmutzartikel genauere Erkundigungen einzuziehen. Aber es kommt ja dieser Zeitung in erster Linie darauf an, die Genossenschaft und ihre Mitglieder zu schädigen und zu verleumden. Der Aufsichtsrat wird sich wahrscheinlich zu der Angelegenheit noch äußern.

Der Vorstand der Siedlung Flugplatz.
Zimmermann. Engelhardt.

„Gemütliches Beisammensein" am Unterplan

„Kommen Sie doch mit zu mir, Fräulein, wir machen ein gemütliches Beisammensein, es gibt Bier, Zigaretten, Kaffee und Kuchen." Mit diesen Worten redete die gute Frau Anna H., wohnhaft auf dem Unterplan 2, im März d. J. ein junges Mädchen, die stellungslose Anna Sch., auf der Straße an. Die Frau H. kannte das Mädel vom Ansehen und verstand es, durch ihr „freundliches" Wesen das Vertrauen der ahnungslosen Kleinen zu erobern. Das Mädel kam also der Aufforderung der Frau nach und begab sich mit ihr in die Wohnung Unterplan 2. Dort angelangt, stellte die geistfreundschaftliche Frau ihr einen Kavalier vor, und zwar Herrn Eduard Fleischhauer, mit dem sie in einer Bude haust. Dann ging die „Gemütlichkeit" los. Man ließ den Radioapparat spielen und der Kavalier lud das Mädchen zu einem Tänzchen ein. Auf einmal stellte die Frau H. fest, daß keine Zigaretten mehr da seien. Nun, da muß sie eben schnell weggehen, um noch welche zu besorgen. Kaum war sie hinaus, schon machte sich der schöne Eduard über das kleine Mädchen her. Er warf sie auf die Chaiselongue und wollte sie vergewaltigen. Das Mädchen wehrte sich, so gut sich ein junges Mädchen in einer solchen Situation eben wehren kann. Aber Eduard wollte sein Ziel unbedingt erreichen und deshalb zog er einen Dolch aus der Tasche, den er dem wehrlosen Mädchen unter die Nase hielt. Schließlich kam die Frau H. zurück. Das Mädel glaubte schon, daß das ihre Rettung bedeutete. Statt aber die Kleine in Schutz zu nehmen, stürzte sie sich auch auf das Mädchen. Nun wurden der Kleinen die Kleider förmlich vom Leibe gerissen. Eduard erreichte somit sein Ziel. Das vergewaltigte Mädchen kam spät nachts nach Hause und erzählte das Geschehene sofort ihrer Mutter.

Nun stand Eduard und die Frau H. vor den Schranken des Gerichts. Die Anklage lautete auf Notzucht und Beihilfe. Beide hatten sich schon vor einigen Monaten wegen eines gleichen Delikts vor Gericht zu verantworten und Eduard wurde damals von der hiesigen Strafkammer zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Auch damals verhuchte er, ein junges Mädchen, das durch die H. in die Wohnung nach dem Unterplan gelockt wurde, zu vergewaltigen. Das Mädchen, das sich aus dem Fenster hinausstürzen wollte, konnte sich vor dem lüsternen und gewaltsamen Menschen in letzter Minute noch retten, indem sie zu Nachbarsleuten lief. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Der Angeklagte Eduard Fleischhauer stellte sogar den Antrag, die Presse auszuschließen, andernfalls er keine Aussagen machen würde. Dem Antrag wurde natürlich nicht stattgegeben. Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Die Angeklagte H. wurde wegen Beihilfe zur Notzucht freigesprochen. Der Angeklagte Eduard Fleischhauer wurde wegen Notzucht einschließlich der letzten Strafe zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Ein gerissener Schwindler

Anfang November hat in Darmstadt ein etwa 30 Jahre alter schlanker, mittelgroßer, gut gekleideter Betrüger prominente Persönlichkeiten veranlaßt, sich in eine Liste einzutragen unter der Angabe, daß das Buch „Deutschlands Köpfe der Gegenwart und Deutschlands Zukunft" mit Urkunden zur Linderung schwerleidender der Kriegsopfer zugesandt werde. Gleichzeitig ließ er sich Spenden für die Kriegsopfer mit je 200 Mark auszahlen. Das Auslieferungslager des Werkes soll sich nach den von ihm vorgelegten Bestellzetteln in Leipzig befinden. Vor dem Schwindler wird gewarnt und gebeten, ihn bei etwaigem Auftreten festnehmen zu lassen.

Achtung, Jungarbeiter, aufgepaßt!

Morgen, Sonntag, abend 8 Uhr trifft sich die hallische Jungarbeiterschaft in der Produktiv. Der Genosse Erich Bohnke spricht an Hand von über 100 Lichtbildern über „USSR., das große Beispiel". Zur Deckung der Unkosten Eintritt 20 Pf., Erwerbslose gegen Karte 10 Pf.

Achtung! Kommunistische Stadtverordnetenfraktion! Fraktionssitzung am Sonnabend, dem 22. November, 19 Uhr, in der Produktiv, Zimmer 5. Alles erscheinen!

Hermann Schütze, Versleben

Wieder ist ein treuer Genosse durch die Proletarierkrankheit aus unserer Mitte gerissen. Seit Bestehen der KPD. arbeitete er im Sinne der revolutionären Klassenkampfes. Er war Mitbegründer der Arbeitervereine, um auch dort den Geist der Revolution hineinzutragen. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren und bitten alle Genossen, an der Beisetzung der Urne am Sonntag teilzunehmen. Treffpunkt 3/4 3 Uhr im Lokal Ortmann.

KPD., Ortsgruppe Bersenaublingen-Bersleben.

Erwerbslose des Arbeitsgebietes Nietleben u. Döhlau

Am Montagmorgen 8/10 Uhr in Döhlau große Erwerbslosen-Versammlung für die Ortsgruppen Döhlau, Dettin, Kieskau, Nietleben, Brachwitz, Schiepzig und Zscherben. Erwerbslose erscheint in Massen!

Theater, Konzerte, Vorträge

Wochenspielplan des Stadttheaters. Heute, Sonnabend, „Der Wildschütz". Sonntag 19.30 Uhr zu ermäßigten Sonntagspreisen „Der Troubadour". Montag 19.30 Uhr „Die Westfälin". Dienstag „Die heilige Flamme". Mittwoch einmaliges Gastspiel der Exl-Bühne (Wien) mit Karl Schönherrs „Judas von Tirol". Donnerstag „Rigoletto und die Juhar". Freitag „Die heilige Flamme". Sonnabend, 29. November, zum letzten Male „Der Wildschütz". Sonntag, 30. November, 19 Uhr, zu ermäßigten Preisen „Der Zigeunerbaron"; 19.30 Uhr „Viktoria und ihr Husar". (Ermäßigte Sonntagspreise.)

Einmaliges Gastspiel der Exl-Bühne (Wien) im Stadttheater. Am kommenden Mittwoch gastiert die Exl-Bühne aus Wien mit Carl Schönherrs „Judas von Tirol" einmalig im Stadttheater. Der historische Stoff vom Verrat des Andreas Hofer durch Haft, der „Judas von Tirol", findet hier seine Gestaltung, zugleich aber auch eine Erhöhung in die tragischen Schicksalbilder des hier passionsspielnahen Schauspiels Karl Schönherrs. Der Vorverkauf hat begonnen.

Im Thalia-Theater geht heute, Sonnabend, der Schwank „Hulla di Bulla" von Arnold und Bach in Szene. Morgen, Sonntag, findet eine Wiederholung von W. S. Maughams Schauspiel „Die heilige Flamme" statt.

Im Thaliatheater findet am Sonnabend eine neue Wiederholung von Arnold und Bachs Schwank „Hulla di Bulla" statt. Am Sonntag geht das spannende Schauspiel W. S. Maughams „Die heilige Flamme" in Szene.

Die niedrigen Kassen-Preise machen es den weitesten Kreisen möglich, die Zauberflöte Kaspar und das Rosenkavalier-Programm im Walhalla-Theater zu sehen. Wochentags beginnen die Nachmittagsvorstellungen bei 30 Pfg., abends bei 70 Pfg. In jeder Vorstellung lachen Kaspar den Elefanten verschwinden.

Volkspark. Heute abend veranstaltet der Schrebergartenverein Goldberg im großen Saal sein Stiftungsfest; im kleinen Saal ebenfalls der Holzarbeiterverband. Morgen, Sonntag, vormittag finden sportliche Veranstaltungen im großen Saal. Ab 6 Uhr abends Vereinsball. In den unteren Räumen ist ab 6 Uhr Unterhaltungsmusik.

Arbeiter-Sport

Arbeiter, unterstützt die roten Sportler!

Morgen finden mehrere große Veranstaltungen statt, die wir hiermit in Erinnerung bringen.

In Trotha: Meisterschaftsspiele der Fußballer. 2. Klasse 12 Uhr, 1. Klasse 14 Uhr.

Im „Volkspark" ab 10 Uhr Zubiläumskämpfe der Athleten, Ringer und Gewichtsheber.

Auf dem Stadion: 15 Uhr Rudder-Chemnitz 1. — Minerva 1.

Giesicher Turm: Spielfeld FTS. 30 — Jehnitz.

Fußballsparte, Bezirk Halle

Rechtes für 23. November

1499	15 Uhr	Zickerbach 1. — Bisdorf 1.	Manslehen
1500	1/2 12 Uhr	Immendorf 2. — Ostania 2.	ASC.

Schiedsrichterung. Spiel 1486, FTS. 30 1. — Jehnitz 1., leitet Bausch, Teicha, nicht Dittmar, Gorlitz. **Schönfeld. Rüber.**

Frauenturnen. Bezirk Bitterfeld

Am Sonntag, dem 23. November, findet im „Volkshaus" Bitterfeld eine Frauenlehrtunde statt. Anfang 9 Uhr. Alle Turnerinnen- und Sportlerinnenabteilungen müssen vertreten sein. Die Spielerinnen von Holzweißig, Sandersdorf, Greppin, Niemegk und Mühlbeck sind besonders eingeladen. E. Grunz, Bezirks-Frauenturnwart.

Sportplatz Trotha (Oppiner Str.)

Sonntag, den 23. November 1930, nachmittags 2 Uhr,

Großes Ausscheidungs-Fußballspiel

ASC. 1. — Reideburg 1.

12 Uhr ASC. 2. — Trotha 2. um die Meisterschaft der 2. Klasse.

Bezirksparte Kegler. Aus technischen Gründen findet die Spielerbörse erst am Dienstag, dem 25. November, ab 19 Uhr im Gasthaus „Zur Sonne", Richard-Wagner-Straße, statt. Alle der Sportleitung angeschlossenen Sportgemeinden treffen sich vorstehende. Die Klubs „Frei Neune" und „Freie Bahn" spielen am kommenden Sonntag 14 Uhr in Reideburg. **J. A.: Heinz Riehm.**

Das Spiel Schraplau Jugend — Mörmitz Jugend am Sonntag, dem 23. November, fällt aus. Tstp. Mörmitz-Goldberg (Handball). 5978

Spielanterungen. Spiel 1484, FTS. 2. — Jehnitz 2., findet nicht 11 Uhr, sondern 1/4 4 Uhr statt. Dieses dem Schiedsrichter zur Kenntnis. **ATC. 30 (Fußball). 5979**

Arbeiter-Radfahrer-Vereinigung Halle. Sonntag, 23. November, Extratour der Motorradfahrer nach Freiroda. Treffpunkt 8 Uhr Weißner Platz. 5980

Elsdorf 2. (Handball) und den Schiedsrichter zur Kenntnis, daß Dölnitz 1. gegen Elsdorf 2. um 10.30 Uhr stattfinden muß wegen Platzschwierigkeiten. 5981

Fichte, Halle, e. V., Handball. Die für heute abend angesetzte Handballerfahrung fällt aus. Die Spieler der 1. und 2. Mannschaft treffen sich 12.15 Uhr Hauptbahnhof. 5982

SSC. Teutonia 08. Sonnabend, 22. November, außerordentliche Generalversammlung. Anfang 20.30 Uhr pünktlich. 5917

Rundfunk-Programm

Sonntag, 23. November

8 Uhr: Landwirtschaftsfunk, Industriearbeiter und Landwirtschaft. 8.30 Uhr: Orgelkonzert. 9 bis 10 Uhr: Morgenfeier. 11 Uhr: Große Roden: Reden auf die Kriegsopfer. 11.30 bis 13 Uhr: Totenmesse. 13.10 Uhr: Mittagskonzert. 14 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. Anschließend: Aktuelle Viertelstunde. 14.15 Uhr: Winke für die Landwirtschaft. 14.30 Uhr: Kammermusik. 15 Uhr: „Die Wunde". Eine dramatische Dichtung von Albrecht Schaefler (Uraufführung). 15.45 Uhr: Ernstes Unterhaltungskonzert (Schallplatten). 17.15 bis 17.45 Uhr: Der Hörer am Lautsprecher. 18 Uhr: Musikalische Abendstunde. 19 Uhr: Kränze, einem Kind gewunden. 20 Uhr: „Vater und Sohn" (Leipziger Sinfonieorchester). 22 Uhr: Zeitangabe, Presseberichte und Sportfunk. 22.30 Uhr: bis 23.15 Uhr: Ueber Tod und Unsterblichkeit. Funkstille.

Radio auf günstige Teilzahlung beim Radiohaus

Moritzzwinger 15 Inh.: **Hans Achtel** Tel. 21849

Montag, 24. November

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.20 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.25 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk AG. 11.45 Uhr: Wetterdienst und Wasserstandsmeldungen. 12 Uhr: Für Blumenfreunde (Schallplatten). 12.55 Uhr: Neuerer Zeitgeschehen (Schluß 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervoraussage, Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Aus russischen Opern (Schallplatten). 14 Uhr: Viertelstunde des Deutschen Sprachvereins: Alte und neue Dummheiten. 14.15 Uhr: Spielstunde für Kinder. 15 Uhr: Frauenfunk. 15.40 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Operationen an Tieren. 16.30 Uhr: Nachmittagskonzert. 17.30 bis 17.35 Uhr: Wettervoraussage und Zeitangabe. 17.55 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 18.05 Uhr: Die Sendung spricht. 18.30 Uhr: Stunde der Neuerscheinungen. 19.30 Uhr: Militärkonzert. 20.30 Uhr: Landluft — Stadtflucht. 21 Uhr: Lieder von Robert Franz. 21.20 Uhr: „Verkungene Melien". 22.20 Uhr: Zeitangabe, Wettervoraussage, Pressebericht und Sportfunk. 22.30 bis 24 Uhr: Sinfoniekonzert.

Wie wird das Wetter?

Sonntag: Bei starken westlichen bis nordwestlichen Winden unbeständiges Wetter mit zunächst langsam, später schneller sinkenden Temperaturen mit Schauerniederschlägen.

Montag: Weiterer Temperaturrückgang bis zu Frost in höheren Gebirgslagen. Regen, Schnee und Graupelschauer wahrscheinlich.

Briefkasten

Zebrit Gerstewitz. Artikel aus technischen Gründen für Sonnabend-Nummer unmöglich, muß außerdem noch hart gekürzt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301122-19/fragment/page=0007

Walhalla

Totensonntag 20 Uhr
Gastsp. Kemsiewicz-Sobejaj
Mater Dolorosa
(Mutter Kruzifix-Schmerzhaft)
Schauspiel in 8 Bildern 5000
Volkspreise 0,80—2,00 Mk.

Totensonntag nachm. 4½ Uhr
Einzigste Wiederholung
Häusel u. Gretel
m. d. Schweizer Kinderballett
Kleine Preise 0,30—1,25 Mk.

Rakete die heitsche Lachbühne
Das Kompagnie-Rendez-vous
Emil Rinstein
Geistig. Duxkampf
Emil als Chauffeur
und 5084
8 neue Schlager
Totensonntag geschlossen

Volkspark
Heute 5078
in beiden Sälen:
Stiftungsfest
Morgen, Sonntag:
Vormittags:
Sportliche Darbietungen
Ab 6 Uhr:
Unterhaltungsmusik

Wiener Lichtspiele
Pfeiferiger Lonfilmtheater
Ab Freitag, den 21. November:
Conrad Veidt u. Karin Evans in
Die letzte Kompagnie
Außerdem das tönende Beiprogramm
Anfang 4 Uhr 1868
Am Totensonntag pünktlich 6 u. 8½ Uhr

Stadt-Theater
Heute, Samstag 20 Uhr
Gastsp. Kemsiewicz-Sobejaj
Der Wildfang
Komische Oper von Ulr. Lenghing
Sonntag 5007
10½ bis 12½ Uhr
Der Troubadour
Oper von G. Verdi

Thalia-Theater
Samstag, 22. 11.
20 bis 22½ Uhr
Halle bei Halle
Schwank von 5008
Arnold und Bach
Sonntag, 23. 11.
20—22½ Uhr
Die heilige Flamme
Schauspiel von
W. S. Maugham

4 und 4 Ohren müssen Sie haben bei
KASSNER
im Walhalla-Theater,
täglich 8.15 U.
Sie können!
Dazu b. gr. Varietee!!

Frauennot Frauenglück
Prospekte und mehrj. Guscheten über unsere Vrg. Frauenart, gratis
Herm-Versand
Berlin-Friedenau 25

Händler!
kauf. Schlußverkauf immer
billigst bei
Pommer
Königstraße 18

Leuna arbeiter
2 gr. Räume m. Bad. und Keller in Merseburg (Wiete 14 Min.) zu tauschen gegen 2—3 Zimmer, möglichst in Halle. Off. unt. 5972 an den Verl. d. Ztg.

2 Zimmer gegen bl. Karte zu vm. Bartsch, Bunsendorfstraße 2

Werbt neue Leser

Gutschein!
Ueber das komplette Material sowie freie Montage für eine komplette hochfeine Anlage im Werte von Mk. 300.— bis zum 24. Dez. 1950.
(Nicht übertragbar)

Alle Neuheiten am Lager!
...und Ihr Radio nur vom Fachmann
Lorenz Seibt Mende Saba Owin Philips Grawor Blaupunkt usw.
Radio-Haus Kötteritzsch, Weißenfels, Klosterstraße 10
1867
Einziges vom Fachmann geführtes Spezialgeschäft am Platze

Konsumverein Sangerhausen und Umgegend eGmbH.

Bilanz vom 30. Juni 1930

Vermögen		ℳ	ℳ	Schulden		ℳ	ℳ
1. Betriebswerte:				1. Eigene Mittel:			
Waren		310 263,50		Geschäftsguthaben		93 415,08	
Inventar		82 290,34		Reservefonds		12 653,99	
Maschinen		41 800,—		Dispositionsfonds		2 833,53	
Kraftwagen		22 920,—		Baufonds		1 428,50	
Geschirr		840,—	437 008,84	Erneuerungsfonds		2 146,99	
2. Grundstücksvorte:				Sterbeunterstütz.-Fonds		15 779,79	
Grundstücke		188 481,89		Produktionsfonds		1 701,15	129 988,88
Hypothekenaufwertung		10 200,—	198 681,89	2. Grundstücksschulden:			
3. Angel. u. flüssige Werte:				Hypotheken			135 971,67
Beteiligung GdG		35 370,—		3. Laufende Verpflichtung.			
„ Wbk.		2 391,84		Spareinlagen		270 328,93	
„ Volksfürsg.		800,—		Sparmarken		890,—	
Hypotheken		14 580,—		Kaution		18 106,74	
Darlehen		930,—		Lieferanten		91 787,69	
Bankguthaben		703,45		Mitgliederrabatt		58 268,52	
Kasse		7 867,09	62 702,18	Steuern, noch zu zahlende		6 081,85	445 440,73
4. Forderungen:				4. Reinertrag			1 345,63
Debitoren			13 807,—				
			712 666,91				712 666,91

Mitgliederbewegung

Bestand am 1. Juli 1929 . . . . . 7480 Mitglieder
Eingetreten im Laufe des Jahres . . . 900 „
Zusammen . . 8380 Mitglieder
Ausgeschied. d. Kündigung 79 Mitglied.
„ durch Tod 9 „
„ durch Fortzug 39 „
„ d. Ausschluß 1190 „ 1317 „
Bestand am 30. Juni 1930 . . . . . 7063 Mitglieder

Das Geschäftsguthaben der Mitglieder
betrug am 30. Juni 1930 . . . . . 93 415,08 ℳ

Die Haftsumme der Mitglieder
betrug am 30. Juni 1930 . . . . . 353 150,— ℳ

[5058

Der Vorstand
Paul Langer Fr. Heymann Carstensen

Die vorstehende Bilanz sowie Ueberschuß- u. Verlustrechnung sind in allen Teilen geprüft u. für richtig befunden
Sangerhausen, den 29. Juli 1930

Der Aufsichtsrat
Otto Agte. Köhler. Popig. Ernst. Bleichert. Zimmermann. Mettenhorf. Schnon. Hoff

Trocken-Ski-Kursus

Am 2. Dezember 1950 um 20 Uhr beginnt in der Tennishalle an der Genzmerbrücke für unsere Kunden unser Trocken-Ski-Kursus unter Leitung des Ski- und Sportlehrers Reinhard Jud. Leiter der Ski-Kurse in St. Andreasberg und Gallitzl. Von den übrigen Interessenten wird ein Unkostenbeitrag von Mk. 1.— für den Kursus (4 Abende) erhoben.

Zur näheren Auskunft sowie zur Beratung beim Einkauf von Skiern und Ski-Ausrüstung sind unsere Fachleute jederzeit bereit.

Sporthaus Julius **Bacher**
Halle a. S., Leipziger Straße 102 - Fernruf 2550

Wir reinigen u. färben
Damen- und Herrengarderobe
in bekannt guter Ausführung
Schnellste Lieferung! Preise mäßig!
Vereinigte Färbereien und Wäschereien
Mauersberger, Golgenberg, Union, Giesert, G. m. b. H.
Fernruf 229 23 und 222 10
5066
Achten Sie auf unsere 30 Läden mit obigem Zeichen

Marktteilenhandelspreise in Halle am 22. Nov.

Obst und Gemüse:			Kal, geräuchert	1 Pfd.	
Tafeläpfel	1 Pfd.	,25—0,60 Mk.	Goldbarsch	1 Pfd.	
Kochfel. Eß-	1 Pfd.	0,20—0,60	Hecht	1 Pfd.	
Mostäpfel	1 Pfd.	0,10—0,20	Seelachs	1 Pfd.	
Apfelsinen	1 Stck.	0,10—0,20	Weißfisch	1 Pfd.	
Bananen	1 Stck.	0,10—0,15	Heringe, Schoten	1 Stck.	
Birnen, Eß-	1 Pfd.	0,30—0,40	Bückling	1 Pfd.	
Heidelbeeren	1 Pfd.	—	Schellfisch, ger.	1 Pfd.	
Johannisbeeren	1 Pfd.	—	Seelachs, ger.	1 Pfd.	
Preiselbeeren	1 Pfd.	0,50	**Wild und Geflügel:**		
Tomaten	1 Pfd.	0,35—0,40	Enten (Wald-)	1 Pfd.	
Weintrauben	1 Pfd.	0,30—0,70	Gänse	1 Pfd.	
Kirschen, saure	1 Pfd.	0,00—0,00	Hühner	1 Pfd.	
Pfirsiche	1 Pfd.	—	Tauben	1 Stck.	
Pflaumen	1 Pfd.	0,00—0,00	Junge Hähne	1 Pfd.	
Stachelbeeren	1 Pfd.	—	Rebhühner	1 Stck.	
Tafelbeeren grüne	1 Pfd.	0,00	Hasen, ausgeschl.	1 Pfd.	
Bohnen, weiße	1 Pfd.	0,25	Rehfleisch	1 Pfd.	
Gurken, Gink-	1 Wbl.	0,00—0,00	Wildfleisch	1 Pfd.	
Gurken Senf-	1 Pfd.	0,60	Kaninchen, Stall-	1 Pfd.	
Gurken Salat-	1 Stck.	0,00—0,00	Kaninchen, wild	1 Pfd.	
Gurken, Pfeffer-	1 Pfd.	0,60	Enten, wild	1 Stck.	
Radieschen	1 Pfd.	0,00—0,10	Fasanen	1 Stck.	
Meerrettich	1 Pfd.	0,60	**Sonstiges:**		
Mischgemüse	1 Pfd.	0,08—0,10	Butter, Molkerei-	1 Pfd.	
Blumenkohl	1 Kopf	0,40—1,00	Butter, Bauern-	1 Pfd.	
Rotkohl	1 Pfd.	0,08—0,10	Quark	1 Pfd.	
Grünkohl	1 Pfd.	0,08—0,10	Käse	1 Pfd.	
Salat	1 Kopf	0,00—0,20	Pflaumenmus	1 Pfd.	
Spinat	1 Pfd.	0,08—0,10	Kartoffeln	1 Pfd.	
Mohrrüben	1 Pfd.	0,06—0,08	Kartoff., Kleine	10 Pfd.	
Kohlrabi	1 Pfd.	0,30 0,35	Eier	1 Stck.	
Rote Rüben	1 Pfd.	0,08	Zitronen	1 Stck.	
Kohlrabi	1 Stck.	0,03—0,04	Meerrettich	1 Stck.	
Zwiebeln	1 Pfd.	0,03—0,04	Rettich	1 Stck.	
Schwarzwurzel	1 Pfd.	0,40	Petersilie	1 Pfd.	
Selleriebl	1 Stck.	0,10—0,20	Schnittlauch	1 Bd.	
Porree	1 Wbl.	0,10—0,30	**Pilze:**		
Kürbis	1 Pfd.	0,10	Champignons	1 Pfd.	
Pilze:			Pfifferlinge	1 Pfd.	
Kabeljau	1 Pfd.	0,85	Steinpilze	1 Pfd.	
Schellfisch	1 Pfd.	0,28	Grünlinge	1 Pfd.	
Kal, frisch	1 Pfd.	2,20			

Fleisch- und Wurstwaren:

Je Pfund:

Rindfleisch:		Hammelfleisch:		Ziegenfleisch	
Kochfleisch	0,90—1,10	Kochfleisch	1,00—1,10	Rehfleisch	
Bratenfleisch	1,20—1,40	Bratenfleisch	1,20—1,30	**Wurstwaren:**	
Kalbfleisch:		**Schweinefleisch:**		Schlachtwurst	
Kochfleisch	1,00—1,10	Kamm und Koteletten	1,10—1,20	Knackwurst	
Bratenfleisch	1,20—1,40	Bauch und fettes Fleisch	0,90—1,00	Schwartenwurst	
		Geklärtfleisch	—	Rotwurst, frisch	
				Rotwurst, geräuchert	
				Leberwurst, frisch	
				Leberwurst, geräuchert	
				Schinken, roh	
				Schinken, gekocht	
				Speck, fett, geräuchert	
				Speck, mager, geräuchert	
				Zervelatwurst	

Amtlich festgestellte Preise der Produktenbörse
am 22. November 1930

Artikel			Preis
Weizen,			
Durchschnittsqual., gesund und trocken	75/76	kg im hl, 1000 kg	250—258
gut, gesund und trocken	76/77	kg im hl, 1000 kg	—
trocken, für Müllereizwecke geeignet		kg im hl, 1000 kg	—
niedriges Gewicht	77/78	kg im hl, 1000 kg	—
höheres Gewicht		kg im hl, 1000 kg	—
Roggen,			
Durchschnittsqual., gesund und trocken	71	kg im hl, 1000 kg	198—196
gut, gesund und trocken	72	kg im hl, 1000 kg	—
trocken, für Müllereizwecke geeignet		kg im hl, 1000 kg	—
höheres Gewicht		kg im hl, 1000 kg	—
niedrigeres Gewicht		kg im hl, 1000 kg	—
Braugerste,			
feinste gute Braugerste, feinste über Notiz		1000 kg	230—240
Wintergerste, Durchschnittsqualität		1000 kg	178—186
Futtergerste, Abnahmeziele		1000 kg	168—178
Hafer, Durchschnittsqualität		1000 kg	2[illegible]
Viktoriaerbsen		100 kg	35—45
Futtererbsen		100 kg	7,[illegible]—8,[illegible]
Weizenkleie mittelgrob		100 kg	7,[illegible]—8,[illegible]
Roggenkleie		100 kg	6,50—6,[illegible]
Malzkeime		100 kg	6,50—6,[illegible]
Trockenschnitzel		100 kg	5,50—5,[illegible]
Heu, lose		100 kg	3,[illegible]
Weizenstroh, drahtgepreßt		100 kg	2,[illegible]
Roggenstroh, drahtgepreßt		100 kg	2,[illegible]

Allgemein Tendenz: Behauptet.

Allg. Konsumverein Halle (S.) u. Umg. eGmbH.
Sonntag, den 30. Novbr., vorm. 11 Uhr
im großen Saale des „Volkspark":
Ordentl. Vertreterversammlung
Tagesordnung: 5990
1. Bericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates über das Geschäftsjahr 1929/30
2. Genehmigung der Bilanz und Entlastung des Vorstandes
3. Beschlußfassung über die Verteilung der Erübrigung
4. Beschlußfassung über d. Aufnahme v. Hypotheken
5. Aufgabe von Betriebszweigen
6. Ergänzungswahl des Aufsichtsrates
7. Einspruch gegen Ausschlüsse von Mitgliedern

Nur die gewählten und besonders eingeladenen Vertreter unserer Genossenschaft können an den Verhandlungen teilnehmen. Eine Vertretung durch Erzieleute oder Mitglieder ist unzulässig. Als Ausweis für die Zulassung gilt nur die Vertreterkarte mit der Einladung

Die übrige Mitgliedschaft kann als Zuhörer den Verhandlungen beiwohnen, muß aber die dafür vorgesehenen Plätze einnehmen

Der Aufsichtsrat:
Ernst Eckstein, Vorsitzender

Farben-Thiele Wittenberg Jüdenstr. 4
Das große Spezialgeschäft
empfiehlt zu Weihnachtsarbeiten: Malerfarben und Malgerät aller Art
Stoffmalfarben
mit Malunterricht

HANS BUCHHOLZ
HAUPTBAHNHOFS WIRTSCHAFT HALLE
BESTE KÜCHE
BESTE WEINE
BESTE BIERE

Nur gewaschene staubfr. Qualitäten!
Bei 50.- Mk. freie Zusendung ohne Nichtgefallendes und meine Kosten zurück!
Neue Oderbrücher Gänsefedern
wie sie von der Gans gerupft werden, mit Daunen M. 2,74 u. 3,50, Rupf 4.—, 4,75, 5,25, 6,25, 6,90
Daunen M. 8,40, 9, 10,50 und 12
gerissene Federn M. 3,84 & 4, 7 u. 8
Karl Hesse
Werbig (Ostb.)
Oderbruch
Preisliste gratis u. frei!
Gänsemästerei u. Bettfedern-Wasch- u. Reinigungs-Anstalt.

Butter
Feine Molkerei-Butter . . Pfd. 1,48
Feinste Qualität . . . . Pfd. 1,54
Allerfeinste Molk.-Tafelbutter Pfd. 1,65
Teebutter, ungesalzen u. leicht gesalzen . . . . . Pfd. 1,74
Margarine
von 58 Pfg. bis Mk 1,10
Besonders empfehlenswert:
„Feine Tafel" . . . . . Pfd. 0,70
„Flammanta", Eigelb (ges. g.) Pfd. 0,85
„C. E. Feinkost" . . . . . Pfd. 1,00
Hammonia
Größt. Butterspezialgeschäft Deutschlands
Verkaufsstelle: Halle, Große Ulrichstraße 47

Dapol
Petroleum-Gasheizofen
Der tragbare Ofen für die kalten Tage
Enorme Heizwirkung
Absolut geruchlos, kein Rußen u. Qualmen
Erhältlich durch die
Deutsch-Amerikanische Petroleum-Gesellschaft
Lager Halle a. S., Reideburger Str. 20

Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft, mit Daunen, doppelt gereinigt und gewaschen
zum Selbstschleißen . . per Pfd. Mk. 3,50
feine gerissene Federn . per Pfd. Mk. 5.00
feine gerissene Federn . per Pfd. Mk. 6.50
halbweiße, gerissene Federn per Pfd. Mk. 7.00
Versand gegen Nachnahme. Von 5 Pfd. an franko. Reine Nichtgefallendes zurück
Kress & Co., Bettfedernfabrik Halle (S.)

Anerkannt beste Bezugsquelle für 5971
billige böhmische Bettfedern
1 Pfund reine, gute, geschlissene Bettfedern 80 Pf. bessere Qualität 1 ℳ, halbweiße, flaumige 1,20 ℳ u. 1,40 ℳ, weiße, flaumige, geschlissene 1,70 ℳ, 2 ℳ, 2,50 ℳ, 3 ℳ, feinste, geschlissene Halbflaum-Herrschaftsfedern 4 ℳ, 5 ℳ, 6 ℳ halbweiße Daunen 5 ℳ, weiße 7 ℳ, tadellose 10 ℳ. Versand jeder beliebigen Menge sofortes geg. Nachnahme, v. 10 ℳ an franko. Umtausch gestattet od. Geld zurück. Muster u. Preisliste kostenlos
O. Benisch Prag XII, Amerika ulice Nr. 1141, Böhmen

Löwen-Apotheke
Wittenberg, Collegienstr. 62

Unsere Reformküche
bestehend aus
1 Büfett 5068
1 Ausziehtisch
2 Stühlen und
1 Handtuchhalter
naturlasiert, zum
Ausnahmepreis
von nur
345 Mk.
Gebrüder Junghlut
Albrechtstraße 37

Drucksachen
aller Art, für Private und Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- und mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen
Produktiv-Buchdruckerei G. m. b. H.
Halle a. S., Leuchtenfeldstraße 14. Fernruf 222 51. Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter

Gebt für die **Rote Hilfe**

Licht- u. Kraftwerke Wittenberg, GmbH.
Wittenberg, Hallesche Str. 32
Installation von
Elektrische Anlagen
Gas- und Wasseranlagen
Lieferung von 1869
Gas- und Stromgeräten
Beleuchtungskörpern
Zum Mieten mit Einzahlungsverrechnung

Allgem. Ortskrankenkasse für die Stadt Eisleben

Entsprechend dem vom Oberversicherungsamt Merseburg genehmigten 19. Satzungsnachtrag werden die Beiträge zur Krankenversicherung rückwirkend ab 1. November 1930 von 6 auf 5 v. H. des Grundlohns ermäßigt. Tabellen mit den neuen Beitragssätzen können im Kassenlokal Petrikirchplatz 9 abgefordert werden. 1869

Eisleben, den 21. November 1930.

Der Vorsitzende. Louis Wagner.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301122-19/fragment/page=0008

Die eiserne revolutionäre Front vernichtet den Faschismus

Jetzt gilt es, diese Front in Stadt und Land, im Betrieb und an der Stempelstelle, in ganz Mitteldeutschland zu formieren

Massenzustrom zum Kampfbund gegen den Faschismus

Jeder klassenbewußte Arbeiter, jede klassenbewußte Arbeiterin muß sofort Mitglied werden — 600 Aufnahmen an einem Tage

Die faschistische Gefahr wird immer drohender. In demselben Maße, wie sich die Schwierigkeiten des kapitalistischen Klassensystems vermehren, nimmt auch die faschistische Gefahr zu. Jeder Tag verlautet die Propheten des „Dritten Reiches" immer mehr und immer deutlicher als Söldlinge dieses Klassensystems, und so wird vor den Arbeitermassen offenbar, daß der Faschismus hierzulande und auch jenseits der Grenzen nur tausendfach verstärkte Not und vergrößertes Elend bringt.

Angesichts dieser Gefahr heißt es, die Arbeitermassen in breiter Front zum politischen und wehrhaften Kampfe gegen den Faschismus zusammenzufassen, heißt es, eine zielbewußte, unendlich große Kämpferschar für ein Sowjet-Deutschland zu formieren. Zu diesem Zwecke muß der Kampfbund gegen den Faschismus überall geschaffen und gestärkt werden. Seine wesentlichsten Aufgaben bestehen im Kampfe gegen den Werksfaschismus in jeder Form, in der planmäßigen Organisierung des Kampfes gegen den Faschismus innerhalb des Betriebes, im entschiedenen Kampfe gegen den Streikbruch und im Streikschutz für die im Kampfe stehenden Arbeiter. Darüber hinaus sollen auch an den Stempelstellen Erwerbslosenstaffeln des Kampfbundes gegen den Faschismus geschaffen werden, der dann schließlich auch im Wohngebiet, in allen Orten, in Stadt und Land, starke Stützen zu schaffen bestrebt ist.

In dieser Woche hat der Kampfbund gegen Faschismus im Bezirk Halle-Merseburg seine erste größere Werbeversammlungskampagne, und zwar mit beachtlichem Erfolg durchgeführt. In den allein am Dienstag durchgeführten Werbeversammlungen konnten insgesamt 600 Aufnahmen gemacht werden.

Diese Werbearbeit muß nunmehr mit Zähigkeit und Energie fortgeführt werden, mit dem Ziele, alle klassenbewußten Arbeiter in diesem Kampfbund zu erfassen.

Ueber die in dieser Woche durchgeführten Versammlungen veröffentlichen wir die nachfolgenden Berichte:

Die Bitterfelder Arbeiter zum Sturm bereit!

In der Versammlung anwesende Nazis kneifen feige

Die am Dienstag in Bitterfeld stattgefundene öffentliche Versammlung gestaltete sich zu einer gewaltigen Kampfkundgebung gegen den Faschismus. Vor Beginn der Veranstaltung wurde eine eindrucksvolle Demonstration, an der 400 bis 500 Arbeiter teilnahmen, durchgeführt, die am treffendsten den Willen der Arbeiter zum revolutionären Massenkampf gegen den Faschismus zeigte.

Am Schlußpunkt wurde die Kundgebung im „Volkshaus", welches überfüllt war, eröffnet. Der Genosse Dietrich, Halle, zeigte in seinem Referat das Wesen des Faschismus und dessen Förderung durch die Führer der SPD. an Hand einer Reihe von Beispielen auf und führte allen Anwesenden den verschärften Terror der Nationalsozialisten gegen revolutionäre Arbeiter in Verbindung mit immer stärker werdenden Unterdrückung durch die republikanische Polizei vor Augen. In der Diskussion sprach ein indirekter Arbeiter, der ebenfalls das demagogische Manöver der Nazis den Anwesenden aufzeigte und zum Eintritt in den Kampfbund aufforderte. Bemerkenswert ist,

daß mehrere Nazis anwesend waren, die trotz Redefreiheit zu feige waren, ihr „Programm" zu verteidigen.

Eine Resolution, die gegen die Verurteilung des Genossen Alfred Kurella schärfstens protestiert und die Arbeiter auffordert, sich zusammen und unter Führung der KPD. den Kampf gegen das faschistische System durchzuführen, wurde einstimmig angenommen. Der Schluß daran wurde alsdann die Ortsgruppe Bitterfeld, in die sich zahlreiche Männer und Frauen haben aufnehmen lassen, gegründet und die neuen Kämpfer begrüßt.

Werktätige Männer und Frauen, Jugendliche! Dieses war der Anfang, weitere müssen folgen, reiht Euch ein in den Kampf gegen den Faschismus!

„... eine Kundgebung, wie sie Wittenberg seit langem nicht gesehen hat"

Die Abwehrfront gegen den Faschismus geschmiedet

Es war am Dienstag, dem 18. November, in Wittenberg eine Kundgebung gegen den Faschismus gestaltete sich zu einer Kundgebung, wie sie Wittenberg seit langem nicht gesehen hat. Der große Saal im Gewerkschaftshaus war bis auf den letzten Platz besetzt.

Punkt 8 Uhr wurde die Versammlung durch ein Kampflied der Proletarischen Jungen Garde eröffnet. Sodann ergriff der Genosse Bantau, Halle, das Wort und zeigte klar auf, warum Kampfbund gegen den Faschismus. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß auch in Wittenberg, der **Stadt der finsteren Reaktion,** sich alle Arbeiter einreihen müssen in den Kampfbund gegen den Faschismus. Seine Ausführungen wurden mit Beifall aufgenommen.

In der Diskussion sprach ein erst vor kurzem aus der Nationalsozialistischen Partei ausgetretener Arbeiter,

der in kurzen, aber eindringlichen Worten das wahre Gesicht des Faschismus aufzeigte. Auch er appellierte an alle Anwesenden, daß es keinen Ausweg gebe.

Darum gelte es jetzt, die Bataillone zu formieren gegen die Mörderbanden der Faschisten. 33 Arbeiter konnten für den Kampfbund gegen den Faschismus neu gewonnen werden. Nachdem noch

eine Arbeiterin zur Reichs-Frauenkonferenz in Berlin am 22. und 23. November gewählt

sowie eine Tellersammlung, welche den Betrag von 3,46 Mk. ergab, durchgeführt wurde, wurde die Versammlung mit einem „Sturmbereit" geschlossen.

Proletarier von Torgau antworten der Klassenjustiz

auf ihre Schandurteile mit der Gründung des Kampfbundes

Der Kampfbund gegen den Faschismus hatte auch in Torgau zu einer Kundgebung gegen den Faschismus aufgerufen. Ziemlich 200 Proleten, Männer, Frauen und Jugendliche, waren dem Rufe gefolgt, trotz Polizeiterrors, Zuchthaus und Gefängnis. Im Gegenteil! Die Proleten bewiesen durch Zwischenrufe, daß sie nicht gedenken, zurückzuweichen, sondern daß sie begreifen daß jetzt erst recht der Kampf geführt werden muß. Vier Torgauer Schupos paßten auf, daß der Referent nicht die „Staatsautorität" beleidigte. Die Antwort auf die Schandurteile von Torgau war der Eintritt von 35 Arbeitern, darunter zahlreichen Frauen, in den Kampfbund gegen den Faschismus.

Auch in Torgau marschiert die antifaschistische Kampffront!

Schon 160 Mitglieder in Eilenburg

Zur Festigung der Reihen des Kampfbundes gegen den Faschismus wurde auch in Eilenburg eine öffentliche Versammlung durchgeführt, die von annähernd 200 Arbeitern und Arbeiterinnen besucht war. Die vom Vertreter des Kampfbundes gegen den Faschismus aufgezeigte faschistische Gefahr wurde allseitig anerkannt und damit beantwortet, daß an diesem Abend der Mitgliederstand des Kampfbundes auf 160 erhöht wurde. Für den Kampffonds wurden 5,31 Mk. gesammelt.

In einer einmütig angenommenen Entschließung wurde u. a. gegen die schändlichen Polizei- und Justizmaßnahmen gegen revolutionäre Arbeiter von Torgau protestiert und die sofortige Freilassung der inhaftierten Torgauer Genossen gefordert.

Werbt unermüdlich für unsere

Partei und Presse

Zum Reichskongreß werktätiger Frauen

Schwermut . . .

Ein Bitterfelder Jungarbeiter erzählte mir dieser Tage:

Stand da im „Tageblatt" Anfang November eine Notiz: Selbstmord eines zwanzigjährigen Mädchens. Die Ursache? „Schwermut dürfte der Grund zur Tat gewesen sein." Haha! Schwermut!? Eine weitverbreitete Krankheit dieser Tage! Aber — ich hatte Gelegenheit, etwas Näheres über den Quell der Schwermut zu erfahren; und da kams raus! Es handelte sich um ein Dienstmädchen von der Bahnhofswirtschaft, das abends, wenn es fertig war, ihrer Freundin in der Konditorei ein wenig bei der Arbeit half. Das Konditoreimädchen gab eines Abends der helfenden Freundin ein Stück altbackenen Kuchen. Dieses „Verbrechen" wurde von anderer Seite der „Haus-Dame" unterbreitet. Von da ging Meldung an die „Chefin". Ergebnis: Beide Mädels erhielten ihre Kündigung.

Arbeitslos, ohne Eltern, mit einem hungernden Kind — beleidigt und verhöhnt von einer „Chefin"; unterernährt — — gequält und verzweifelt!

Ein Proletenmädel ging in den Tod. Vier, fünf Zeilen in der Presse: „Kriminalpolizei meldet: Schwermut war der Grund zur Tat."

Jungarbeiterinnen gehen in den Tod. Im Young-Deutschland — im Hunger-Deutschland — im Lande des Mordparagraphen 218 — Land des Lohnraubes — des Gummiknüppels — der Kirchenmacht — der Panzerkreuzer — der 3½ Millionen Erwerbslosen — des Massenelends.

Jungarbeiterinnen müssen kämpfen!

Kämpfen gegen das Mordsystem des Kapitals. Kämpfen gegen die Stimmungen der Verzweiflung.

Arbeiterinnen, Hausfrauen, Klassengenossinnen im Betrieb und auf dem Stempelamt: Organisiert den Kampf Schulter an Schulter mit Euren Männern, mit den Kommunisten!

Der Reichskongreß werktätiger Frauen am 22. und 23. November in Berlin schmiedet die Waffen zum Kampfe gegen kapitalistische Lohnsklaverei, gegen die Young-Herrschaft, gegen Lohnraub und Massenmord!

Helft mit, die schwankenden, verzweifelnden Klassengenossinnen aufzurütteln! Nicht Resignation, nicht Verzweiflung — —

Kampf, unerbittlicher Kampf! So ist die Parole gestellt. Die Wahl ist nicht schwer. Sowjet-Rußland zeigt uns den Weg! Auch das deutsche Proletariat muß seine Peiniger und Bedrücker besiegen und den Weg bereiten für ein freies, sozialistisches Deutschland!

Der Raubüberfall in Wittenberg

Am Donnerstagvormittag, kurz nach ½8 Uhr, haben Berliner Verbrecher einen offenbar seit längerer Zeit vorbereiteten Ueberfall auf Beamte der Reichspost verübt, die einen hohen Geldbetrag vom Postamt in Wittenberg zur dortigen Reichsbanknebenstelle bringen sollten.

Den Verbrechern fielen 24 500 Mark in die Hände. Bei der Verfolgung ist offenbar einer von ihnen durch Schüsse schwer verletzt worden.

Bei dem Wittenberger Postraub sind den Tätern 45 000 Mark, nicht, wie zuerst gemeldet, 24 500 Mark, in die Hände gefallen.

Zeitz heißt's:

Einreihung der von den Sozialfaschisten irregeführten Arbeiter

in die rote Kampffront gegen den Faschismus

In Zeitz, wo die „links"-demagogischen Sozialfaschisten den Interessen der Arbeitermassen gegen den Faschismus durch die Spaltung der sogenannten „Schufo" zu hemmen und aufzuhalten bestrebt ist, war die vom Kampfbund organisierte Versammlung von besonders großer Bedeutung. Hier galt es, die besondere Rolle der Sozialfaschisten anzuprangern, die sich in Zeitz als Wegbereiter der faschistischen Mordtruppen betätigen. Nur unter der revolutionären Führung des Kampfbundes gegen den Faschismus wird wahrhafter und wehrhafter Kampf gegen den Faschismus gewährleistet sein. Das war auch die große Linie der Ausführungen des Genossen Karl Schulz, Berlin, die von den versammelten Widerhall unter den Zeitzer Arbeitern fanden. Die 60 Neuaufnahmen waren das Ergebnis dieser Kampfkundgebung, der sich nunmehr beharrliche und zähe Arbeit unter den Zeitzer Arbeitern anschließen muß. Vor allem heißt es, alle jene Arbeiter, die auch jetzt noch von den Sozialfaschisten mißbraucht werden, in die rote Kampffront gegen den Faschismus einzubeziehen.

Die Gründungsversammlung in Könnern

Am 20. November fand in Könnern eine Kampfkundgebung gegen den Faschismus statt. Wenngleich berücksichtigt werden muß, daß das Wetter äußerst ungünstig war, so hätte aber die Zahl der Nazis sich auch durch den strömenden Regen nicht vom Besuch der Versammlung abhalten ließen, noch größer sein können. In der Versammlung wurde nach einem gründlichen Referat des Genossen Dietrich zur Gründung des Kampfbundes gegen den Faschismus geschritten, dem schon am ersten Abend 33 Werktätige beitraten. Im Kampfbunds gegen den Faschismus wurde eine Sammlung durchgeführt.

Es gilt es, den Kampfbund in Könnern durch eine große angelegte Massenwerbung, vor allem unter den proletarischen Massenorganisationen sowie unter den Betriebsarbeitern und Erwerbslosen zu stärken.

Die Kampfkundgebung gegen den Faschismus in Ammendorf war trotz äußerst kurzer Vorbereitung gut besucht. Auch hier wurden zahlreiche Neuaufnahmen gemacht.

Die Kampfkundgebung in Naumburg

war von 200 Personen besucht. Genosse Kunz hielt das Referat. Die Neuaufnahmen für den Kampfbund gegen den Faschismus erhöhten sich auf 80. Anwesend waren eine Reihe von Reichsbannerleuten und Nazis, die jedoch nicht in der Diskussion zu sprechen wagten.

Die Eisleben Versammlung konnte besser sein

Hier muß aufgeholt werden

Die Versammlung des Kampfbundes in Eisleben war schlecht vorbereitet. Um 7 Uhr fand vom Turnerplatz ab eine Demonstration statt. In der Kundgebung im „Hohenzollern" wurden 10 Aufnahmen für den Kampfbund gemacht. Die Ortsgruppe Eisleben zählt jetzt über 80 Mitglieder

*

Mit diesen Versammlungen, die alle, bis auf eine Ausnahme, an einem Tage durchgeführt wurden, ist erst der Anfang zur Entfesselung der Kampfkräfte gegen den Faschismus im Bezirk gemacht worden. Jetzt heißt es, den Kampfbund in Stadt und Land auf breitester Basis zu organisieren und überall bei bester Vorbereitung Gründungsversammlungen vorzubereiten.

Hierzu erteilt die Leitung des Kampfbundes zu jeder Zeit nähere Auskunft. Zu diesem Zwecke sollen sich alle Genossen, die derartige Auskünfte haben wollen, an die Adresse des Genossen Kurt Wabbel, Halle, Stadigutweg 19, wenden.

Organisiert die Solidaritätsaktion

mit den roten Konsumvereinen!

Alle Parteileitungen, Fraktionsleitungen und die Vorstände aller Massenorganisationen, der JAH., der RH., der Freidenker, der Arbeitersportler, der Mieter sowie die Genossenschaftsfraktionen müssen in den folgenden Orten und an der folgenden Tagen abends 7 Uhr zu äußerst wichtigen Sitzungen erscheinen. Auf der Tagesordnung steht überall:

Der Durchbruch proletarischer Massenarbeit im roten Konsumverein und die Solidaritätsaktion der Massen.

Für diese Sitzungen muß folgender Plan beachtet werden:

Für Sonnabend, den 22. November:

Schkeuditz: ½8 Uhr im Lokal „Weiße Taube".
Teuchern: Referent Genosse Taubert.
Wettin: Referent Genosse König.
Schwemsal: Referentin Genossin Ida Lehmann.
Delitzsch: Referent Genosse Gorges.
Sangerhausen ½8 Uhr. Referent Heinel.

Für Sonntag, den 23. November:

Artern: ½2 Uhr. Referent Heinel.
Kelbra: ½9 Uhr. Referent Heinel.

Dessau. Der bisherige Bauhausleiter nach Moskau berufen. Der bisherige Bauhausleiter Hannes Meyer ist von der Sowjetregierung als Professor an die Staatliche Hochschule für Architektur in Moskau berufen worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301122-19/fragment/page=0009

Aktivisiert die Frauen der JAH.!

Ein Mahnruf an alle Ortsgruppenleitungen

Das A und O der JAH. als Massenorganisation der proletarischen Solidarität ist es, die kampfgewillten Massen zu erfassen, sie einzureihen und für den Kampf gegen alle Gegner zu schulen. Die Aufgabe der Erfassung und der Schulung gilt besonders für die proletarischen Frauen, die heute noch mehr als die Männer in der bürgerlichen Ideologie befangen sind. Ihnen muß auf breitester Grundlage die Ursache ihrer dreifachen Versklavung als Betriebsarbeiterin, Hausfrau und Mutter und der einzige Weg ihrer Befreiung durch Einreihen in die Front der Unterdrückten klargemacht werden.

Zur Bewältigung der uns gestellten Aufgaben ist die Schaffung der Frauenaktivs, wie sie auf der Landeskonferenz am 12. Oktober erneut beschlossen wurden, der erste und notwendigste Schritt, der gegangen werden muß! Keine Ortsgruppe darf in Zukunft diese Arbeit versäumen.

In folgenden Ortsgruppen bestehen schon Frauenaktivs: Ammendorf, Eisleben, Greppin, Halle-Nord, Halle-Westen, Hergisdorf, Hohenleipisch, Könnern, Klostermansfeld, Leimbach, Teutschenthal, Naumburg, Weißenfels, Zeitz, sowie in den Unterbezirken Bitterfeld, Eisternwerda, Mansfeld, Sangerhausen und Merseburg.

In den Ortsgruppen, in denen noch keine Frauenabteilungen bestehen, sind sofort Frauen-Mitgliederversammlungen bezw. öffentliche Frauenversammlungen einzuberufen, in denen das Frauenaktiv gebildet wird. Eine der wesentlichsten Aufgaben der Frauenaktivs ist die Schaffung von Kindergruppen der JHV., die ebenfalls sofort überall in Angriff zu nehmen ist, sowie eine Neubelebung der Nähstubetätigkeit.

Wenn es möglich ist, öffentliche Frauenversammlungen einzuberufen, werden wir die Genossin Lea Gundermann, Berlin, die als Delegierte der JAH. zum 5. RGJ.-Kongreß in Moskau war, vermitteln.

Innerhalb acht Tagen ist an den Landesvorstand, Frauenabteilung, über die geleisteten Arbeiten zu den Euch gestellten Aufgaben Bericht zu erstatten. Wir erwarten, daß Ihr diese sofort in Angriff nehmt, damit wir auch im Bezirk Halle-Merseburg in jeder Ortsgruppe der JHV. Frauenaktivs haben und so an der Gesamtarbeit der JHV. zu unserem Teil mithelfen!

Proleten, ist's nicht bald genug?

Gummiknüppelhiebe statt Arbeit und Brot für die Schkeuditzer Erwerbslosen

Der Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen dem Magistrat überwiesen — Diktatursteuern abgelehnt

A.-K. Die am Montag stattgefundene Stadtverordnetensitzung hatte sich neben einer großen Tagesordnung mit dem Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen zu beschäftigen. Einen breiten Raum der Tagesordnung nahm die Beratung eines Vertrages mit der Thüringer Gasgesellschaft ein. Der Vertrag wurde gegen die Stimmen der KPD. angenommen.

Punkt 2 und 3 befassten sich mit dem Nachtragshaushaltsplan für 1930 und der Beschlußfassung über die Erhöhung der Gewerbeertragssteuer, der Lohnsummensteuer, der Grundvermögenssteuer für 1930, mit der Erhöhung der Biersteuer, der Einführung der Gemeindegetränkesteuer und der Hundesteuer. Der Referent Martin vom Ordnungsblock bezeichnete die Bürgersteuer als die gerechteste Steuer, wandte sich aber gegen die Biersteuer. 106 206,07 Mark Defizit in der Stadtkasse! Das war der Ausklang seiner Ausführungen. Die Vertreter der kommunistischen Fraktion wandten sich in schärfster Form gegen die Diktatur- und Massensteuern und zeigten den Weg aus dem Chaos, das Programm der kommunistischen Reichstagsfraktion, die Ablehnung der Young-Zahlungen, Besteuerung der Millionäre usw.

Päjold (SPD.) versuchte, eine Einheitsfront zwischen der KPD. und dem Ordnungsblock zu konstruieren, er ist für die Steuern, wenn wir die Steuern nicht bewilligen, diktiert man uns ungerechteste, je können wir uns noch die besten tauschen! — sind seine Ausführungen.

Wille von der KPD. greift einen schon früher von der Regierung gestellten, aber abgelehnten Antrag auf, die Gehälter der Stadtbeamten über 6000 Mark abzubauen. Dieser Antrag wurde mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen, da die bürgerlichen und SPD.-Vertreter teils sich der Stimme enthielten, teils fernblieben waren. Die Schkeuditzer Arbeiter brauchen sich aber nicht in Illusionen zu wiegen, daß diese Herren die Gelder ablehnen, denn ihnen steht ja der Magistrat sowie der gesamte bürgerliche Staatsapparat zur Seite. Eine gerechte und angemessene Besoldung wird erst die kommende Sowjetregierung einführen.

Darauf wurden die Diktatursteuern abgelehnt.

Der Kommissar zur Einführung ist sicher schon bestimmt, er bei Schkeuditzer Einwohnerschaft wird es liegen, ob sie sich betrügen Zwangsmaßnahmen gefallen lassen wird. In großen Massenversammlungen muß Protest eingelegt werden.

Punkt 4 war die Kenntnisnahme der gemeinschaftlichen Ausschußständigungskommission in der Regiebauhaus und Beschlußfassung darüber. Da keine Einigung zustande gekommen war, der Ordnungsblock will die städtischen Bauten dem Privatkapital zuschanzen, während sich die KPD. wie SPD für die eigene Regie einsetzt, die KPD. natürlich mit dem Zusatz, daß bei der Einstellung nur ausgesteuerte Bauarbeiter in Frage kommen, wurde nochmals eine Verhandlung darüber geführt. Dann wird der alte Beschluß, in eigener Regie zu bauen, wieder angenommen. Da der Magistrat einen gegenteiligen Beschluß gefaßt hat, also Ausschreibung, wird sich der Bezirksausschuß mit dieser Angelegenheit beschäftigen müssen. Es wurde dazu von seiten des kommunistischen Vertreters erklärt, daß jetzt keine Zeit ist, um Experimente zu machen, sondern angesichts der Wohnungsnot so bald wie möglich gebaut werden muß.

Punkt 5, betreffend einen Nachtrag zur Besoldungsordnung für Beamten und ständig Angestellten, sowie Punkt 6, ein Nachtrag zur Sparkassensatzung, wird zugestimmt. Nach Kenntnisnahme der Prüfung der Rechnung der Stadtsteuerkasse wurde über die Anstellung des Polizeibeamten Kädderitzsch verhandelt. Die Kommunistische Fraktion gibt durch ihren Vertreter ihren ablehnenden Standpunkt zu erkennen. Es wurde dann gegen die kommunistische Fraktion die Anstellung beschlossen.

Der Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen, der besagt, daß der Magistrat den Beschluß der Wohlfahrtskommission auf Entziehung der Sonderzuwendung für die die Pflichtarbeit verweigernden Wohlfahrtserwerbslosen aufhebt, da er sich im Widerspruch mit dem § 13 des Fürsorgegesetzes befindet, kam dann zur Beratung. Von unseren Genossen wurde dazu ausgeführt: Die Wohlfahrtserwerbslosen verweigern die Arbeit deshalb, weil sie nicht in der Lage dazu sind, da ihnen die notwendige Kleidung, Schuhwerk und Lebensmittel fehlen. Schulze von der SPD. konnte es sich nicht verkneifen, dem Erwerbslosenausschuß vorzuwerfen, er hätte die meisten Erwerbslosen gezwungen, die Arbeit zu verweigern. Der Antrag wurde dem Magistrat überwiesen.

Um ihren berechtigten Forderungen Nachdruck zu verleihen, demonstrierten die Erwerbslosen, die Hungerrufe könten bis ins Parlament.

Der Bürgermeister wurde sichtlich nervös und verließ auf kurze Zeit die Sitzung, um wahrscheinlich der Polizei Anweisung zu geben, diese unbequemen Menschen zu entfernen.

Kurze Zeit darauf unternahm die Polizei eine brutale Gummiknüppelattacke gegen die Erwerbslosen.

Die Erwerbslosen, in begreiflicher Erregung darüber, bewaffneten sich mit Zaunlatten. Im kommenden Winter wird sich die Situation noch mehr zuspitzen. Es ist daher notwendig, daß die Erwerbslosen und die Betriebsarbeiter sich enger zusammenschließen, um die Gefahren, denen auch die Schkeuditzer Arbeiter entgegengehen, abzuwehren!

Der antifaschistische Aufmarsch war der Auftakt, vorwärts Proletarier! Hinein in die KPD.! Hinein in die RGO.! Lest den „Klassenkampf". Jeder von Euch, ob Arbeiter oder Arbeiterin, muß jetzt dem „Kampfbund gegen Faschismus" beitreten!

Gegen Renten- und Versicherungsabbau

kämpft die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Organisationen (Asfo). Wählt Delegierte zur mitteldeutschen Asfo-Konferenz in Halle.

In Lützen ist Pflichtarbeit für Wohlfahrtsempfänger abgeschafft

A.-K. In der Stadtverordnetenversammlung am 14. November hatte die kommunistische Fraktion zwei Anträge zur Erwerbslosenfrage eingereicht. Der erste Antrag forderte eine Winterbeihilfe für alle Wohlfahrts- und Krisenempfänger, und zwar 30 Mark für den Hauptunterstützungsempfänger, 5 Mark für die Frau und für jedes Kind. Der zweite Antrag fordert die Aufhebung jeder Pflichtarbeit. Die Anträge wurden von der Fraktion eingehend begründet und sogar der Stadtverordnetenvorsteher Dr. Möllenberg mußte als Arzt zugeben, daß diese Anträge gerechtfertigt seien.

Der Antrag auf Aufhebung der Pflichtarbeit fand einstimmige Annahme. Am Sonnabend, den 15. November, ist Pflichtarbeit eingestellt worden.

Wegen der Magistratsvorlage zur Vergnügungssteuerordnung ging der kommunistische Redner mit den Bürgerlichen scharf ins Gericht. — Folgende Erklärung gegen die Amtsentheben des Genossen Winkler wurde durch die kommunistische Fraktion abgegeben:

Erklärung

„Die kommunistische Fraktion erhebt gegen die Amtsentheben ihres Fraktionsgenossen Ernst Winkler als Magistratsmitglied und Dezernent der Fürsorge schärfsten Protest. Daraus ist eine Vergewaltigung des Mehrheitswillens der Lützener werktätigen Wähler erschlicht, zum Zwecke der Ausschaltung aller kommunistischen Kommunalfunktionäre aus ihren, ihnen von der Wählerschaft zustehenden Aemtern. Die Kommunistische Partei steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß Steuererhebungen nach § 48 der Reichsverfassung nicht zulässig sind. Alle Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen, haben gemeinsames Interesse, die Kommunistische Partei mundtot zu machen."

Schärfsten Protest erhebt gleichzeitig die Mehrheit der Lützener werktätigen Wähler, den sie in einer am 24. Oktober stattgefundenen überfüllten öffentlichen Einwohnerversammlung in einer Resolution an den Kreisausschuß ausgedrückt haben.

„Innerhalb der Erwerbslosen unseres Ortes macht sich eine noch nie dagewesene Empörung bemerkbar über die Amtsentheben als Fürsorgedezernent. Sie erblicken darin eine weitere Verschärfung ihrer Lebenslage. Die Amtsentheben des Genossen Winkler sowie das ihm am 13. November zugestellte Urteil auf 2 Monate Gefängnis werden auch in Lützen Verhältnisse auslösen, welche die ausführenden behördlichen Instanzen und ihre Interessenten immer mehr in schärfsten Gegensatz zur Arbeiterschaft bringen.

Möge durch die Schaffung einer bürgerlichen Mehrheit im Stadtparlament bei den Wahlen der Verwaltungskörperschaften gegen uns eine einheitliche Kampfgemeinschaft bestehen, möge durch Schaffung dieser Einheitsfront die neue Geschäftsordnung die Oeffentlichkeit beschneiden, möge der Inhaber des den kommunistischen Wählern gehörigen Mandats uns mit bekämpfen, und sollten weitere Funktionäre, wie Genosse Winkler, ins Gefängnis wandern, im beharrlichen Standpunkt zur Steuerpolitik und im Klassenkampf werden wir weiter mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln kämpfen. Wir fordern aufs schärfste die Wiedereinstellung aller kommunistischen Kommunalfunktionäre im Reichsmaßstabe."

Franz Hanstein, Rattmannsdorf

Ein wackerer Kämpfer für die Befreiung der Arbeiterklasse ist mit diesem Genossen aus dem Leben geschieden. Schon unter dem Sozialistengesetz stand er in Reih und Glied mit der kämpfenden Arbeiterschaft. Als Gastwirt stellte er dann alle persönlichen Vorteile hinten an, um der Sache der Arbeiterschaft zu dienen. 1921 fiel sein Sohn in den Märzkämpfen. — Die Arbeiterschaft von Rattmannsdorf und Umgegend wird dem wackeren Kämpen, der stets sein Bestes für die Befreiung der Arbeiterklasse hergegeben hat, ein dauerndes Andenken bewahren.

Die Sozialfaschisten entlarven sich immer mehr

A.-K. Mücheln. Die von dem Stadtverordnetenvorsteher Hentschel für Dienstag, den 18. November, einberufene ordnungsgemäße Stadtverordnetenversammlung in Mücheln zeigte mit einer Deutlichkeit den Kurs, den die Bürgerlichen bis einschließlich Sozialfaschisten in Mücheln zu gehen gedenken. Sie wollen es auf eine Machtprobe ankommen lassen, sie wollen die Erklärung des Sozialdemokraten Dietz in die Tat umsetzen, solange nicht in den Sitzungen zu erscheinen, solange der Genosse Hentschel noch als Stadtverordnetenvorsteher fungiert, und die Versammlungen in der Turnhalle unter solcher starker Hinzuziehung der Zuhörer, wie es in den letzten Versammlungen geschehen war, stattfänden.

Sie haben damit bewiesen, daß sie nicht gewillt sind, sich unter Kontrolle der Wählermassen zu stellen.

Sie wollen, wie überall, sich in die Dunkelkammer der Geheimberatungen zurückziehen, weil ihre verräterische Politik immer mehr und mehr von der breitesten Masse durchschaut wird.

Nun, die Arbeiter von Mücheln werden sich ihr Recht zur Kontrolle von denen nicht nehmen lassen. Sie werden nach wie vor verlangen, daß sie bei den Stadtverordnetenversammlungen zugegen sein können, um so zu kontrollieren, was ihre gewählten Vertreter dort in ihrem Interesse aufsechten. Die Versammlung, die laut Hausordnung beschlußfähig war, befaßte sich auch mit dem

Antrag der Erwerbslosen auf einmalige Winterbeihilfe für Verheiratete von 75 Mk., Winterkleidung, Kohlen und Kartoffeln. Dieser Antrag wurde einstimmig von der kommunistischen Fraktion angenommen.

Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der als Dringlichkeitsantrag eingebracht war, wurde von den Kommunisten abgelehnt mit der Begründung, daß er einmal nur eine Verhöhnung der Arbeiter darstelle, zum anderen Male die Antragsteller selbst gar nicht anwesend waren, um den Antrag zu vertreten.

Nach Schluß dieser Versammlung, die eine Fratze für den ganzen Parlamentarismus bedeutet, fand noch eine öffentliche Versammlung im Gewerkschaftshaus Gehüste statt, in der der Genosse Pauli die ganze Gemeinheit und das Heuchlerische der sozialdemokratischen Politik in aller Schärfe aufzeichnete. Er gab auch ein Gespräch bekannt, welches der Abgeordnete Dietz aus dem Leuna-Werk mit einem seiner Genossen geführt hatte, in welchem er ankündigte, daß sie **jetzt alle Minen springen lassen würden, um die Kommunistische Partei in Mücheln zu mißkreditieren.** Auch würden sie jetzt ein Flugblatt herausbringen, wonach sie den Erwerbslosen mitteilen wollen, daß durch die Schuld der Kommunisten die von der sozialdemokratischen Partei angeforderten 100 000 Mk. Winterbeihilfe für die Erwerbslosen von Mücheln abgelehnt worden seien. Nun, die Erwerbslosen von Mücheln haben ja von dem vom Genossen Hentschel verlesenen sozialdemokratischen Antrag Kenntnis genommen und daraus ersehen, daß in dem Antrage nichts von 100 00 Mk. zu lesen ist. Im Gegenteil, enthalten ist in diesem Antrage nur ein **Bittgesuch, aber nichts von konkreter Forderung.**

Die Erwerbslosen von Mücheln haben durch ihre Aussprache in der Versammlung bekundet, daß sie das Lügenmanöver der Sozialdemokraten durchschaut haben und sie nicht gewillt sind, sich von ihnen durcheinander hetzen zu lassen.

Für die Erwerbslosen gilt es aber nun, sich sofort organisatorisch in der RGO. und der Kommunistischen Partei zusammenzuschließen, denn nur sie allein führt die Arbeiterschaft aus Elend und Not.

Reichsbanner-Pleite in Merseburg

Und soll aus Dir ein Pleitegeier werden, so werde ich stolz an Dir vorüberziehen — —

A.-K. Von diesem Richtsatz ließ sich auch das Merseburger Proletariat leiten, als es am Sonntag die Leute der Pleitegeier aufmarschieren sah. Ohne jedes Interesse seitens der werktätigen Bevölkerung wurde der Aufmarsch durchgeführt. Um wenigstens etwas Leben in die tote Bude der Kämpf und Konsorten zu bringen, wurden aus allen Orten des Bezirkes die Reichsbannermannen und Sozialdemokraten herangeholt. Das „Volksblatt" berichtet vom Massenschritt der „Arbeiterbataillone", von Männern, die an der „Front" waren, von Organisationen der Technischen Nothilfe, von Polizei- und Regierungspräsidenten und den aus dem gesamten Bezirk zusammengeströmten Bonzen und Bonzenmärtern. Die letzteren waren allerdings sehr zahlreich erschienen. Von Arbeitern, abgesehen von den wenigen, die nicht alle werden, war keine Spur zu sehen.

Leute, die die Republik geschaffen und seit 1918 aufgebaut haben sollen, seien in großer Anzahl vorhanden gewesen! — Wer sind denn diese Aufbauer? Leute, die wie Kämpf, Scholz, Kaufhold, Krüger, Harnack sich ständig gegen die Interessen des Proletariats gewandt und mit allen Mitteln des Verrats die Arbeiterschaft mit halfen niederzuschlagen! Wenn das die Aufbauer und der Kern der guten Republikaner sind, dann hat die Arbeiterschaft am Sonntag wieder ein lebendiges Beispiel dafür gesehen, daß man mit Sozialdemokraten und Reichsbanner keine Gemeinschaft pflegen kann. **Das revolutionäre Proletariat bedankt sich für diese Sorte.**

Geradezu ein Schlag in die Schnauze dieser Lügenbeutel ist es, wenn sie schreiben, daß die Umzüge der Kommunisten erbärmlich im Gegensatz zu den ihrigen wären. Nun, die KPD. hat es nicht nötig, erst „die Massen" aus dem Bezirk zusammenzuholen. Das revolutionäre Proletariat weiß, und das besonders in Merseburg, wohin es gehört.

Jeder Tag beweist es immer wieder, daß einzig und allein die Kommunisten es sind, die sich rücksichtslos für die Interessen des Proletariats einsetzen.

Herr Harnack, der Regierungsvertreter des mitteldeutschen Großkapitals, der Vertreter der Leuna-Könige, schwang große Reden über Demokratie und Republik. Harnack hat ja auch Ursache dazu, er, der der bürgerlichen Gesellschaft mit dazu verhilft, Kommunisten nicht nur ihrer Funktion in der Kommune zu entheben, sondern auch dazu beiträgt, daß sie, wie im Falle Polizeibeamten und Genossen, auf Jahre hinaus ins Zuchthaus dieser „demokratischen Republik" wandern!

Wir möchten den Tag sehen, an dem Harnack, Krüger und Kämpf auf die Barrikaden des aktiven Kampfes gegen den Faschismus steigen. Sie werden sich schön an die Spitze der Bewegung stellen, um sie dann abzuwürgen.

Drescher Reinhold aus Halle redete auf dem Marktplatz eine lange Rede über das Köpferollen der Nazis. Sie, die Reichsbannerleute, werden auch Köpfe rollen lassen. Reinhold und seine Kameraden werden sich bestimmt dabei die Pfoten dreckig machen, und wenn dem so ist, werden sie es vorziehen, schön bei Mutterns hinterm warmen Ofen zu bleiben, als wie auf der Straße gegen den Faschismus der Nazis zu kämpfen. **Mit schönen Reden ist hier nichts getan.**

Hier heißt es, die Arbeiterschaft zu mobilisieren, sie zu organisieren und sie zum Kampfe und Widerstand zu schmieden. Das wird weder das Reichsbanner, noch die Sozialdemokratie leisten können. Dieser Kampf wird unter der Führung der KPD. vorbereitet und wird auch den endgültigen Sieg über den Nationalsozialismus bis zum Sturz der Herrschaft des Kapitals mit sich bringen.

Achtung! Erwerbslosenausschüsse vom Kreis Merseburg!

Am Sonntag, dem 23. November, findet in Merseburg, vormittags 9 Uhr, in der „Stadt Leipzig, Neumarktstraße 46, eine

große Kreiskonferenz der Erwerbslosen

statt. Tagesordnung: „Warum RGO.?" und „Bericht vom RGJ.-Kongreß" usw. — In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung und im Hinblick auf die immer mehr und mehr sich verschärfenden Klassengegensätze ist es notwendig daß alle Erwerbslosenausschüsse Delegierte zu dieser Konferenz entsenden müssen und daß besonders die Betriebsarbeiter Delegierte entsenden müssen. Unbedingt muß vertreten sein jeder Stempelstellenausschußvorsitzende.

Verband proletarischer Freidenker, Ortsgruppe Merseburg

Sonnabend, den 22. November, 20 Uhr, beginnt in der „Guten Quelle" der zweite Kursus der Wochenendschule des Bezirksgebietes Merseburg. Alle Funktionäre sind verpflichtet, daran teilzunehmen. Auch können Mitglieder, welche Interesse haben, diesen Wochenendschulen haben, daran teilnehmen.

Verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin, für Politik und Reichsgau; Fritz Rothe, Halle, für Lokales und Kultur; Elia Seibert, Berlin, für Kultur; Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebs- und Gewerkschaftsfragen; Alfred Kirchner für Sportgeneral.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301122-19/fragment/page=0010

Der Merseburger Kreistag lehnt neue Massensteuern ab

SPD. und Landrat Münsch bettelnd die Bürgerlichen um Annahme an

A.-K. Am Dienstag, dem 18. November tagte der Merseburger Kreistag, um neue Steuern zu beschließen. Kaum nach ein paar Minuten merkte man, daß die Koalitionsfreunde der SPD. nicht dabei sein wollten und somit die neuen Erhöhungen der Kreissteuern abgelehnt wurden.

Wer noch bis heute daran gezweifelt hatte, daß die SPD. die Partei des Arbeiterverrates ist, wurde eines anderen belehrt. Nicht nur der Landrat versuchte seine Redekünste anzuwenden, um eine Mehrheit für die neue Belastung der Steuerzahler zu erhalten, sondern auch

die SPD.-Mannen vom Schlage Ritzland-Köthen, Stade-Merseburg und Petzold-Schkeditz appellierten an die Bürgerlichen, den Massensteuern doch zuzustimmen.

Ritzland (SPD.) bedauerte, daß, da bis jetzt immer eine Zusammenarbeit möglich gewesen sei, jetzt von den Bürgerlichen nicht mehr mitgemacht würde! Sie wollten es sich merken, aber er dürfte er nicht ein Sozialdemokrat sein, denn am Nachmittag wäre es schon wieder in trauter Gemeinschaft.

Als alle Ueberredungskunst nichts nützte, fand man schärfere Töne, die von den Bürgerlichen als Drohung angesehen wurden. Stade (SPD.) gebrauchte folgenden Satz: „Meine Herren (zu den Bürgerlichen) Sie wissen wahrscheinlich noch gar nicht, auf welchem Pulverfaß Sie sitzen. Im Januar wird es vielleicht schon zu spät sein." Er sprach die Angst dieser SPD.-Staatsfunktionäre, daß durch die weitere Zuspitzung der Klassengegensätze sie ihre Pöstchen verlieren würden und sie fleßten die Bürgerlichen an, da es ja ihr Interesse sei, doch alles mit einzusetzen, um den drohenden Bolschewismus aufzuhalten! Sie versuchten, auch uns Kommunisten an den bestehenden Verhältnissen mitschuldig zu machen, was ihnen aber nicht gelang. Genosse Fritz-Goduller begründete unsere ablehnende Haltung der Steuererhöhungen und forderte 500 000 Mk. für die Erwerbslosen sicherzustellen. Als unser Genosse die Tatsache feststellte, daß die Kleinbauern und Mittelständler nicht in der Lage sind, eine größere Belastung tragen zu können, sagte Petzold-Schkeditz (SPD.), daß es nur wenige Groschen wären, die immer noch tragbar seien.

Die Erhöhung der Steuer von 39 Prozent auf 60 Prozent wurde mit 16 gegen 9 Stimmen der SPD. abgelehnt. Auch die Wertzuwachssteuer, Hundesteuer, Schankkonzessionssteuer, Grundstücksumsatzsteuer wurden sämtlich abgelehnt.

Der Antrag der KPD., die Gehälter, welche den Betrag von 8500 Mark übersteigen, werden sofort abgebaut und die gesparten Beträge der Wohlfahrt zur Verfügung gestellt, wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Bei der Uebernahme von Bürgschaften setzte sich die SPD. recht warm für das katholische Krankenhaus ein. **Die KPD. beantragte, statt dessen selbst ein Krankenhaus vom Kreis aus zu bauen.**

Der Kreistag hat bewiesen, daß nur die KPD. rücksichtslos die Interessen der Werktätigen vertritt und den Kampf gegen weitere Massenbesteuerung führte. Ueber den Kreistag hinaus muß die Steuerstreikparole bis in das kleinste Dorf getragen werden.

Neue Kämpfer für den Kommunismus in jedem Dorf! Eine Zelle der Partei in jedem Betrieb! Dann wird das Pulverfaß, vor dem die SPD. solche Angst hat, explodieren!

Mansfelder Kreise

Achtung! Gerbstedter Einwohner!

Am Sonnabend, dem 22. November, 20 Uhr, findet im „Schützenhaus" die Revolutionsfeier statt. Das rühmbekannte russische Balalaika-Orchester wird dann auch mit beitragen, den Abend gut auszufüllen. Wir rufen die Gerbstedter Einwohnerschaft auf, zum Zeichen des Massenprotestes gegen die verbotenen Veranstaltungen der Roten Hilfe und um die Solidarität mit den politischen Gefangenen zu beweisen, zahlreich dieser Veranstaltung zu erscheinen.

Jeder blamiert sich so gut er kann!

A.-K. Riestedt. Auf Grund der stattgefundenen Einwohnerversammlung am 23. August wurde ein Verfahren gegen unseren Genossen Zunkel eingeleitet wegen Aufrufs zum Steuerstreik. Jetzt haben einige Leute unserem Genossen Zunkel eins auswischen können.

Es wurde Genosse Zunkel am 27. September zum Verhör vor das Gericht Sangerhausen geladen. Die Anzeige gegen unseren Genossen hatte der Oberlandjäger gemacht. — Festgestellt wurde, daß in der Versammlung überhaupt kein Landjäger anwesend gewesen ist. Am 4. November wurden fünf Mann aus Riestedt zum Termin geladen, welche als Belastungszeugen auftreten sollten. Es war da aber keiner von den fünf, welcher gegen unseren Genossen als Belastungszeuge auftrat. Verschiedene Leute freuten sich schon, daß auf diese Art den Genossen Zunkel aus der Gemeindevertretung herausgeworfen.

Die Einwohner wissen ganz genau, wer ihre Interessen vertritt. Am 5. November wurde unser Genosse vom Oberstaatsanwalt in Halle gesetzt, daß das Verfahren eingestellt sei. — Nun, die Leute haben ihre Diäten bekommen, die Staatskasse ist leichter geworden.

In dieser Sache seht Ihr, Einwohner von Riestedt, wieder, daß die Kommunisten Eure Interessen vertreten.

Also zögert nicht, sondern kämpft mit, seit den „Klassenkampf" und werdet Mitglied der Kommunistischen Partei!

Sozialfaschisten verhindern aus Angst vor Wahrheit KPD.-Diskussionsredner am Sprechen

A.-K. Ramsdorf. Am 15. November hielt die Sozialdemokratische Partei in Barnstädt eine öffentliche Versammlung ab, wo der bekannte Landrat Acker über die Bekämpfung des Nationalsozialismus referierte. Acker verzapfte nun ein scheinheiliges Gerede gegen die Nazipest. Wohlgemerkt greift er in seinem Referat nicht an, um den politisch nicht denkenden und sozialdemokratischen Arbeitern zu zeigen, was die SPD. für eine gute Interessenvertreterin der Arbeiterklasse ist. Acker forderte zuletzt noch auf, Polizeihilfe zu greifen gegen den Nationalsozialismus.

Zur Diskussion meldeten sich die Genossen Dreese und Hübner (KPD.), welche auf das Verhalten der SPD. in bezug auf Bekämpfung des Nationalsozialismus hinwiesen. Gerade sozialdemokratische Minister sind es gewesen, die durch Verbot des RFB. die Faschistenbanditen hochgepäppelt haben.

Bei den Ausführungen des Genossen Dreese wurde der Versammlungsleiter SPD.-Brauer nervös und wollte Genossen Dreese daran am Weitersprechen hindern. Genosse Dreese erklärte, daß Brauer sehr dringend einer Aufklärung bedarf. Darauf Brauer in noch größere Erregung und

ließ Genossen Dreese durch die anwesende Polizei entfernen.

Nun ging Genosse Hübner prangerte in scharfen Worten das Verhalten der SPD.-Ausschußmitglieder an, die mit voll verantwortlich dafür sind, daß den Kriegsopfern ihre Hungerpfennige immer mehr gekürzt werden.

Werte Arbeiter, sozialdemokratische Arbeiter, Klassengenossen, so wird Euch Heilen der Arbeiterbefreiung aus. Diese sozialdemokratischen Arbeitspäpste kommen nur, um Euch Honigreferate vorzusingen, damit ihr Einfluß unter den Arbeitern nicht noch mehr sinkt und ihre Posten erhalten bleiben.

Die Tat sind es gerade die sozialdemokratischen Minister usw.,

die die ungeheure Notlage der Werktätigen herbeigeführt haben und jetzt wieder bereit sind, neue Steuern den Arbeitern aufzubrummen.

Darum rufen wir Euch Arbeitern von den Vier-Dörfern zu:

Brecht mit der arbeiterfeindlichen SPD. Reiht Euch ein in die Klassenfront, werdet Mitglied der KPD. und seht Eure Zeitung, den „Klassenkampf". Schmeißt die bürgerlichen und sozialdemokratischen Lügenblätter aus Eurem Hause.

Großhörner-Molmeck. Sonntag vormittag 10 Uhr, Lokal König (Molmeck) außerordentlich wichtige Parteiversammlung. Alle Mitglieder müssen unbedingt erscheinen

Eisleben. Kampfbund gegen Faschismus. Sonntag, den 23. November, vormittags 10 Uhr, Mitgliederversammlung im „Hohenzollern". Erscheinen ist Pflicht! — Delegierte müssen allerdings an der Revier-Konferenz teilnehmen.

Arbeiter und Arbeiterinnen von Eisleben!

Heraus zur öffentlichen Verbraucherversammlung heute, Sonnabend, 8 Uhr in der Turnhalle, Breiter Weg 30.

Genosse B. Koenen spricht über das Thema:

„Hungerwinter — Massennot — Was ist zu tun?"

Alle werktätigen Verbraucher von Eisleben, insbesondere die genossenschaftlich organisierten, müssen erscheinen.

Werbt für den „Klassenkampf"

Weißenfels-Zeitz

Tagewerben, Reichardtswerben und Posendorf Kreis Weißenfels

Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Frauen und Kleinbauern! Heraus zu der am Sonntag, dem 23. November, nachmittags 2 Uhr, im Lokal „Eichbaum" stattfindenden öffentlichen

Einwohner-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Das Verbrechen vom 18. Oktober. 2. Was will die RGO. (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition). Referent Genosse Hans Frahnert.

Werktätige, erscheint restlos! Hört, was Euch die Kommunisten über die Lage (Massensteuern und Lohnraub) zu sagen haben.

Kommunistische Partei, Ortsgruppe Tagewerben-Reichardtswerben.
Erwerbslosenausschuß.
Baugewerksbund (Opposition).

Grana. Heute, Sonnabend, im Gasthof Hauschild wichtige Gemeindevertretersitzung. Arbeiter, erscheint zahlreich! Es soll Beschluß über Einführung neuer Massensteuern gefaßt werden.

Bergarbeiter, Frauen, Jungarbeiter von Theißen!

Heute abend spricht im „Blauen Stern" die Reichstagsabgeordnete Marie Ahlers, Mansfeld. Kommt alle!

Merseburg-Querfurt

Die Erwerbslosen müssen warten — —

A.-K. Jaucha. Die letzte Gemeindevertretersitzung stand im Zeichen erregter Auseinandersetzungen. Die ersten Punkte der Tagesordnung wurden ziemlich glatt abgewickelt. Unter anderem wurde beschlossen, Hausnummern einzuführen. Unter Punkt Verschiedenes waren einige Anträge der Erwerbslosen. Der Genosse K. schlug vor, diese Anträge sofort zu erledigen, weil die Erwerbslosen in bitterer Notlage seien. Der Gemeindevorsteher erlaubte sich eine wohlwollende Geste, indem er erklärte, er hätte auch sowieso einen Antrag zugunsten der Erwerbslosen eingebracht. Was es mit dieser Geste auf sich hat, konnte man ein paar Minuten später daraus ersehen, **daß der berechtigte Antrag der Erwerbslosen bis zur nächsten Sitzung vertagt wurde.** Man will abwarten, was vom Kreise aus für Maßnahmen für die Erwerbslosen getroffen werden.

Von dem kommunistischen Vertreter K. wurde das Verhalten des Gemeindevorstehers in der Sache des Gastwirtes Bruno Schulze gegeißelt. Der Gastwirt hatte ein Schreiben auf Weitergewährung der Konzession an den Gemeindevorsteher gerichtet. Dieser machte zum Schaden der Gemeinde eine Aenderung in den Antrag, so daß der Gemeinde ein Schaden entsteht. Die praktische Kommunalpolitik der SPD. hat sich wieder einmal im schönsten Lichte gezeigt.

Heraus zur Revolutionsfeier in Kleinleihna

Aus Anlaß des 13jährigen Bestehens des siegreichen russischen Sowjetstaates veranstaltet die **Kommunistische Partei, Ortsgruppe Großleihna, am Sonnabend, dem 22. November, im „Schützenhaus" Kleinleihna eine Revolutionsfeier.** Zur Aufführung gelangt das wuchtige Filmwerk Panzerkreuzer „Potemkin" als Tonfilm. **Arbeiter und Arbeiterinnen von Groß- und Kleinleihna, kommt alle zu dieser Veranstaltung.**

Delitzsch-Torgau-Liebenwerda

Die Erwerbslosen protestieren gegen Justizschande

A.-K. Elsterwerda. Am Montag, dem 17. November, wurde in Verbindung mit dem Erwerbslosenausschuß durch die KPD. in einer Kundgebung auf dem Marktplatz für die streikenden Schamottearbeiter in Zahna und gegen den Polizeiterror in Torgau Stellung genommen. Nachdem der Erwerbslosenrat, Genosse Giesen, die Kundgebung eröffnet hatte, sprach der Genosse A. Beeger über den jetzt abgewürgten heroischen Kampf der Schamottearbeiter. Er gab bekannt, daß eine am 14. November durchgeführte Sammlung

für die streikenden Arbeiter allein bei den Erwerbslosen den Betrag von 25,55 Mk., welcher an die IAH. abgeführt wurde, ergeben hätte.

Genosse Beeger brandmarkte die Polizeimethoden gegen die Erwerbslosen, welche nur für Freiheit und Brot demonstriert hatten. Die Verurteilung des Genossen Holzweißig zu 1½ Jahren Zuchthaus, wie auch die Verurteilung der anderen Arbeiter wurde aufs schärfste gekennzeichnet. Mit einem „Rot-Front!" für die kämpfenden und blutenden Proletarier wurde die Kundgebung geschlossen.

In einer zweiten Protestkundgebung der Erwerbslosen wurde nachstehende **Resolution** einstimmig angenommen:

„Die versammelten Erwerbslosen der Sternestelle Elsterwerda protestieren auf das schärfste gegen die Brutalitäten der Polizei bei der Kreistagssitzung in Torgau, wo die Erwerbslosen für Freiheit und Brot demonstrierten. Anstatt die Anträge, welche von der KPD. eingebracht wurden, anzunehmen, wirft man klassenbewußte Arbeiter ins Zuchthaus und Gefängnis.

Die Erwerbslosen von Elsterwerda und Umgebung erklären sich solidarisch und verlangen die sofortige Freilassung der um ihre Rechte kämpfenden Genossen."

Noch einige Tatsachen über die Vorgänge in Torgau am 14. November

A.-K. Ein Teilnehmer an der Demonstration vom Freitagnachmittag stellt folgendes richtig: Es ist nicht wahr, daß die Polizei den Demonstrationszug von vorn gestellt hat, der Angriff der Polizei war ein regelrechter Ueberfall. Von hinten fiel man über den Zug her und knüppelte alles nieder.

Die Haltung einzelner Geschäftsleute muß noch unter die Lupe genommen werden. Ein Geschäftsmann aus der Schulzenstraße nahm den zweiten Bürgermeister Schneider, der als Polizeidezernent verantwortlich für das unerhörte Vorgehen der Polizei ist, stark in Schutz. Er erzählt, Bürgermeister Schneider hätte nur vergessen, den Aushang vom Verbot der Demonstration zur Veröffentlichung zu bringen, weil seine Frau gerade von einem Jungen entbunden worden wäre und er darüber sich so sehr gefreut hätte. — Schöner Zustand. Demnach können also Arbeiter, die für ihr Recht demonstrieren, niedergeknüppelt werden, nur weil der Herr Bürgermeister vor lauter Freude nicht mehr an seine Pflichten denkt.

Einige Geschäftsleute haben sich als offene, erbitterte Feinde der Arbeiterschaft restlos entlarvt. Wir nennen hier ihre Namen: Restaurant „Zur guten Quelle", Kaffeehaus Wolf, Fleischermeister Otto Graf. Es sind dies noch nicht alle, wir könnten noch mehr Namen nennen, aber besonders die Inhaber dieser Geschäfte waren es, die Aeußerungen fallen ließen, wie: „Schießt doch die Hunde gleich nieder, schlagt sie tot, nur feste drauf", usw. So haben diese Spießbürger die prügelnde Wittenberger Schupo noch zum schärferen Vorgehen ermuntert.

Arbeiter und Arbeiterfrauen von Torgau! Wacht auf! Zeichnet Euch ein in die Mitgliederlisten des Konsumvereins, der in Torgau ins Leben gerufen werden soll.

Dann könnt Ihr dieser Sorte Geschäftsleute die beste Antwort geben, indem Ihr Eure Groschen nicht mehr zu ihnen tragt, und Euch zusammenschließt in der Konsumgenossenschaft. **Arbeiter, Schließt Euch zusammen im Kampfbund gegen den Faschismus, damit diese Dinge sich in Torgau nicht wiederholen können!**

Oeffentliche Versammlungen

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Leitzkau. Montag, 24. November, 20 Uhr, in der „Erholung" öffentliche Mitgliederversammlung. Referent der BL. ist anwesend.

Unterbezirk Merseburg-Naumburg-Zeitz

Nißma. Sonntag, 23. November, 19 Uhr, im Gemeindegasthof öffentliche Werbeveranstaltung. Referent Genosse W. Reif.

Roter Frontkämpferbund

Bezirk: Mitteldeutschland

Halle (Saale), Steinweg 24, Hof 3

Sprechstunden: Dienstags, Mittwochs und Freitags von 16—19 Uhr im Büro

Unterbezirkskonferenz des Unterbezirks Weißenfels in Weißenfels am Sonntag, 23. November, vorm. 10 Uhr, im „Tivoli".

Unterbezirkskonferenz des Unterbezirks Wittenberg in Wittenberg am Sonntag, 23. November, vorm. 8.30 Uhr, im „Gewerkschaftshaus".

Gerben. Sonntag, 23. November, 20 Uhr, Strzelwicz-Abend im Lokal Gisler.

Freiteck. Sonntag, 23. November, 20 Uhr, Konzert des Balalaika-Orchesters im „Dorf Hohenzollern".

Leimbach. Sonntag, 23. Nov., 10 Uhr, Restaurant „Zur Sonne" Mitgliederversammlung.

Helbra. Sonntag, 23. November, 15 Uhr, „Zur Tanne" Mitgliederversammlung.

Bund der Freunde der IAH.

Gräfenhainichen. Sonnabend, 22. November, 20 Uhr, im Lokal Eger Werbeabend mit Lichtbildervortrag. Referent: Dornberger.

Helbra. Sonntag, 23. November, 20 Uhr, in Kümmers Restaurant Mitgliederversammlung. Referent: Lindner.

Bornstedt. Sonntag, 23. November, 19 Uhr, Werbekundgebung der IAH. Referent: Reinde.

Ahlsdorf. Sonntag, 23. November, 20 Uhr, in „Stadt Nürnberg" Mitgliederversammlung. Referent: Winkler.

Nordhausen. Dienstag, 25. Nov., bei Schütt, Weidenstraße, Mitgliederversammlung.

Wansleben. Dienstag, 25. November, 20 Uhr, Kaffeeabend.

Merseburg. Dienstag, 25. November, 20 Uhr, in der „Funkenburg" öffentliche Kundgebung. Bericht vom 5. RGJ.-Kongreß. Referentin: Lea Gundermann, Berlin.

Nebra. Mittwoch, 26. November, 20 Uhr, Schulungskursus. Referent: Reinde.

Zeitz. Mittwoch, 26. November, 20 Uhr, in den „Reichshallen" öffentliche Kundgebung. Bericht vom 5. RGJ.-Kongreß. Referentin: Lea Gundermann, Berlin.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit (Deutsche Sektion)

Holzweißig. Sonntag, 23. November, 15 Uhr, öffentliche Versammlung.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Halle. Achtung! Am Sonntag findet ein Unterhaltungsabend in der Produktion statt. Eintritt 10 Pfg.

Halle. Achtung! „Junge Garde" abrechnen im Jugendbüro am Sonnabend von 4 bis 7 Uhr. Alle Zellen müssen abrechnen.

Nötzung! Am Sonnabend und Sonntag, dem 22. und 23. November, findet unser 3. Wochenendkursus in Wettin statt. Abfahrt ab Halle Sonnabend, 20 Uhr, Produktion. Wir erwarten pünktliches Erscheinen.

Jung-Spartakus-Bund

Halle. Süden. Am Sonntag treffen sich alle Pioniere 8 Uhr auf dem Futterplatz.
Halle. Westen. Alle Pioniere treffen sich am Sonntag 8 Uhr an der Produktion.

Jung-Deutschland:

Reaktion und Massenverelendung!

Der Sowjetunion:

Proletarische Diktatur — sozialer und kultureller Aufstieg!

Du — Angestellter — Kleingewerbetreibender — werktätige Bauer!

Welches System entscheidet Du Dich?

Für das Sowjetsystem! — Das kann und darf nur Eure Antwort sein!

Kommt darum alle die am Mittwoch, dem 26. November, um 7 Uhr in Zeitz stattfindende öffentliche Versammlung in der „Reichshalle". Eine Jungarbeiterin, die erst jetzt aus der Sowjetunion zurückgekehrt ist, wird Euch berichten. Bringt Euch Aufklärung, kommt alle!

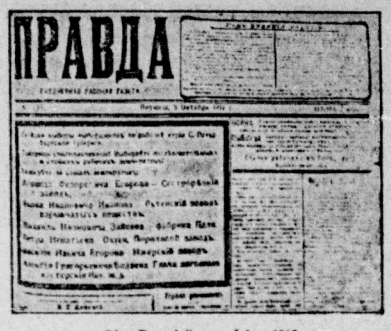
Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301122-19/fragment/page=0011

PROLETARISCHES FEUILLETON

Die „Prawda“ unter dem Zarismus

Wie der Zarismus die „Prawda“ zugrunde richten wollte — Der Zarismus ist tot und die „Prawda“ ist die größte Zeitung der Welt

In die Reichsduma 1912 wurden, wie bekannt, auch einige Arbeiter als Duma-Abgeordnete gewählt, u. a. ein Metallarbeiter A. E. Badajew, der später der Führer der bolschewistischen Fraktion in der Reichsduma wurde. Im Sommer 1912 ist auf Beschluß der Partei die „Prawda“, das Organ der Bolschewiki, auch erschienen. Badajew war der verantwortliche Redakteur der „Prawda“, und in seinen vor kurzem veröffentlichten Erinnerungen „Ein Bolschewik in der Reichsduma“ schreibt er über die ungeheure Arbeit der „Prawda“, die in der revolutionären Bewegung von 1912 bis 1914 eine entscheidende Rolle gespielt hat. Der Zarismus wollte



Die „Prawda“ vom Jahre 1912

die „Prawda“ vernichten, aber am Ende ist er von der „Prawda“ vernichtet worden. Der Zarismus ist tot und die „Prawda“ ist die mächtigste Zeitung der Welt, das stolze Riesenorgan der Bolschewiki.

Badajew schreibt über die Kämpfe der „Prawda“ folgendes:

„Die Existenz der ‚Prawda‘ war ein ununterbrochener Kampf um jeden Tag ihres weiteren Bestehens, um jede Zeile, die gedruckt wurde. Verhaftungen, Geldstrafen, Konfiskationen — dieses ganze Arsenal polizeilicher Skorpione hagelte förmlich auf die ‚Prawda‘ nieder, ließ ihr keinen Augenblick der Ruhe, des Besinnens... Fast jeden Tag mußte man wegen einer neuen Beschlagnahme Schritte unternehmen, kämpfen, zu den verschiedensten Methoden und Winkelzügen seine Zuflucht nehmen, damit die Leser ihr Blatt erhielten.

Die Herausgabe der Zeitung spielte sich wie folgt ab: ein Exemplar wurde direkt aus der Druckerei der ‚Pressestelle‘ zugeschickt, gleichzeitig traf man aber auch Maßnahmen, um die Verbreitung des Blattes zu sichern. Gewöhnlich beschlagnahmte die Pressestelle die Zeitung und gab der schon informierten Polizei die Anweisung, die betreffende Nummer zu konfiszieren. In der Zeit, wo sich ein Exemplar der Zeitung auf dem Wege von der Druckerei zum Pressekomitee befand, in dieser sehr kurzen Zeit mußte man die gedruckte Auflage vom Hof der Druckerei wegschaffen. In Erwartung der ‚Prawda‘, noch bei Dunkelheit, versammelten sich die Vertreter der Betriebe und besetzten die günstigsten strategischen Punkte, hielten sich bereit, mit einem Paket frischer Zeitungen rasch in den Straßen zu verschwinden.

Später entdeckte die Polizei unseren Kniff und besetzte schon am Abend die ganze Umgegend des Redaktionsgebäudes mit einem Heer von Spitzeln. Im Hof der Druckerei und in den anliegenden Gassen wurde häufig berittene und Polizei zu Fuß postiert. Die Beamten der Pressestelle beschlagnahmten unmittelbar an der Druckpresse unsere Zeitung. Nunmehr verbarg man Pakete der ausgedruckten Zeitung in allen Winkeln, unter der Treppe, auf dem Dachboden, um wenigstens einen Teil der Auflage, nachdem sich die Polizei zurückgezogen hatte, in den Straßenhandel zu bringen. Dort erwarteten aber unsere Zeitungshändler Polizisten und Revieraufseher, um sie nach Zeitungen zu durchsuchen, zu verhaften und zu mißhandeln.

Unsere Redakteure mußten in der Regel nach ein oder zwei Wochen die Redaktionszimmer für viele Monate mit dem Aufenthalt im Gefängnis wechseln. Die „Prawda“ selbst änderte unzählige Male ihren Titel.

Die Zeitung lebte aber, weil sie sich auf die Petersburger Arbeiter stützte. Durch alle Hindernisse hindurch fand sie ihren Weg zu den Arbeitern, wurde in einer täglichen Auflage von 40 000 Exemplaren verbreitet. Der Kreis ihres Einflusses war aber um ein Zehnfaches größer, weil jede Nummer der „Prawda“ von Dutzenden Arbeitern gelesen wurde, von Hand zu Hand ging. In ganz Petersburg gab es rund 250 000 Arbeiter. Die Auflage der menschewistischen Zeitung „Lutsch“, die bedeutend größere legale Möglichkeiten und auch größere Mittel besaß, überstieg nie 15 000 Exemplare.

Die „Prawda“ wurde mit den Pfennigen, die die Arbeiter sammelten, ins Leben gerufen. In den Betrieben veranstaltete man regelmäßig Sammlungen für die „Prawda“. 1913 und im ersten Halbjahr 1914 gingen der „Prawda“ von den Arbeitern an Beiträgen 5053 Rubel zu, dem „Lutsch“ in derselben Zeit dagegen nur 1331 Rubel.

In der „Prawda“ schrieben die Arbeiter über ihre Leiden und Freuden. Unser Blatt nahm unmittelbaren Anteil am Leben der Arbeiter, an ihren Siegen und Niederlagen. Sie stand an der Spitze aller Streiks, organisierte Sammlungen, unterstützte die Streikenden, führte alle Wahlkampagnen, den Kampf gegen die Liquidatoren, stand in allen Kämpfen gegen die Behörden in den vorderen Reihen, erzog und schulte klassenbewußte, revolutionäre Arbeiter. Ihr teilten die Arbeiter aus den Betrieben den Verlauf des täglichen Kampfes gegen die Unternehmer mit, tausende Arbeiter aus allen Teilen Rußlands schrieben der „Prawda“. Ihre ständigen Mitarbeiter waren Lenin und Stalin.

Die Polizei sah in der „Prawda“ ihren gefährlichsten Feind. Nach jeder neuen Willkür der Unternehmer, nach jeder neuen Brutalität der Polizei wurde in den Straßen eine Jagd auf die „Prawda“ veranstaltet. Man suchte sie in den Wohnungen, vernichtete sogar alte Nummern. Jede neue Offensive gegen die Arbeiterklasse hatte als unvermeidliche Begleiterscheinung einen Ueberfall auf die „Prawda“.

Die bolschewistische Fraktion in der Reichsduma brachte eine Anfrage über die Verfolgungen der Arbeiterpresse ein. Pajadem, der die Anfrage begründete, führte aus:

„Wir stellen die Frage ganz unmittelbar, und möge Ihre Antwort in aller Oeffentlichkeit gegeben werden: rechtfertigen Sie die Niedertracht und unterstützen Sie die Faust, die auf dem Rücken der Arbeiterpresse lastet? Ihre Abstimmung gegen unsere Anfrage wird den Arbeitern des ganzen Landes sagen, daß Sie gegen die Freiheit des Wortes in Rußland sind, daß Sie dem weltgewordenen Polizeibüttel Beifall spenden, die Fesseln billigen, in die die gegenwärtige Regierung die Arbeiterpresse schlägt. Meine Herren, Ihre Hoffnungen sind aber auf Sand gebaut, Ihre Rechnung ist ohne den teufelischen Wirt gemacht. Das Land hat noch nicht sein entscheidendes Wort gesagt. Warten Sie nur, es wird es sagen. Und Ihr Gesetz wird unter den Trümmern des gegenwärtigen Systems begraben werden.“

Die „Prawda“ wurde zusammen mit den Barrikaden im Juli 1914 zerstört. Betäubt durch den plötzlichen Kriegsausbruch räumten die Arbeiter ihre Festung bis zum neuen Sturm, zum entscheidenden Sieg über die Feinde der „Prawda“ und der Arbeiterklasse.“

T. Stern.

Dem Reichskongreß werktätiger Frauen gewidmet

Die Hausfrauenzeitung

Eine wahre Geschichte aus unserer Straßenzelle

In unserer Straßenzelle war eine Genossin, eine kleine, hagere Frau mit gelbem, eingefallenem Gesicht. Sie war sicher noch jung, aber sie hatte fast alle ihre Zähne verloren, nur zwei braune, kranke Stümpfe schauten noch aus dem Mund hervor, das ließ sie viel älter erscheinen, als sie in Wirklichkeit war.

Dringend hätte sie ein künstliches Gebiß gebraucht. Aber mit den paar Pfennigen, die sie als Aufwaschfrau verdiente, durfte sie an einen derartigen „Luxus“ nicht denken.

Immer saß sie vollkommen stumm da. Nie wagte sie es, zu sprechen oder sich an der Diskussion zu beteiligen. Nur wenn der Genosse Referent etwas sagte, das ihr besonders gefiel oder sie besonders nah anging, leuchteten ihre Augen und sie nickte mit dem Kopf.

Sie war zur Unterkassiererin gewählt worden und diese mühselige Kleinarbeit erledigte sie mit peinlicher Gewissenhaftigkeit. Lieber hätte sie von ihrem eigenen schmalen Verdienst etwas zugelegt, als daß bei der Abrechnung ein Pfennig nicht stimmte.

Wie es nun kam, daß wir uns näher kennen lernten? — Das ist so: Ich bekam die Aufgabe, die Herstellung der Zellenzeitung zu organisieren. „Frauenarbeit!“ hieß es, „wir brauchen mehr und bessere Frauenarbeit!“

Nun benötigte ich dazu Tatsachenmaterial, besonders aus den Betrieben unseres Bezirks. Deshalb bat ich alle Genossinnen um solches Material, oder, wenn irgend möglich, sogar um fertige Artikel.

Und eines Tages kam auch sie an mit einem Bericht von ihrer Arbeitsstelle. Ganz zaghaft und schüchtern. „Vielleicht, beisst det hier brauchen kannst, aber et is jarnich jut jeschrieben“, meinte sie zweifelnd.

Aber es war gut geschrieben: einfach, natürlich, mit wertvollem Tatsachenmaterial. Wir konnten es nicht nur „gebrauchen“, sondern es erschien wortwörtlich in unserer Hausblockzeitung.

Seit der Zeit brachte sie öfter etwas an. Sie horchte auf in den Geschäften, in denen sie kaufte, im Betrieb, auf der Straße ... kurz, wo sie etwas Interessantes zu sehen oder hören glaubte. Und das berichtete sie. Für uns gibt es ja nichts, das nicht interessant wäre — — man muß es nur mit den Augen des Klassenkämpfers sehen! Und das konnte die Genossin.

Sie wurde lebhafter, ihre Augen bekamen einen anderen Glanz: jetzt konnte sie mitarbeiten, so aktiv und nutzbringend mitarbeiten, wie sie es sich immer gewünscht hatte!

Und eines Tages — wir Frauen hatten unter uns besprochen, wie schön es wäre, wenn wir eine eigene Hausfrauenzeitung herausbringen könnten, weil die „Arbeiterin“ die vielen kleinbürgerlichen Hausfrauen unseres Bezirks mit ihren ganz anders gearteten Sorgen und Interessengebieten nicht genügend interessierte — eines Tages also kommt sie zu mir nach Hause und bringt mir zehn Mark.

„Hier, Jenossin, det hab ‘k jespart. Eijentlich sollt ‘t ja for meine Zähne sind, aber jetzt is doch de Zeitung wichtijer...“

Diese Frau, die für armselige Pfennige den ganzen Tag schwer schuften mußte, diese junge Frau, die durch ihre fehlenden Zähne um viele Jahre älter aussah und unschön wirkte, hat sich endlich, endlich einen Teil des Geldes gespart, um damit der Zahnarzt zu bezahlen... diese Frau legt mir jetzt lächelnd zehn Mark auf den Tisch für — — eine Zeitung!

hs

Jede Arbeiterfrau soll diesen Brief lesen und weitergeben

DEUTSCHE ARBEITERFRAUEN ÜBER DIE RUSSISCHE HÖLLE

Zustände in den Ural-Industriegebieten dem Lügen-Vorwärts gewidmet

Wir haben den untenstehenden Brief bekommen, dessen große Wichtigkeit bei der jetzigen verstärkten Lügenhetze gegen die Sowjetunion besonders zu betonen nicht notwendig ist. Aber notwendig ist es, daß die Genossen und Genossinnen, wie unsere Leser, mit diesen und anderen Briefen, die wir noch veröffentlichen werden, kräftig die Lügenkampagne des „Vorwärts“ und der ganzen bürgerlichen Presse zunichte machen.

(Arbeiterinnenkorrespondenz)

Nadeschdinsk im Ural, 30. Oktober 1930.

Werte Genossen! Wir fühlen uns nach unserem Eintreffen in N. dazu verpflichtet, der deutschen bürgerlichen Presse und vor allem dem Organ der Berliner Sozialfaschisten einmal gründlich das Maul zu stopfen.

Manchen von uns, die noch mit einem leisen Zweifel im Herzen nach der Sowjetunion fuhren, fiel es wie Schuppen von den Augen, als sie merkten, wie niederträchtig und gemein die gesamte bürgerliche Welt lügt. Doch Lügen haben kurze Beine. Wir wünschen nichts sehnlicher, als daß man in Deutschland den Arbeiter auch so behandelt, wie hier in der Sowjetunion. Wir wurden verpflegt und bewirtet, so, wie wir es uns in Berlin nicht leisten können.

Wir reisten hier auf den Strecken der SU. nach dem Ural, fünf Tage lang, schwangere Frauen, Frauen mit Kindern, und nur eins tat uns leid, daß diese interessante Fahrt so schnell ihr Ende fand. Wir wohnen hier in einem modernen dreistöckigen massiven Haus mit Zentralheizung und elektrischem Licht, sowie modernsten hygienischen Einrichtungen, wie Kanalisation und Wasserleitung, in einer Wohnung, die sich in Berlin kein Arbeiter leisten kann.

Auch waren wir erstaunt, als wir sahen, daß unsere Männer, die nun schon 4 Monate hier sind, alle gut gekleidet und gut genährt sind, und daß wir alles und reichlich bekommen, so viel Butter haben wir in Berlin nicht bezahlen können, wie wir hier erhalten. Mit Fleisch, Brot, Mehl, Zucker und Eiern ist es ebenso, und mancher Berliner Arbeiter würde uns beneiden, würde er unseren Vorrat an Winterkartoffeln und Gemüse sehen.

Kurz: Wir sind sehr zufrieden und auf das angenehmste überrascht und wir Frauen sowohl wie auch unsere Männer haben nicht den Wunsch zurückzukehren in das Eldorado der Ausbeutung und des Hungers. Hier brauchen unsere Männer keine Arbeitslosigkeit zu fürchten, denn dieses Problem hat der Arbeiterstaat gelöst, für uns ein Beweis, daß man hier den richtigen Weg geht. Und was die Sowjetunion an Aufbauarbeit und Schulung der Massen leistet, so glauben wir, daß alle Länder der Erde sich daran ein gutes Beispiel nehmen können. Hier im Ort steht ein Palast der Kultur, wie es etwas Aehnliches im kapitalistischen Deutschland gar nicht geben kann. Doch davon berichten wir ein andermal.

Für heute können wir nur sagen, wir werden nicht müde sein, die Wahrheit offen für alle in Deutschland zu sagen und nicht eher ruhen, bis das Lügengewebe über unsere neue Heimat, das Vaterland aller Proletarier, kurz und klein zerrissen ist. Wir wünschen, daß noch recht viele deutsche, ehrliche Arbeiter zu uns kommen mögen, um zu helfen am Aufbau unseres neuen Vaterlandes. Dies sagt allen, besonders denen, die es nicht hören wollen. Mit proletarischem Gruß und „Rot Front“ trotz alledem

Die Angehörigen der deutschen Former in Nadeschdinsk im Ural, Sowjetunion.

Unterschriften:

Frau D. Henke, Frau Gertrud Werner, Frau Bräschen, Frau Jaroslawa Lehmann, Frau Anna Mühlpforte, Frau Lindenbaum, Frau Frieda Pirschel, Frau Anna Sack, Frau Marie Fritz.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301122-19/fragment/page=0012